

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 46. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Herr Kollege **Dietmar Brockes** von der Fraktion der FDP. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Brockes, im Namen des Hohen Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Mögen Sie einen spannenden, interessanten und trotz Plenartagen auch sehr schönen Geburtstag haben. Herzliche Glückwünsche!

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Sie gerne darüber informieren, dass die Fraktionen sich inzwischen darauf verständigt haben, bei **Tagesordnungspunkt 7** – dabei handelt es sich um die zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Bereich der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – die **Reden zu Protokoll** zu geben. Sie sollten das für Ihre entsprechenden Planungen wissen.

Mit diesen Vorbemerkungen treten wir nunmehr ein in die Beratung der heutigen **Tagesordnung**.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 16/4300

Änderungsanträge
der Fraktion der PIRATEN
Drucksachen 16/4644 – 16/4650

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos)
Drucksache 16/4652

Änderungsanträge

der Fraktion der FDP
Drucksachen 16/4655 – 16/4659

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/4600

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4651

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4660

dritte Lesung

Und:

Finanzplanung 2013 bis 2017 mit Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/3801

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/4421

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3802

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 16/4300

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/4601

dritte Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind auch in den Veränderungsnachweisen, die Ihnen ebenfalls vorliegen, entsprechend dargestellt.

Die Änderungsanträge liegen Ihnen im Einzelnen vor. Wir werden aber im Laufe des Vormittages auch noch eine Auflistung aller Änderungsanträge im Plenum verteilen können. Diese Auflistung wird es Ihnen später bei der Abstimmung erleichtern, den Überblick zu behalten. Sie kennen das Verfahren.

Mit all diesen Vormerkungen eröffne ich dann die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 1 und erteile

für die CDU-Fraktion ihrem Fraktionsvorsitzenden Kollegen Karl-Josef Laumann das Wort.

(Beifall von der CDU)

Karl-Josef Laumann (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle hier im Plenarsaal wissen, dass das für mich heute eine besondere Rede ist. Ich bin 23 Jahre lang Abgeordneter, davon 15 Jahre im Bundestag und acht Jahre hier. Es wird erst mal meine letzte Plenarrede sein,

(Zuruf von der SPD: Erst mal!)

und deswegen möchte ich zunächst einmal sagen: Wir haben uns in den acht Jahren hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen manchen Schlagabtausch geliefert und in der Sache hart gerungen. Aber ich finde, Frau Ministerpräsidentin, Kollege Lindner und Kollege Priggen, Herr Römer und Herr Paul, wir haben das in all diesen Jahren immer hinbekommen, sich in der Sache nichts zu schenken, dabei aber die Personen, die hinter Überzeugungen stehen, zu achten.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn man jetzt acht Jahre diesem Landtag angehört hat, davon fünf Jahre als Minister und drei Jahre als Fraktionsvorsitzender der CDU, dann nehmen Sie einfach mit, dass ich vieles von dem, was ich hier erlebt habe, auch viele Menschen, die ich kennengelernt habe, im Herzen mitnehme.

Ich bin jetzt 56 Jahre alt und lebe seit 56 Jahren in Nordrhein-Westfalen in meinem schönen Dorf Riesenbeck und war hier fünf Jahre Minister. In den Jahren als Fraktionsvorsitzender und in den Wahlkämpfen – ich kann es nicht mehr zählen, schätze aber – sind es weit über tausend Termine gewesen, die ich in diesem Land gemacht habe.

Ich kann Ihnen sagen, ich habe in diesen Jahren alle Winkel Nordrhein-Westfalens kennengelernt. Wir haben ein tolles Land und wir haben tolle Menschen.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn man gelegentlich zu Hause ist und Fernsehen guckt, dann hat man manchmal den Eindruck, dass da eine andere Welt gezeigt wird als die, die ich gesehen habe. Da wird dann davon geredet, die Leute würden immer ichbezogener werden. Wenn man dann durchs Land fährt, trifft man dort unheimlich viele Menschen, die in ihren Kirchengemeinden, Sportvereinen, Schützenvereinen, Karnevalsvereinen, Naturschutzbünden, in der Hospizbewegung aktiv sind, Leute, die jahrelang alte Menschen in den Altenheimen besuchen. Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist kein egoistisches Land. Wir sind ein Land des Gemeinsinnes, und darauf können wir stolz sein!

(Allgemeiner Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen auch auf unsere Geschichte stolz sein. Mit der Geschichte meine ich vor allen Dingen die Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Land ist die soziale Marktwirtschaft erfunden worden. Es waren Männer und Frauen aus Nordrhein-Westfalen, die den Klassenkampf beendet und die soziale Partnerschaft in diesem Land begründet haben.

(Beifall von der CDU)

Damit bin ich beim nächsten Punkt. Ich finde, dass etwas in keinem Land so deutlich ist wie in NRW: Dieses Land ist geprägt von sozialer Partnerschaft. Wir haben in der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 alle erfahren, dass die soziale Partnerschaft nichts Lästiges oder Wettbewerbshemmendes ist, sondern ein ganz großer Standortvorteil für unser Land. Die Menschen, die auf der Arbeitnehmer- und auf der Arbeitgeberseite daran seit Jahrzehnten arbeiten, sind tolle Leute für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Allgemeiner Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, zur sozialen Marktwirtschaft: Das war mir als Politiker wichtig und wird mir auch zukünftig immer wichtig sein. Im Übrigen bleibe ich Politiker, keine Angst, ich werde kein Beamter. Und wer glaubt, man könne aus mir einen Beamten machen, der hat sich geirrt. Ich habe nichts gegen Beamte, aber ich bin nicht der Typ dafür.

(Heiterkeit)

Ich wollte sagen, dass mir immer wichtig war, dass zur sozialen Marktwirtschaft auch ein Ordnungsrahmen gehört. Ich denke, dass es unseren Vorvätern gelungen ist, mit der sozialen Marktwirtschaft Ordnungsrahmen, Spielregeln und Freiheit in einem vernünftigen Maße auszutarieren.

In diese soziale Marktwirtschaft gehört natürlich auch ein Ordnungsrahmen für den Arbeitsmarkt. Es ist etwas anderes, wenn Sie über den Arbeitsmarkt reden, als wenn Sie über den Kartoffelmarkt reden. Denn beim Arbeitsmarkt geht es um Menschen. Da geht es um Menschen, die in Ihrem Beruf auch ihre finanzielle Sicherheit haben. Und ich behaupte: Wer keine Sicherheit hat, gründet keine Familie und setzt keine Kinder in die Welt und engagiert sich nicht ehrenamtlich. Wir brauchen weiterhin vor allen Dingen sichere und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und Arbeitsplätze in der Selbstständigkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Was sind eigentlich die wichtigen Elemente der Ordnung im Arbeitsmarkt? Da gibt es eine Regel in den großen Wirtschaftsbereichen des Handwerks, dass man sich – zumindest in den meisten Gewerken – nur selbstständig machen kann, wenn man einen Meisterbrief hat. Kein vernünftiger Mensch stellt dies als Unsinn dar. Denn – ich sage es ganz

offen – wer im Handwerk zu doof ist, einen Meister zu machen, der sollte es mit der Selbstständigkeit besser lassen.

Es gibt aber auch einen anderen Grund, und dieser ist ganz klar: Wir wollen, dass wir im Handwerk eine qualifizierte Berufsausbildung haben und dass die Menschen, die ihr Handwerk können, ihren großen Schatz an Wissen, der über Generationen in den verschiedenen Handwerksberufen erworben worden ist, an die nächste Generation weitergeben.

Wenn Sie das rein liberal sehen, dann könnten Sie sagen: Wie kommt man darauf? Es ist schließlich ein schwerer Eingriff in die Gewerbefreiheit, dass man sich nur mit einem Meisterbrief selbstständig machen kann. – Trotzdem sagen wir aus guten Gründen: Der soll bleiben. Wenn irgendwelche Leute in Brüssel meinen, das könne man alles deregulieren: Wehrt euch, was ihr könnt! Der Meisterbrief muss auch in der nächsten Generation in Nordrhein-Westfalen und Deutschland seine Rolle behalten, die er seit eh und je hat!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und Mitgliedern der Landesregierung)

Meine Damen und Herren, daneben gibt es einen Ordnungsrahmen für den anderen Teil des Mittelstandes, für alle Freiberufler, die beratenden Berufe. Die müssen alle nachweisen, dass sie eine gute Ausbildung haben. Aber wir haben für die beratenden Berufen viele Auflagen gemacht. Teilweise gibt es ein Werbeverbot. Beispielsweise dürfen Ärzte nicht gleichzeitig eine Apotheke betreiben, weil wir wollen, dass sie an dem, was sie veranlassen, wirtschaftlich nicht beteiligt sind. Weil sie diese Unabhängigkeit haben sollen, gibt es eine staatliche Gebührenordnung. Ich bitte Sie, dass wir auch die Freiberuflichkeit als ein wesentliches Element unserer Selbstständigenkultur in unserem Land bewahren. Ich bin dafür, dass zum Beispiel Ärzte freiberuflich tätig sind und dass wir sie nicht zunehmend zu Angestellten von Krankenhäusern im ambulanten Bereich machen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Aber es gibt auch einen Ordnungsrahmen für die Arbeitnehmer. Dieser Ordnungsrahmen heißt Tarifvertrag. Es geht darum, dass in einer Region, in einer Branche die Löhne für alle gleich sind, damit der Wettbewerb über Innovation, Vertrauen, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und nicht darüber stattfindet, wer den billigsten Arbeitnehmer findet.

(Allgemeiner Beifall – Beifall von Mitgliedern der Landesregierung)

Wenn ich an die Debatte darüber in den letzten Jahren denke, dann sage ich Ihnen: Ich habe nie verstanden, wie man für Meisterbrief und Gebührenordnung sein kann, aber gegen Tarifverträge. Das habe ich nie verstanden.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und Mitgliedern der Landesregierung)

Deshalb gehöre ich zu den Menschen, die sich riesig darüber freuen, dass die Bundesrepublik Deutschland jetzt einen Mindestlohn bekommt.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN und Mitgliedern der Landesregierung)

Meine Damen und Herren, ein gutes Gemeinwesen braucht einen starken Staat. Vor Jahren habe ich immer gesagt: Gerade die Schwachen brauchen den starken Staat. Das ist wahr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber während der Finanzkrise habe ich festgestellt, dass auch die Starken den ganz starken Staat brauchen. Ziehen wir also einen Strich darunter: Die wichtigste Aufgabe von Parlamenten und Regierungen ist, die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern.

(Allgemeiner Beifall – Beifall von Mitgliedern der Landesregierung)

Meine Damen und Herren, ein Staat, der handlungsfähig sein will, muss solide finanziert sein. Wenn man einmal in die Geschichte von Nordrhein-Westfalen schaut, dann stellt man fest, dass es seit mehr als 40 Jahren in jedem Jahr Haushaltspläne gab, nach denen wir mehr Geld ausgegeben als eingenommen haben. Wir haben uns wahrscheinlich alle daran gewöhnt. Es gibt eine Ausnahme: Das war das Jahr 2008, als wir im Haushaltsvollzug weniger ausgegeben als eingenommen haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ansonsten war es immer anders. Hierüber mache ich mir riesige Sorgen. Meine Fraktion hat in den Beratungen zu diesem Haushalt und zu dem im letzten Jahr Vorschläge gemacht, wie man Schritt für Schritt zu einem ausgeglichenen Haushalt kommt. Dies hat die Mehrheit des Hauses abgelehnt. Sei's drum. Aber selbst dann, wenn man alles das gemacht hätte, was wir vorgeschlagen haben, hätten wir immer noch ein Defizit. Das ist auch die Wahrheit.

Folgende Sache treibt mich seit Jahren um: Von den 16 Bundesländern machen zurzeit sieben keine neuen Schulden. Aber unser Land hat in diesem Jahr 80 % der Kredite aufgenommen, die alle Bundesländer zusammen aufnehmen.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Trotzdem wird hier so getan, als sei das normal. Ich kann nur sagen: Wer den handlungsfähigen Staat behalten will, muss die Schuldenbremse ernst nehmen. Wir müssen in den nächsten Jahren zu ausgeglichenen Haushalten kommen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Frage ist, wie!)

– Ich komme gleich dazu. – Vor dem Hintergrund, dass Nordrhein-Westfalen so dasteht und auch unsere Kommunen sagen, dass sie nicht gerade überfinanziert seien, um es freundlich auszudrücken, würde ich gerne einmal wissen, warum das bei uns so viel schwieriger ist als bei anderen. Ich weiß nicht, ob ich die Gründe dafür gefunden habe, aber ein entscheidender Punkt wird mir immer bewusster: Wir müssen zugeben, dass wir in Nordrhein-Westfalen zwar eine starke Wirtschaft haben, aber unsere Wirtschaft etwas langsamer wächst als der Durchschnitt der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Schlaue Leute von McKinsey haben ausgerechnet: Wenn wir beim Wirtschaftswachstum auf den Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland kämen, hätten Land und Kommunen in diesem Land 3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Wir werden wohl in Nordrhein-Westfalen nie nur durch Sparen zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen, sondern wir müssen sehen, uns so aufzustellen, dass auch unsere Wirtschaft so wächst wie der Durchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland. Damit wäre das Problem gelöst.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen, meine Damen und Herren, – das möchte ich Ihnen auch sagen –, denke ich, dass eine auf Bundesländer bezogene Politik, was Auflagen für die Wirtschaft angeht, keine Zukunft hat. Wenn man eine Wirtschaft hat, die etwas langsamer wächst als der Schnitt, kann es keine intelligente Politik sein, dieser Wirtschaft gegenüber der Wirtschaft in anderen Bundesländern immer mehr Steine ins Gepäck zu legen, die sie mitschleppen muss und die andere nicht schleppen müssen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deswegen sage ich Ihnen heute, es ist nicht richtig, ein auf Nordrhein-Westfalen bezogenes Klimaschutzgesetz zu machen, das hier beachtet werden muss und in anderen Bundesländern nicht. Klimapolitik ist wichtig. Aber die Landesebene ist aus meiner Sicht dafür die falsche Ebene.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Wasserentnahmeentgeltgesetz – und, wenn wir ehrlich sind, auch das Tariftrüegegesetz – sind bürokratische Monster. Keine Gemeinde kann das kontrollieren.

Dazu kann ich Ihnen eine schöne Anekdote erzählen. Als ich Minister wurde, gab ich damals meinem Arbeitsministerium den Auftrag: Schreibt mir mal ein paar Felder auf, auf denen wir entbürokratisieren können! Die Fachabteilung hat mir aufgeschrieben: Schaff das Tariftrüegegesetz ab! Es lohnt nicht. – Die

gleiche Fachabteilung schreibt jetzt, warum es sinnvoll ist. – Na ja.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU – Beifall von der FDP)

Ich wollte eigentlich zu dem Punkt kommen, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Politik machen müssen, die die wirtschaftlichen Abläufe nicht erschwert, sondern erleichtert. Wir müssen nicht verhindern, sondern fördern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich war in meinem Leben auch einmal 25 Jahre Mitglied eines Stadtrates. Im LEP, der jetzt in der Anhörung ist, steht, dass es keinen Flächenverbrauch mehr geben soll. Ich weiß, wir müssen mit Fläche sparsam umgehen; aber wirtschaftliche Entwicklung auf kommunaler Ebene ohne Flächenverbrauch kann ich mir in vielen Regionen, die ich kenne, nicht vorstellen.

(Beifall von der CDU)

Auch da müssen wir ermöglichen und nicht verhindern.

Nur dann, wenn wir es schaffen, dass unsere Wirtschaft so wächst wie der Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland, können wir die Probleme lösen. Davon bin ich fest überzeugt.

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich hier oft in Reden angesprochen habe und der mich ebenfalls umtreibt. – Im Jahre 1964 sind in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland viele Menschen geboren worden. Es sind nie wieder so viele Babys geboren worden wie in dem Jahr. Die Leute werden nächstes Jahr 50. Um es anders auszudrücken: Es wird nie wieder in Deutschland so viele 50. Geburtstage geben wie im nächsten Jahr. Aber die Babyboomergeneration, die in etwa von Mitte der 50er-Jahre bis Mitte der 60er-Jahre ging, ist riesengroß. Diese Generation wird in den nächsten Jahren in Rente gehen.

Wenn Sie dagegen die Kinder zählen, die heute zwischen fünf und 15 sind, die meiner Generation – ich gehöre auch dazu – beruflich folgen werden, stellen Sie fest, dass sie genau halb so viele wie die Babyboomergeneration sind.

Deswegen möchte ich Ihnen sagen, wir müssen die wenigen Jahren, in denen diese Babyboomergeneration noch im Berufsleben steht, nutzen, um zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Die, die nach uns kommen, werden es viel schwerer haben, das zu erreichen, als wir in den nächsten Jahren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deswegen muss man den Mut zu Strukturveränderungen haben – auch im Personalbereich. Schauen Sie, Sie haben zum Beispiel in diesem Jahr bei bestimmten Gruppen der Beamten die Lohnerhöhung

ausgesetzt. Dass man mit denen vorher nicht einmal geredet hat, ist eine Frage des politischen Stils. Aber, meine Damen und Herren, seien Sie doch ehrlich! Sie machen es deswegen, weil sie nicht wissen, wie sie es anders bezahlen sollen.

Ich will Ihnen nur sagen, so kann man das auf Dauer nicht machen. Wir brauchen einen attraktiven, modernen, innovativen öffentlichen Dienst, der auch an der wirtschaftlichen Entwicklung des Gesamtvolkes teilhaben muss. Deswegen ist das Verweigern von Strukturreformen in diesem Bereich ein schwerer Fehler, wenn es darum geht, den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das macht doch keiner!)

Meine Damen und Herren, unser Land hat sich für eine grundlegende Energiewende entschieden. Ich persönlich denke, dass die Energiewende, die wir in den nächsten Jahren gestalten müssen, gerade für unser Bundesland Nordrhein-Westfalen über sehr viele Arbeitsplätze entscheiden wird – vor allen Dingen über gewerbliche Arbeitsplätze.

In meiner letzten Rede möchte ich Ihnen sagen: Ich bin ein Mensch, der gewerbliche Arbeitsplätze mag. Ich habe nichts gegen Dienstleistungen; aber ich weiß, dass gewerbliche Arbeitsplätze in der Regel auch Arbeitsplätze mit vernünftigen Löhnen sind. Auch darauf kommt es an. Sie können nicht jede industrielle Produktion durch Logistik ersetzen, so wichtig Logistik auch ist. Deswegen müssen wir die Energiepreise sehr im Auge behalten.

Vor dem Hintergrund will ich heute gerne sagen, dass die Große Koalition, die in diesen Tagen in Berlin gebildet wird, aus meiner Sicht alternativlos richtig ist, weil ich nicht weiß, wie man ansonsten eine solche Energiewende gestalten soll, ohne von Lobbygruppen und anderen Interessengruppen abhängig zu sein.

Aber die Energiewende muss gelingen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Deswegen ist die Entscheidung der Bundesregierung, die Verantwortung für Wirtschaft und Energie und für die Energiewende in die Hände eines Ministeriums zu legen, richtig; denn auf Bundesebene hat sich die Aufteilung auf mehrere Häuser nicht bewährt.

(Christian Lindner [FDP]: Hier auch nicht!)

Deswegen wollte ich nur einmal anfragen, Frau Ministerpräsidentin,

(Heiterkeit von der CDU)

ob es nicht richtig wäre, dass Sie mir zum Abschied den Gefallen tun, die Verantwortung für die Energiewende in einem Haus zu bündeln, statt sie auf drei Häuser verteilt zu haben, wie es in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist sowieso schwierig, finde ich, wenn man in Berlin sagt, das müsse in einer Hand gebündelt sein, das sei unabdingbar für den Erfolg, und im eigenen Bundesland hat man das über die Staatskanzlei, das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium auf drei Häuser verteilt. Also einigen Sie sich doch einmal im Kabinett, wer zuständig ist!

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die nach der Energiewende größte Herausforderung für unser Land, vielleicht sogar darüber hinaus, die wir in den nächsten Jahren irgendwie bewältigen müssen, die Frage des Umgangs mit einer älter werdenden Gesellschaft ist. Davor können wir nicht weglaufen. Es wird demnächst sehr viele Ältere geben.

Meine Damen und Herren, ich mache mir da auch Sorgen. Ich komme aus einer Gemeinde, in der alle Hausärzte heute Mitte 50 sind. Wenn ich in die Nachbargemeinde schaue, woher der Kollege Grunendahl kommt, stelle ich fest, dass der Hausarzt dort schon 62 Jahre alt ist. Wir alle wissen: Unsere Hausärzte werden immer älter; zwei Drittel sind schon über 50 Jahre. Wir reden seit Jahren darüber, dass wir mehr Hausärzte aus unserem Ausbildungssystem für Ärzte gewinnen müssen. Ich muss Ihnen aber ganz ehrlich und verzweifelt sagen: Es tut sich nichts.

Ich weiß nur als jemand, der das große Glück gehabt hat, in einem Mehr-Generationen-Haushalt zu leben: Ich habe zweimal in meinem Leben mitgemacht, dass alte Menschen – ganz einfach weil sie alt waren – zu Hause gestorben sind. Ich kann Ihnen nur sagen: Das bekommen Sie zu Hause nur hin, wenn Sie im Dorf, im Stadtteil noch einen Hausarzt haben, der dann auch Hausbesuche macht und Menschen und Familien in diesen letzten Wochen begleitet.

(Beifall von der CDU)

Deswegen muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen – ich war ja auch mal Gesundheitsminister –: Ich stehe ratlos davor. Wir alle wissen, was da los ist. Wir wissen auch, dass es dann, wenn ein junger Mensch heute anfängt, Medizin zu studieren, zehn Jahre dauert, bis er Hausarzt sein kann. Aber nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in allen anderen Bundesländern wird nichts getan, um dieses Problem zu lösen. Wenn wir das jetzt noch ein paar Jahre schleifen lassen, können wir das gar nicht wieder aufholen.

Meine Damen und Herren, wenn wir dann glauben, dass wir uns die Ärzte aus dem Ausland holen können: Ob es richtig ist, sich Ärzte aus Ländern zu holen, die eigentlich viel weniger Geld haben als wir, ein so teures Studium zu bezahlen, damit habe ich ein bisschen Probleme.

(Beifall von der CDU)

Ich will Ihnen auch ganz offen sagen: Wenn ich einmal alt bin, würde ich mich schon freuen, wenn ich dann von einem Arzt begleitet würde, den ich auch noch verstehen kann.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren Punkt: Die Frage der Pflege wird eine Riesenherausforderung. Sie ist es schon. Ich habe manchmal das Gefühl, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der man diesen Teil am liebsten ausblendet. Es ist ja auch wahr: Pflegebedürftig zu sein, ist mit Sicherheit nicht schön. Ich glaube auch nicht, dass man einen solchen Lebensabschnitt schön gestalten kann, aber ich bin fest davon überzeugt, dass man ihn in einer Gesellschaft menschlich und würdevoll gestalten kann.

Wenn ich dann so unterwegs bin, muss ich feststellen: Ich habe einen riesigen Respekt vor den vielen Familien, die das zu Hause leisten, vor allen Dingen dann, wenn die Menschen an Demenz erkrankt sind. Ich bin froh, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein System aufgebaut haben, über viele Jahre – in der Zeit, in der ich dabei war, aber auch schon in den Jahren davor –, in dem wir viele Leute haben, die über ein gering bezahltes Ehrenamt diese Menschen ein Stück entlasten.

Wenn ich in die Heime komme, höre ich immer nur: Ja, Bürokratie über Bürokratie! – Das höre ich schon seit zehn Jahren. Auch da ändert sich nichts. Manchmal hat man den Eindruck, dass es manchen Menschen wichtiger ist, das wir Bürokratie haben, als dass diejenigen, die pflegen, auch einmal auf der Bettkante sitzen und mit dem Menschen reden können, der pflegebedürftig ist.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen täte es beiden gut – denjenigen, die pflegen, und denjenigen, die pflegebedürftig sind.

Ich bin in Krankenhäusern gewesen, in denen mir davon erzählt wurde, wie es ist, wenn ein an Demenz Erkrankter zum Beispiel operiert werden muss. Da dieser Mensch sowieso nicht einordnen kann, wo er ist, wird er nach der Operation wach und weiß gar nicht, wo er ist, und bekommt Angst. Dann sagen die Verantwortlichen im Krankenhaus: Woher sollen wir das Personal nehmen, das sich da eine Stunde oder anderthalb Stunden auf die Bettkante setzen und mit diesem Menschen reden kann? – Es ist eine riesige Herausforderung für unsere Krankenhäuser, Demenzpatienten zu behandeln. Ich sage Ihnen das voraus. Es ist jetzt schon ein Problem, und es wird ein noch größeres werden.

An diesem Beispiel sehen Sie, dass diese Frage der Menschlichkeit in der Pflege eine große Herausforderung für uns alle bleibt. Ich möchte gerne, dass Deutschland immer ein Land bleibt, in dem uns völ-

lig klar ist, dass jeder Mensch eine unverletzliche Würde hat und auch Menschen in diesem Lebensstadium eine unverletzliche Würde haben.

Im Übrigen glaube ich, dass jeder Mensch seine Würde – wir haben bald Weihnachten – deswegen hat, weil jeder Mensch ein Ebenbild Gottes ist und daraus seine Würde verliehen bekommen hat, die ihm niemand nehmen kann und auch niemand nehmen darf.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme nun zu dem Punkt, dass ich mich – das sage ich schweren Herzens – entschieden habe, eine Aufgabe in diesem Bereich als Bevollmächtigter der Bundesregierung zu übernehmen. Die beiden Koalitionsparteien in Berlin haben eben ausgemacht, dass es eine solche Stelle im Gesundheitsministerium geben soll, die auch mit Mitarbeitern ausgestattet sein wird. Da ist es so – so wird mir jedenfalls gesagt; ich weiß das alles ja auch noch nicht konkret –, dass man mit all diesen Weisungssträngen nichts zu tun hat, dass man sich aber um die Leute kümmern und sagen soll, wie man es vielleicht ein bisschen besser machen kann.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie der Killewald!)

– Warten Sie es mal ab! – Ich kann Ihnen nur sagen, dass mir die Entscheidung, nach 23 Jahren ein Mandat aufzugeben und demnächst keines mehr zu haben, nicht leicht gefallen ist. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit: Abgeordneter in diesem Land zu sein, ist eine tolle Sache. Die Wahrheit ist auch, dass der Parlamentarismus die größte Schutzmacht für bedürftige Leute ist, die es überhaupt gibt. Es geht nämlich den Menschen, die behindert, benachteiligt oder pflegebedürftig sind, nirgendwo so gut wie da, wo Demokratie ist.

(Allgemeiner Beifall)

Ich kann Ihnen sagen: Ich bin in meiner Bundestagszeit auch manchmal im Ausland gewesen. Manchmal war ich in Ländern, die zwar eine Regierung, aber keine Demokratie haben. Dass Länder eine Regierung haben, ist normal, diese haben alle Länder; aber leider haben nicht alle Länder ein freigeschafftes Parlament. Das ist eigentlich das Besondere. Wenn ich in diesen Ländern war, die keine Demokratie haben, und gefragt habe „Wo sind denn Eure behinderten Kinder?“, habe ich manchmal keine Antwort bekommen. Wenn ich da einmal gefragt habe „Wo sind Eure psychisch Erkrankten?“, hat man gar keine Antwort bekommen.

1990 – damals brach die DDR zusammen – habe ich, als ich in einem Altenheim in der Nähe von Schwerin war, erlebt, wie es da aussah: Dort gab es 6-Bett-Zimmer. Die dementen Leute waren teilweise im Bett angeschnallt. Ein Badezimmer gab es nicht. Da hing noch die Zinkbadewanne an der Wand. Meine Damen und Herren, an dem Tag habe ich mir

geschworen: Ich lasse mir von Sozialisten nie wieder etwas über Sozialpolitik sagen.

(Beifall von der CDU)

– Ich finde, da könnte auch die SPD ruhig klatschen; denn Sozialdemokratie und Sozialismus der DDR-Prägung, das ist schon noch ein Unterschied.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit)

Das aber macht deutlich, wie wichtig der Parlamentarismus gerade für diese Menschen ist. Deswegen ist es ein Segen, dass wir ihn haben. Auch deswegen ist es ein Bestandteil meines Lebens geworden bzw. gewesen, ein solches Mandat über 23 Jahre zu haben. Jetzt werden Sie sagen: Warum macht der das denn? – Es ist doch vollkommen klar: Wenn man solch eine Funktion wie ich habe, dann steht das eine oder andere in der Zeitung darüber, was die Beweggründe sein können. Aber ich sage Ihnen: Ich bin seit längerer Zeit immer wieder – nicht von irgendjemandem, sondern von der Bundeskanzlerin – angesprochen worden, ob ich mir das denn vorstellen kann. Das war bei mir ein Prozess von fast drei Wochen.

Dabei habe ich gedacht: Warum denn ich? Ich bin doch eigentlich glücklich und zufrieden. Dann sagen die anderen Leute: Denk einmal darüber nach, was für ein Typ du so bist, vielleicht kannst du das doch besser als andere. Und so weiter. Ich sage Ihnen aber mal ganz ehrlich, dass ich gedacht habe: Ich war 25 Jahre in einem Kommunalparlament und 15 Jahre lang Sozialpolitiker im Bundestag. Hier in NRW war ich einmal Gesundheits- und Sozialminister. – Ich bin ein Mensch – so war ich eigentlich immer –, der immer ganz besonders die Leute gemocht hat, die es nicht so einfach haben. Das war schon als Kind so.

Dann habe ich mir gesagt: Mach das! Ich hoffe, dass ich aus dieser Stelle etwas machen kann, dass die Menschen, um die es geht – nicht die Apparate, nicht die Interessenverbände; was die über mich sagen, ist mir, glaube ich, ziemlich egal –, vielleicht denken: Es ist vielleicht ganz gut, dass wir da so einen Typen haben.

Dafür bin ich dann am Ende sogar bereit, das Liebste, was ich neben meiner Familie habe, nämlich mein Mandat, aufzugeben; weil ich mich dieser Verantwortung stellen will. Ich weiß, dass jetzt der eine oder andere denkt: Die CDU hat ein Problem mit der Doppelspitze, das musste jetzt gelöst werden. Ich kann Euch nur eines sagen: Wer mich kennt, der glaubt doch wohl nicht, dass ein Karl-Josef Laumann einen Schritt geht, den er nicht freiwillig geht.

In diesem Sinne alles Schöne und Gute, eine gute Zeit in diesem Parlament und Glückauf für Nordrhein-Westfalen!

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen. – Langanhaltender lebhafter allgemeiner Beifall)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. Mit Ihrer, wie Sie selbst gesagt haben, wahrscheinlich letzten Rede hier im Parlament haben Sie noch einmal sehr eindrucksvoll bewiesen, nicht dass Sie fehlen werden, sondern warum Sie hier dem Landtag von Nordrhein-Westfalen fehlen werden.

Im Namen der Kolleginnen und Kollegen wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute, vor allen Dingen Erfolg bei Ihrer neuen Aufgabe in Berlin und Freude bei dem, was Sie tun; denn nur dann wird Ihnen das auch gelingen. Sie sind in der Tat kein klassischer Beamtentyp.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deshalb bin ich sicher, Sie werden das Beste daraus machen, was man machen kann. Wir wünschen Ihnen alles Gute und Gottes Segen!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich Norbert Römer für die Fraktion der SPD das Wort erteile, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, noch einmal zu überprüfen, ob sämtliche Handklingeltöne, Benachrichtigungstöne, Sounds, die man an allen elektronischen Geräten einstellen kann, die Sie hier im Plenarsaal haben, wirklich stumm geschaltet sind. Das wäre sehr angebracht. – Herr Kollege Römer.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Laumann, das war spontane Wertschätzung – Ihnen gegenüber und in weiten Teilen dem, was Sie hier ausgedrückt haben, aber nicht in allen; darauf komme ich nachher noch mal zurück.

(Heiterkeit von der CDU)

Selbstverständlich wünschen wir Ihnen – das ist keine Frage – gutes Gelingen bei der verantwortungsvollen Aufgabe in Berlin. Ich füge hinzu: Ich habe gemerkt, dass Sie doch ein bisschen erleichtert nach Berlin gehen, weil Ihnen die Koalition – das war nach Ihrer Rede zu merken – etwas besser gefällt als das, was vorher in Berlin war. – Alle guten Wünsche für Sie!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben es gemerkt: An vielen Stellen Ihrer Rede hat es Beifall gegeben, sowohl von unserem Koalitionspartner, Bündnis 90/Die Grünen, als auch von uns.

Ich will einen Satz aufnehmen, den Sie herausgestellt haben. Sie haben gesagt: „Wir haben ein tolles Land, und wir haben tolle Menschen“ und das Ganze mit Ihrem eigenen Werdegang, mit Ihrem Le-

bensmittelpunkt im Münsterland verbunden. Ich lebe seit 66 Jahren in Nordrhein-Westfalen, mitten im Ruhrgebiet, immer. Ich habe dieses Land und die Menschen im Ruhrgebiet als Gewerkschaftssekretär, im Übrigen als gelernter Verwaltungsbeamter und gelernter Journalist in einer Weise kennen- und schätzengelernet, die mich beeindruckt hat. Wir haben viele Strukturveränderungen hinter uns bringen müssen.

Es gab eine Faustformel, die der kürzlich verstorbene Vorsitzende der ehemaligen Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, geprägt hat: Kein Bergmann fällt ins Bergfreie. – Diese Faustformel war dazu geeignet, dass sich die Menschen, die von Zechenstilllegungen betroffen waren – wir hatten in den 60er-Jahren mehr als 400.000 Bergleute in Nordrhein-Westfalen –, darauf eingelassen haben, das hinzunehmen, weil Sie die Sicherheit hatten – Herr Kollege Laumann, Sie haben darauf hingewiesen, wie wichtig das für das Zusammenleben ist – und eine Perspektive für die Kinder.

„Keiner fällt ins Bergfreie“ hat auch die Politik in Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen in der langen Verantwortungszeit von Johannes Rau geprägt. Sie war Ausdruck einer Sozialpartnerschaft, die in der Auseinandersetzung im Arbeitsalltag zwischen denen, die auf der Arbeitgeberseite Verantwortung tragen, und denen, die in den Gewerkschaften Verantwortung haben, die ja sein muss, ihren besonderen Ausdruck gefunden hat.

Ich komme aus der alten IG Bergbau und Energie, einer Mitbestimmungsgewerkschaft, Stichwort „Montanmitbestimmung“. Mitbestimmung war für uns immer gleichzeitig die Voraussetzung, mit Verantwortung zu tragen. – Deshalb, Herr Kollege Laumann, stelle ich mich auch öffentlich vor diejenigen Menschen, die über die vielen Jahre hinweg im Ruhrbergbau, im Ruhrgebiet selbst vieles erlitten haben. Wir beide wissen: Man kann über den Sinn und Zweck von Subventionen streiten, aber die Landwirte und die Bergleute sind der sichtbare Ausdruck dafür, dass Subventionen eben nicht den Charakter verderben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich bitte Sie, zusammen mit mir den Menschen zu sagen: Wir lassen nicht zu, dass ihr so herabgesetzt werdet.

Ja, wir werden in Nordrhein-Westfalen – das ist keine Frage, der Haushalt ist ein Ausdruck dafür – den Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent weiter fortsetzen, die Schuldenbremse ernst nehmen. Aber ich nehme auch das ernst, was Sie in dem Zusammenhang gesagt haben: nicht sparen um des Sparens willen. – Wir brauchen beides, wie in jedem funktionierenden Unternehmen, ob im Großen oder im Kleinen. Wir müssen auch Zukunftsinvestitionen in den Blick nehmen und die dafür notwendigen Mit-

tel freischaufeln. Das machen wir in diesem Haushalt: 1 Milliarde € Senkung der Nettoneuverschuldung, gleichzeitig 1 Milliarde € mehr in Zukunftsinvestitionen, noch einmal 110 Millionen € im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Gestern gab es hier im Landtag eine eindrucksvolle Veranstaltung. Der Plenarsaal war rappellvoll, weil diejenigen, die sich als Erzieherinnen, als Trägerinnen und Träger um die frühkindliche Bildung bemühen, wissen wollten, wie es in dem Bereich weitergeht, Herr Kollege Laschet, den Sie uns nicht ganz so gut bestellt hinterlassen haben.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Sie sind mit uns einig, dass wir angesichts knapper Haushaltsmittel dennoch die notwendigen Zukunftsinvestitionen in noch mehr Qualität in diesen Bereich hineinbringen müssen. Wir würden herzlich gerne mehr machen, das lässt aber die Haushaltskonsolidierung, die wir auch brauchen, nicht zu. In diesem Haushalt stehen Ausgaben in Höhe von 466 Millionen € für Schule und Weiterbildung sowie 519 Millionen € – mehr als 2013 – für Innovationen, Wissenschaft und Forschung. – Herr Kollege Laumann, das ist, glaube ich, eine sehr vernünftige, sozial ausgewogene und auf die Zukunft gerichtete Haushaltspolitik.

Ich würde mich freuen, wenn die CDU-Fraktion nach Ihrer Rede endlich auch einmal dem vernünftigen Haushalt zustimmen würde. Das wäre doch einmal etwas.

(Beifall von der SPD – Heiterkeit von der CDU – Beifall von Christian Lindner [FDP])

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, dass unsere Wirtschaft weiterhin wachsen kann, unsere Unternehmen und Betriebe in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig bleiben können. Weil das so ist, sollten Sie doch bitte das ernst nehmen, was wir unter dem Motto, das mit der Ministerpräsidentin direkt verbunden ist – „Kein Kind zurücklassen!“ –, an wichtigen Investitionen in die Zukunft vornehmen.

Immer noch sind zu viele Kinder ohne Schulabschluss, wenn sie die Schule verlassen. Auch in Nordrhein-Westfalen sind es noch mehr als 10.000. Immer noch sind 20 % eines jeden Jahrgangs ohne Schul- und/oder Berufsabschluss. Das sind viel zu viele.

Deshalb sind die Investitionen, von denen ich vorhin gesprochen habe, auch darauf ausgerichtet, nicht nur den Kindern und Jugendlichen eine vernünftige Perspektive für das Leben zu geben, sondern sie stärken auch unsere Wirtschaft, weil wir damit dem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Auch deshalb sollten Sie, Herr Kollege Laumann, Ihren Kolleginnen und Kollegen der CDU anraten, diesem Haushalt zuzustimmen, weil er auf Zukunft geschnitten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit fast 20 Milliarden € stärken wir die Kommunen. Kommunalpolitik zu stärken bedeutet doch, genau dort anzusetzen, wo es für das Zusammenleben der Menschen ganz wichtig ist, wo die Menschen auf direkte Weise erfahren, ob ein Staat – Sie haben vom „starken Staat“ gesprochen, den wir brauchen – wirklich in der Lage ist, die dafür notwendigen Aufgaben zu erfüllen. 20 Milliarden € für die Kommunen!

Ich weiß: Das reicht immer noch nicht, um eine finanzielle Stabilität unserer Kommunen herbeizuführen. Auch deshalb ist das, was verabredet worden ist, Herr Kollege Laumann, und an deren Umsetzung Sie jetzt in Berlin mitwirken können, eine ganz entscheidende Grundlage. Ja, ich will es hier einräumen: Ich war äußerst skeptisch, ob es überhaupt gelingen konnte, einen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD in einer Weise zu verabreden, der auch in meiner Partei zustimmungsfähig sein würde. Ich war wirklich skeptisch.

Das Ergebnis haben wir gesehen. Ich will nicht das „Handelsblatt“ bemühen, um zu erklären, warum es in meiner Partei eine so große Zustimmung gegeben hat. Aber das „Handelsblatt“ hat zu Recht geschrieben: CDU und SPD haben eine sozialdemokratische Koalition geschlossen.

(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

Wer in den Koalitionsvertrag hineinschaut, sieht, dass dort viel SPD-Politik drinsteckt.

(Christian Lindner [FDP]: So ist das!)

Diejenigen, die für uns verhandelt haben, haben gute Arbeit geleistet, vor allen Dingen Sigmar Gabriel und Hannelore Kraft vorneweg. Chapeau, Frau Ministerpräsidentin, das war eine Glanzleistung! Wir haben in unserer Partei lange darüber geredet und diskutiert, ob das funktionieren kann. Es gab alleine in Nordrhein-Westfalen 300 Veranstaltungen, meine Damen und Herren, bevor die SPD ihren Mitgliederentscheid auszählen konnte. Es gab eine hohe Beteiligung: 78 % unserer Mitglieder haben sich beteiligt. 76 % haben – nach langen und auch kontroversen Diskussionen – zugestimmt.

Bei der großen Regionalkonferenz in Kamen waren es 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in Leverkusen 600. Ich hätte mir gewünscht, in der CDU hätte es auch eine Diskussion gegeben, Herr Kollege Laschet. Aber bei Ihrer Regionalkonferenz waren 60 oder 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer? – Zwei Enthaltungen beim kleinen Parteitag!

Ich gebe es gerne zu, dass wir es uns sehr schwer gemacht haben, und bleibe dabei: Wir haben Respekt vor denjenigen, die nicht zustimmen konnten und die nicht zugestimmt haben, weil auch so sichtbar wird, dass diese 150 Jahre alte SPD nach wie vor eine lebendige, diskussionsfreudige Volkspartei ist.

Herr Kollege Laumann, vorhin haben Sie die Sozialisten genannt. Ich nenne Ihnen dazu heute, am 100. Geburtstag von Willy Brandt, ein Zitat: Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

(Beifall von der SPD)

Das ist der Schlusssatz in dem Godesberger Programm, meine Damen und Herren.

Ja, es wird darauf ankommen, dass wir vernünftige Investitionen in die Zukunft legen. Es lohnt ein Blick in diesen Haushalt. Ich habe bereits einige Zahlen genannt, es sind noch andere im Haushalt vorhanden, die das ebenfalls sehr gut verdeutlichen.

Herr Kollege Laumann, Sie haben erneut auf die Energiewende hingewiesen und das Beispiel der Zusammenführung von Wirtschaft und Energiepolitik in einem Haus in Berlin zum Anlass genommen zu sagen, das müssten wir hier auch einmal machen. Ich füge hinzu: Ihre Erfahrung resultiert ja aus dieser zerrütteten Ehe von Schwarz-Gelb in Berlin, aus dem Durcheinander zwischen Herrn Brüderle und Herr Röttgen sowie später zwischen Herrn Altmaier und Herrn Rösler, das dort hinterlassen worden ist. Es gab keinen einzigen Versuch, die Energiewende tatsächlich politisch zu gestalten.

Nur, hier in Nordrhein-Westfalen, zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen gibt es eine völlig andere Zusammenarbeit.

(Heiterkeit von der CDU)

Sie brauchen keine Sorge zu haben, wir arbeiten weiter vernünftig, verantwortungsbewusst und zielorientiert zusammen. Das bleibt auch so.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das bleibt auch so, wenn in Berlin CDU/CSU und SPD zusammenarbeiten und wenn es in Hessen – wie es sich abzeichnet – eine schwarz-grüne Koalition gibt. Im Übrigen ist das politische Bild in Deutschland durch die Bildung dieser beiden Koalitionen noch bunter geworden: ganz rot in Hamburg, ganz schwarz in Bayern, fünfmal rot-grün, einmal grün-rot, einmal schwarz-grün – in Hessen – und noch einmal schwarz-gelb in Sachsen – einmal sind Sie von der FDP noch dran –, einmal Rot-Rot in Brandenburg und fünfmal Schwarz-Rot.

Das macht doch deutlich, wie bunt das Bild inzwischen ist, wie koalitionsfähig die Parteien untereinander sind.

Ich füge hinzu: Ja, wir – SPD und Bündnis 90/Die Grünen – wissen das. Das wird für uns durch Berlin wahrscheinlich noch ein bisschen anstrengender, auch hier und da ein bisschen kribbeliger.

Eines aber sage ich an die Adresse der Oppositionsfractionen, vor allen Dingen an die Adresse von

CDU und FDP: Keine Illusionen! Sie werden zwar immer wieder versuchen – wir sind darauf eingerichtet –, einen Keil zwischen uns zu treiben. Aber es wird nicht gelingen. Wir haben klare Spielregeln, eine klare Orientierung, einen gut vereinbarten Koalitionsvertrag mit klaren Festlegungen und Zielen.

Deshalb füge ich hinzu: Ja, wir – SPD und Bündnis 90/Die Grünen – werden hier in Nordrhein-Westfalen weiter erfolgreich und vor allen Dingen vertrauensvoll zusammenarbeiten. Das bleibt so. Da werden Sie sich die Zähne ausbeißen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann will ich einen letzten Gedanken aufnehmen – auch im Zusammenhang mit dem, was der Kollege Laumann zu seiner Aufgabe, die er in Berlin übernehmen wird, gesagt hat.

Ja, Herr Kollege Laumann, das ist eine ganz entscheidende Aufgabe, der Sie sich in Berlin verschreiben werden, Beauftragter für – ich sage das mal mit meinen Worten – die Pflegepolitik, die in Berlin dann auch von der Bundesregierung in die Tat umgesetzt wird. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe für das Zusammenleben von Menschen.

Das gilt auch und besonders hier in Nordrhein-Westfalen; Sie haben die Zahlen in diesem Zusammenhang ja genannt. Auch deshalb – keine Frage – wünschen wir Ihnen gutes Gelingen und viel Glück. Sie werden sicherlich oft Gelegenheit haben, mit den Bundesländern, auch mit Nordrhein-Westfalen, in diesem Punkt zusammenzuarbeiten. Meine ganz herzliche Bitte ist, dass Sie Ihre Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen in diese Arbeit einbringen. Wir sichern Ihnen jedenfalls zu, alles zu tun, damit Sie an diesem Punkt eine erfolgreiche Arbeit in Berlin leisten können.

In dem Sinne auch für Sie: Glück auf für Berlin und vor allen Dingen ein bisschen Wohlbefinden in der Koalition, die ja vor allen Dingen sozialdemokratisch, Herr Kollege Laumann, geprägt sein wird!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Also: Alles Gute für Ihre Arbeit in Berlin!

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Meine Damen und Herren, das ist eine etwas andere Haushaltsdebatte, als wir sie üblicherweise abhalten. Ich habe mir und auch Ihnen, Herr Kollege Laumann, erspart, darauf einzugehen, wie wir mit Ihren sogenannten Einsparvorschlägen umgehen müssen; denn das sind ja keine echten Einsparvorschläge. Ich habe mir auch erspart, darauf einzugehen, wie wir mit dem, was Sie vorgeschlagen haben, auch mit Blick auf die Öffentlichkeit – Stichwort „Minderung von 20 % bei den Förderprogrammen“ –, umgehen, welche Auswirkungen das hat.

Ich habe mir dies alles erspart, weil ich Ihnen selbstverständlich einen schönen Abgang aus diesem Landtag wünsche. Glück auf für Sie! Glück auf für unser Land! – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht der Herr Abgeordnete Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion hat hier eben eine wichtige Rede gehalten. Er hat eine grundsätzliche Rede gehalten. Vielem von dem, was Karl-Josef Laumann gesagt hat, können wir zustimmen, nicht allen, aber sehr vielen seiner Ausführungen.

Lieber Kollege Laumann, besonders gut hat mir gefallen, was Sie gesagt haben über die Sicherung auch der zukünftigen Handlungsfähigkeit des Staates. Sehr gut hat mir gefallen, was Sie gesagt haben über die Babyboomer-Generation und damit verbunden über die Herausforderungen des demografischen Wandels in Deutschland, mit dem wir in den nächsten Jahren konfrontiert sind.

Jetzt wechseln Sie nach Berlin in die Bundesregierung, übernehmen dort ein wichtiges Amt, das die soziale Sensibilität unserer Politik in Deutschland weiterentwickeln soll. Dafür wünschen wir Ihnen alles Gute, eine gute Hand!

(Beifall von der FDP, der CDU, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Sie treten damit aber auch in eine Bundesregierung ein, dessen Regierungsprogramm Sie mitverhandelt haben. Und da müssen Sie und Ihre Fraktion sich an den Maßstäben messen lassen, Kollege Laumann, die Sie in Ihrer Grundsatzrede hier eben dargelegt haben:

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Handlungsfähigkeit in der Zukunft sichern und Generationengerechtigkeit!

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Aber dann stellen wir fest: 23 Milliarden € Mehrausgaben in der Großen Koalition bis 2017. Deshalb muss der Einstieg in die Altschuldentilgung im Jahr 2015 abgesagt werden.

(Beifall von der FDP)

Die rentenpolitischen Beschlüsse der Großen Koalition kosten – das haben Ökonomen dieser Tage errechnet – 852 Milliarden €, wenn man jede zusätzliche Belastung künftiger Generationen, die Sie eben in den Blick genommen haben, verhindern wollte. Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ihre Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, Herr

Laumann, sprechen in diesem Zusammenhang vom Koalitionsvertrag als einem – Zitat – „Verbrechen an der nächsten Generation“.

Herr Laumann, wir wünschen Ihnen alles Gute, aber in der Haushaltspolitik hat die CDU mit Blick auf das, was in Berlin passiert, jetzt jede Unschuld verloren.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Norbert Römer hat hier eben gesagt, das sei eine andere haushaltspolitische Debatte im Landtag NRW als üblich. In Wahrheit müssen wir sagen, Kollege Römer: Bislang war es gar keine Haushaltsdebatte.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Bislang hat der Landeshaushalt 2014 noch keine Rolle gespielt. Deshalb erlauben Sie, dass ich diesen Haushaltsentwurf jetzt einmal aus Sicht der Opposition bewerte.

Der Ausgangspunkt ist das, was der Finanzminister am 25. September 2013 anlässlich der Einbringung des Landeshaushaltes gesagt hat.

Zitat Norbert Walter-Borjans:

„Wenn der Haushaltsausgleich allerdings nur und allein über die Senkung von Ausgaben erfolgen müsste, weil im Bund jetzt nicht die richtigen Weichen gestellt werden, wird es für viele zappenduster.“

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Guter Satz!)

Das ist ein bemerkenswerter Beleg, Herr Finanzminister, dass Ihre Haushaltspolitik allein auf den Entscheidungen im Bund aufgebaut war, dass Sie keine eigenen Sparanstrengungen unternommen haben und dass hier letztlich eine spekulative Finanzpolitik betrieben worden ist.

(Beifall von der FDP)

Aber diese Spekulation geht weitgehend nicht auf. Denn die Steuererhöhungen, die Sie gefordert haben, kommen – ich sage: größtenteils – nicht. Die eine große Steuererhöhung kommt; die ist bereits in Ihrem Haushaltsplan etatisiert. Das ist der Verzicht auf die Dämpfung der kalten Progression; diese war von der Union zugesagt. 17,5 Milliarden € werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis 2017 zusätzlich zahlen, weil Wolfgang Schäuble – wie er jetzt sagt – auf Reformhuberei – so sagte er in einem Interview – verzichtet und das Steuersystem nicht an die allgemeine Preisentwicklung anpasst.

Bei jeder Gehaltserhöhung bleibt also auch weiterhin der Fiskus der größte Gewinner. Das ist die erste, das ist die große, das ist die heimliche Steuererhöhung der Großen Koalition, nämlich durch Unterlassung.

(Beifall von der FDP)

Darüber hinaus aber gibt es seitens der Großen Koalition keine weiteren Steuererhöhungen, keine Einnahmeverbesserungen. Und da, wo es zusätzliches Geld gibt, wollen die Koalitionäre in Berlin, Herr Finanzminister, es selbst ausgeben.

Über Jahre haben Sie uns hier übrigens wegen des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen mit Polemik überzogen. Es wurde der Eindruck erweckt, der Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen sei marode, weil ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für die Hotels durchgesetzt worden ist. Jetzt schauen wir in den Koalitionsvertrag und stellen fest: Nichts verändert sich daran, Herr Finanzminister. Nichts hat die SPD daran verändert.

(Beifall von der FDP)

Jetzt kann man zu dieser Maßnahme, zu diesem ermäßigten Mehrwertsteuersatz, stehen wie man will. Meine Partei würde zu keinem Zeitpunkt mehr einen einzelnen Steuersatz von einer großen Mehrwertsteuerreform trennen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Man kann zu dieser Maßnahme stehen wie man will. Aber weil Sie nichts daran verändert haben – nach Jahren dümmlicher Polemik –, ist das jetzt auch Ihre Hotelsteuer, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Also keinerlei Einnahmeverbesserungen! Oder, Herr Finanzminister, um Ihre Einbringungsrede zum Landeshaushalt 2014 noch einmal aufzunehmen: Es sind im Bund aus Ihrer Sicht die falschen Weichen gestellt worden. Es ist zappenduster, wie Sie gesagt haben. Dennoch legen Sie uns hier einen Haushaltsentwurf vor, der unverändert ist, in dem sich sogar noch eine globale Mehreinnahme von 300 Millionen € findet.

Da frage ich Sie, Herr Finanzminister: Was ist das für eine globale Mehreinnahme, die sich in diesem Etat findet? Woher kommen diese 300 Millionen €? Es ist ein Gebot der Transparenz und der Ehrlichkeit, dass Sie zumindest in der dritten Lesung des Landeshaushalts eine Richtung vorgeben können, woher das Geld kommt, das in diesen Landeshaushalt eingestellt ist. Dazu lesen wir nichts.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Herr Börschel, wir hören von anderen etwas. Der Bezirkschef des DGB regt an, die Grunderwerbsteuer um zwei Prozentpunkte zu erhöhen. Das kommt übrigens relativ genau hin, wenn man den kommunalen Anteil dazu nimmt, was die Größenordnung von 300 Millionen € angeht.

(Martin Börschel [SPD]: Sie erhöhen die Einnahmen noch mehr!)

– Herr Börschel, Sie rufen immer dazwischen. Dann dürfen Sie gleich auch eine Frage beantworten, wenn Sie wollen.

Der Finanzminister hat die Erhöhung der Grunderwerbsteuer – Respekt! – bereits ausgeschlossen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch gut!)

Ähnliche Aussagen habe ich von den Koalitionsfraktionen noch nicht gehört. Können Sie das hier heute ausschließen, dass Sie das machen?

(Martin Börschel [SPD]: Haarspalterei!)

– Das sei Haarspalterei? Das ist keine Haarspalterei, denn Sie sind der Gesetzgeber. Und der Gesetzgeber entscheidet noch darüber, wie der Finanzminister mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgeht.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie sagen, die Frage der Erhöhung der Grunderwerbsteuer sei Haarspalterei, dann kennen Sie nicht die Lebenswirklichkeit junger Familien in Nordrhein-Westfalen, die zum ersten Mal Wohneigentum erwerben wollen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Das ist für die nämlich keine Haarspalterei.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, am 5. Dezember dieses Jahres hat der Stabilitätsrat die Bewertung der Länderhaushalte für das Jahr 2013 vorgelegt. Da gibt es vier Kennziffern, die zur Bewertung der Landeshaushalte wesentlich sind:

- Die Nettokreditaufnahme je Einwohner: Nordrhein-Westfalen ist schlechter als der Durchschnitt der 16 Bundesländer.
- Die Kreditfinanzierungsquote: Nordrhein-Westfalen ist schlechter als der Durchschnitt der 16 Bundesländer.
- Die Zinssteuerquote: Nordrhein-Westfalen ist schlechter als der Durchschnitt der 16 Bundesländer.
- Der Schuldenstand je Einwohner: Nordrhein-Westfalen ist schlechter als der Durchschnitt der 16 Bundesländer.

Nordrhein-Westfalen ist aber ein starkes Land. Wenn ein starkes Land jedoch bei allen Indikatoren schlechter als der Durchschnitt ist, dann kann es dafür nur eine Erklärung geben, Herr Finanzminister: Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land, es hat aber eine schwache Regierung, die den Herausforderungen dieser Zeit nicht gerecht wird.

(Beifall von der FDP)

Bemerkenswerterweise gibt es jetzt endlich den Nachhaltigkeitsbericht Ihrer Landesregierung für die Legislaturperiode bis 2017. Das muss man den

Damen und Herren auf der Tribüne und der Öffentlichkeit erklären: ist Die Landesregierung ist verpflichtet, einmal in jeder Legislaturperiode die langfristige Entwicklung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen einer kritischen Prüfung zu unterziehen und in Zukunft fortzuschreiben.

Das war übrigens eine Initiative der FDP-Fraktion. Als wir das 2001 zum ersten Mal diskutiert und dann ins Gesetz gebracht haben – wenn wir heute auch schon ein bisschen retrospektiv sein dürfen –, war Peer Steinbrück noch Finanzminister.

In diesem Nachhaltigkeitsbericht gibt es eine bemerkenswerte Selbsterkenntnis von Norbert Walter-Borjans. Man findet dort bestimmte Szenarien. In einem entwickelt sich alles entsprechend heute weiter. Der Minister meint dazu, im Basismodell bestehe im Jahr 2020 noch ein Konsolidierungsbedarf von 800 Millionen €.

Das ist keine Drucksache dieses Hauses, das ist kein Papier der FDP. Das ist der offizielle Nachhaltigkeitsbericht von Norbert Walter-Borjans. Er sagt, seine Experten sagen: Wenn sich an der Politik und an dem Umfeld nichts ändert, dann wird es im Jahr 2020 noch ein Defizit von 800 Millionen € geben.

In anderen Worten: Ihre Haushalts- und Finanzpolitik ist angelegt auf Verfassungsbruch mit Ansage, Herr Finanzminister! Das ist in Ihren eigenen Papieren enthalten.

(Beifall von der FDP)

Es gibt nur ein Szenario, in dem dieses Defizit im Jahr 2020 nicht vorkommt – nach Ihrer eigenen Untersuchung –, nämlich bei stark steigenden Preisen. Das könnte Ihnen so passen: Der Finanzminister zieht seinen Kopf dadurch aus der Schlinge, dass die Rücklagen, die Ersparnisse der Bürgerinnen und Bürger entwertet werden.

Wenn das das Szenario ist, dass Sie ausweislich Ihres Nachhaltigkeitsberichts anstreben – andere Konsolidierungsanstrengungen sehen wir nicht –, dann ist das der größte Anschlag auf die soziale Gerechtigkeit in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Herr Finanzminister, Sie haben jetzt im Karneval die Weiße Weste der Großen Karnevalsgesellschaft aus Recklinghausen bekommen. Diese Weiße Weste steht Ihnen gut – aber nur im Karneval, nicht in der Haushalts- und Finanzpolitik; da haben Sie keine Weiße Weste verdient.

(Beifall von der FDP)

Ein Erkenntnisdefizit haben Sie ja nicht; auch das haben Sie hier am 25. September dargelegt. Zitat:

„Ein handlungsfähiges Land ..., das in Bildung und Betreuung investiert, das seine Kommunen lebensfähig erhält, das gute Verkehrswege ge-

währleistet und trotzdem 2020 einen Haushalt ohne zusätzliche Kredite schafft, wird weitere Anstrengungen brauchen ...“

Das ist zweifellos richtig. Nur: Wir sehen keine weiteren Anstrengungen, Herr Finanzminister.

Meine Fraktion hingegen hat Ihnen solche Anstrengungen vorgeschlagen, und wir fordern sie auch von Ihnen. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss insgesamt 71 Änderungsanträge für den Landeshaushalt 2014 vorgelegt.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Einige wenige davon kommen in diese dritte Lesung zurück. Wir haben Ihnen damit gezeigt, dass es in diesem Landeshaushalt – wenn man die ganze Gefälligkeitpolitik auf Pump, die Sie seit 2010 gemacht haben, aus dem Etat herausnimmt – bereits im Jahr 2014 eine Konsolidierungsmöglichkeit von 1 Milliarde € gibt.

Wenn man unserem Vorschlag folgt und davon noch 500 Millionen € in Zukunftsbereiche investiert – in Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur, in Kommunen –, dann ist es trotzdem möglich, im Jahr 2014 deutlich unter 2 Milliarden € Nettokreditaufnahme zu bleiben.

(Beifall von der FDP)

Herr Finanzminister, es ist also möglich, Ihnen fehlt nur der Wille. Ihnen fehlt die Entschlossenheit – wie ich es in der ersten Lesung gesagt habe –, das Überflüssige oder zumindest das nur Wünschenswerte – nicht das zwingend Erforderliche – wegzunehmen, damit die wahre Gestalt des handlungsfähigen Staates hervortritt.

Auch von Ihrer vorsorgenden Sozialpolitik, auf die Norbert Römer eben noch einmal eingegangen ist, hören wir gar nichts mehr. Im aktuellen Haushaltsplan sehen wir nur, dass Sie als vermeintliche Präventionsrendite – Guntram Schneider, hören Sie genau zu! – 500 Lehrer an den Berufskollegs abschaffen wollen. An den Berufskollegs sollen 500 Lehrerstellen als vermeintliche Präventionsrendite eingespart werden! In keinem Ausschuss haben Sie empirische Belege dafür bringen können, dass es tatsächlich eine irgendwie geartete Präventionsrendite seit 2010 gibt, die es erlaubt, jetzt bei den Berufsschulen 500 Stellen abzusetzen.

(Beifall von der FDP)

Zeitgleich aber stellt sich Guntram Schneider in der Öffentlichkeit hin und holt aus der politischen Mottekiste die Ausbildungsplatzabgabe heraus.

(Beifall und Zurufe von der FDP)

Herr Minister, es ist doch so, dass insbesondere die Jugendlichen ohne Schulabschluss, die noch Qualifikationsmängel haben, ein Problem haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Es müssen also die

Strukturen des dualen Systems gestärkt werden, um denen eine Chance zu geben.

(Beifall von der FDP)

Da hilft es nicht, Ausbildungsplatzabgaben zu fordern. Das ist das falsche Signal zu falscher Zeit.

Oder nehmen wir den Bereich der Verkehrspolitik – ein Feld, in dem die rot-grüne Landesregierung überwiegend nach Berlin schaut, wo sie zusätzliches Geld von Berlin fordert. Mike Groschek war ja in der Bodewig-Kommission, die in etwa gesagt hat: 7,2 Milliarden € beträgt der jährliche Bedarf an Investitionen in unsere Infrastruktur. – Jetzt kommt 1 Milliarde € in jedem Jahr zusätzlich heraus – immerhin, Herr Groschek! Es gibt also zusätzliche Bundesgelder. Das ist eine wichtige Schwerpunktsetzung. Nur muss man fragen: Was macht das Land Nordrhein-Westfalen mit Bundesmitteln? Denn es gab ja schon Bundesmittel. Da erfährt das stauende Publikum, dass von den zur Verfügung stehenden Bundesmitteln für Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr 44 Millionen € nicht verbaut werden konnten.

(Christof Rasche [FDP]: Hört, hört!)

Das sind Lkw-Ladungen aus Tonnen von 100-Euro-Scheinen, die wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht nutzen, sondern die wir in andere Bundesländer senden, damit da gebaut werden kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie können doch nicht nach Bundesgeld rufen und es dann, wenn es da ist, nicht nutzen, Herr Groschek! Das geht doch nicht an.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Vermutung ist – Sie können das bei späterer Gelegenheit ja darlegen –, dass es da einen inneren Zusammenhang mit den Beschlüssen aus dem September 2011 gab. Bekanntlich hat die Landesregierung damals 78 Maßnahmen aus dem vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans herausgenommen, abgemeldet.

Das ist exakt die Politik, die wir zwischen 1995, lieber Reiner Priggen, und 2005 hatten. Weil die Grünen bestimmte Planungen, erst recht neue Maßnahmen verhindert haben, hat das Land Nordrhein-Westfalen unter Verantwortung von Vesper und Höhn jahrelang die zur Verfügung stehenden Bundesmittel nicht genutzt.

Angesichts des großen Nachholbedarfs, des großen Bedarfs an Investitionen in unser Verkehrsnetz dürfen wir uns eine solche Blockade nicht länger erlauben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Geld ist ja da – auch für den Verkehrsbereich. Minister Groschek hat Planungen vorgestellt, wonach in unserem Land jetzt 230 km Radschnellwe-

ge gebaut werden sollen. 230 km Radschnellwege! Im Prinzip ist nichts dagegen zu sagen.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Aber verehrte Kolleginnen und Kollegen der Grünen, Herr Groschek, was kostet eigentlich 1 km Radschnellweg? 1 Million €? – Insgesamt also 230 Millionen €. Wo ist dieses Geld im Landeshaushalt? Wo kommt das her?

Das wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Da gibt es dann eine Landespressekonferenz, die mit diesen Plänen unterhalten wird. Die Öffentlichkeit wartet auf die Radschnellwege – 230 km. Im Etat aber: zero, niente, nada, nichts! Auch in der mittelfristigen Finanzplanung: nichts!

Ich kann nur sagen: Was dem einen seine Pkw-Maut, ist dem anderen sein Radschnellweg. Solche Luftschlösser brauchen wir aber nicht. Wir brauchen echte Investitionen.

(Beifall von der FDP und Ilka von Boeselager [CDU])

Und für die notwendigen Planungen, die es bräuchte, beispielsweise bei Landesstraßen oder bei Bundesstraßen, fehlt dann am Ende vielleicht das Geld oder die Kapazität, weil Sie sich mit den Radschnellwegen beschäftigen. Für die entsprechenden Machbarkeitsstudien und Planungen sind ja bis 2015 Millionenbeträge vorgesehen. Auf der anderen Seite wird bei den Investitionen in unser Landesstraßennetz gekürzt. Im Jahr 2014 stehen 40 % weniger Mittel für die Landesstraßen zur Verfügung als im Jahr 2009, also zu unserer Verantwortungszeit.

Ich kann Ihnen nur sagen, lieber Herr Groschek: Gehen Sie zum Finanzminister und lassen sich das Geld, das Sie in die Radschnellwege versenken müssen, lieber für andere Bereiche geben. Dort ist es dringend erforderlich. Wir brauchen nicht beschriebenes Papier, sondern geflickte Straßen!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, am heutigen Tag wird die EU-Kommission ein Beihilfeverfahren gegen das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz anstrengen.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Da bin ich auch mal gespannt!)

Das hängt nicht ausschließlich mit den Ausnahmetatbeständen im EEG zusammen, wie glauben gemacht worden ist. Vielmehr sieht die EU-Kommission durch die Gesamtanlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten derjenigen, die Erneuerbare in die Netze einspeisen.

Wir haben gehört – auch vonseiten der Gewerkschaften –, welch enorme Gefahr für den Standort

Nordrhein-Westfalen das bedeutet. Die Industrie geht schleichend. Sie nimmt aber Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand mit. Deshalb sind jetzt besonders hohe Sensibilität und Aufmerksamkeit für dieses Verfahren der EU-Kommission und damit für die Energiepolitik insgesamt erforderlich.

Frau Ministerpräsidentin, Sie waren im November 2013 zusammen mit dem damaligen Bundesumweltminister Peter Altmaier bei Kommissar Almunia in Brüssel. Was hat er Ihnen eigentlich dazu gesagt, und was haben Sie ihm dazu gesagt, wenn jetzt das Beihilfeverfahren eröffnet wird? Offensichtlich ist es doch so, dass Sie die Signale aus Brüssel nicht richtig gewertet haben. Die EU-Kommission verlangt nämlich eine grundlegende Revision unseres Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

(Beifall von der FDP – Armin Laschet [CDU]: Das kommt ja!)

– Jetzt ruft Armin Laschet, der andere energiepolitische Experte der Großen Koalition, das komme ja. Aber: Kollege Priggen hat gestern in der Öffentlichkeit bewertet, was im Koalitionsvertrag steht. Dem kann ich mich nur anschließen. Er hat gesagt, die energiepolitischen Beschlüsse der Großen Koalition seien – Zitat – „sehr vage“. Da haben Sie völlig recht, lieber Herr Priggen. Sie sind sehr vage. Deshalb eröffnet die EU-Kommission jetzt ein Beihilfeverfahren gegen Deutschland: weil sie keinen echten Reformeifer in unserem Land erkennt! Das ist die Pointe. Deshalb ist Handeln dringend erforderlich.

(Beifall von der FDP)

Da reicht es auch nicht, richtigerweise die Kompetenz in einem Ressort zu bündeln. Das ist zwar eine sehr kluge Entscheidung. Wie Sie wissen, haben wir das auch mehrfach gefordert. Zur Bündelung der Ressourcen muss aber auch der Ehrgeiz zur Veränderung dazukommen, Frau Kraft. Sonst wird das keine Auswirkungen haben.

Wenn die grundlegende Reform, die Herr Almunia will – Herr Priggen, Sie sind auch bei ihm gewesen; dann können Sie das ja gleich hier darstellen; Herr Almunia spricht von einem Mengen- und Marktmodell und einem europäischen Strombinnenmarkt; Sie können doch nicht bestreiten, dass er das will, erst recht nicht, wenn Sie mit ihm gesprochen haben –, im Koalitionsvertrag der Großen Koalition erst für 2017 ff. geplant ist, dann werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Es ist bemerkenswert, dass die Große Koalition der Wille zur Gestaltung schon verlässt, bevor sie überhaupt angefangen hat; denn 2017 liegt wohl nicht mehr im Definitionsbereich der Regierungstätigkeit.

(Beifall von der FDP)

Die IG BCE – Herr Priggen, vielleicht können Sie auch darauf eingehen; so viel zu der von Norbert

Römer hier viel beschworenen Gemeinsamkeit – wirft Ihnen ja Öko-Fundamentalismus vor.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Mir?)

– Den Grünen. Sie wirft Ihnen Öko-Fundamentalismus vor, weil Sie insbesondere mit Blick auf die Kohleverstromung diesen weiter unverzichtbaren Energieträger für die nächsten Jahre systematisch politisch delegitimieren wollen.

Das haben wir gestern bei den Äußerungen von Johannes Remmel zum Thema „Garzweiler“ gesehen. Ist das auch die viel beschworene Gemeinsamkeit, von der Sie gesprochen haben, Herr Römer?

Das haben wir bei Reiner Priggens Aussagen zum Thema „Datteln 4“ gehört. Ist das auch Ihre Gemeinsamkeit? Sie fassen einen Beschluss in der Landesregierung, und Herr Priggen sagt, Datteln 4 werde weiter die Gerichte bemühen.

Ist das Ihre Gemeinsamkeit? Da lobe ich mir aber die Zusammenarbeit in der schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene! Das gab es da nämlich nicht.

(Beifall von der FDP – Lachen und Zurufe von den GRÜNEN)

– Regen Sie sich doch nicht so auf. Gott sei Dank ist die Bundestagswahl ja vorbei.

(Lachen und Beifall von den GRÜNEN)

Dann müssen wir endlich nicht mehr solche Auftritte wie den von Sylvia Löhrmann in der Sendung „Studio Friedman“ ertragen, bei dem sie allen Ernstes die Steigerung der Energiekosten damit begründet hat, dass in Deutschland im EEG massenweise Ausnahmen für Golfplätze bestehen würden. Das war nachweislich falsch. Damit haben Sie die Leute hinter die Fichte geführt, Frau Löhrmann. Als Mitglied einer Regierung müssten Sie es eigentlich besser wissen. Oder Sie haben vorsätzlich getäuscht. Das kann sich jeder in der Mediathek ansehen.

(Beifall von der FDP)

Karl-Josef Laumann hat zu Recht gesagt, dass Impulse zur Stärkung unserer Wirtschaftskraft hier in Nordrhein-Westfalen fehlen. Das Klimaschutzgesetz hat er angesprochen. Das Tariftreue- und Vergabegesetz gehört ebenfalls dazu. Es ist nicht nur eine Fessel für Mittelstand und Handwerk, sondern auch, wie wir jetzt erleben, eine Belastung für die öffentliche Hand selbst. Auch diese Landesregierung muss zusätzliches Personal einstellen, Gutachten und Stellungnahmen in Auftrag geben und Schulungen veranstalten. Dieses Gesetz ist also eine bürokratische Belastung.

Jetzt kommen auf Bundesebene weitere bürokratische Fesseln und weitere Belastungen für unsere Wirtschaft hinzu. Karl-Josef Laumann, was Sie für den Standort Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den 15 anderen Ländern gesagt haben, das gilt

auch für Deutschland im internationalen Wettbewerb. Auch dort brauchen wir Flexibilität.

Jetzt kommen also neue bürokratische Fesseln dazu. Wir hoffen einmal, dass sie sich nicht so schädlich auswirken, wie das beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befürchtet.

Eines ist in diesem Zusammenhang aber bemerkenswert: Jetzt gibt es neue Regelungen für die Arbeitnehmerüberlassung, weil man die Zeitarbeit einschränken will. – Guntram Schneider applaudiert.

Zeitgleich aber – jetzt vor wenigen Tagen – hat auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative ergriffen, um die öffentliche Hand von diesen Beschränkungen der Arbeitnehmerüberlassung auszunehmen. Also da, wo es um den öffentlichen Bereich geht, scheuen Sie die Bürokratie, aber wenn es um Mittelstand, Industrie und Handwerk geht, dann haben Sie kein Problem mit zusätzlicher Bürokratie.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist an Doppelmoral nicht zu überbieten!

(Minister Guntram Schneider schüttelt mit dem Kopf.)

– Herr Minister Schneider, Sie schütteln mit dem Kopf. Gibt es diese Bundesratsinitiative oder nicht?

(Minister Guntram Schneider: Ich kann Ihnen das erläutern!)

– Erläutern Sie uns auch mal, warum die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren vor allem im öffentlichen Bereich gestiegen ist und der öffentliche Bereich von der Sachgrundpflicht für eine Befristung ausgenommen worden ist.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Das ist doch eine Doppelmoral!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wichtige Aufgaben der Landespolitik bleiben aber unerledigt. Wir haben eine Debatte und auch eine Landesregierung, die sich mit diesen Einzelfragen beschäftigt, aber wichtige Fragen bleiben unbeantwortet.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Nur ein Beispiel, weil sich Herr Jäger gerade aufmerksam ist und sich in die Debatte einschalten will: Nehmen wir seinen Bereich.

(Minister Ralf Jäger: Jetzt tun Sie doch nicht so, als ob das ein Zufall wäre!)

Ich wollte nur schauen, ob Sie noch dabei sind. Deshalb spreche ich Sie an; betrachten Sie es als Kompliment.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Da haben wir in den letzten Monaten gesehen, dass es eine Einbruchsserie, verübt von organisierten Banden, in Nordrhein-Westfalen gibt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist jetzt peinlich!)

Die Zahl der Einbrüche in Nordrhein-Westfalen steigt massiv an. Der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Herr Plickert, sagt dieser Tage – Zitat –:

„Einbruchsdiebstahl wird schon lange nicht mehr bekämpft, sondern nur noch verwaltet.“

Diese Einbruchsserie ist in Wahrheit die Bankrotterklärung des Rechtsstaats.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben einen Innenminister, der die Öffentlichkeit sucht, und zwar vor allen Dingen damit, dass er Blitzmarathons ohne jede Wirkung für die Verkehrssicherheit veranstaltet.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Das ist exzellente Regierungs-PR, aber die zahllosen Mannstunden, Herr Innenminister, die Sie da verwenden, die könnten Sie auch mal für eine Schwerpunktinitiative einsetzen: nach Beute zu fahnden, die im Internet bei ebay versteigert wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das würden nämlich diejenigen, bei denen zu Hause eingebrochen worden ist, von ihrer Landesregierung erwarten.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Uns wird ja gelegentlich vorgeworfen, wir Liberale seien für den Nachtwächterstaat. Das ist im Prinzip falsch, aber in dieser konkreten Hinsicht bekenne ich mich dazu. Wir sind für den „Nachtwächterstaat“ – seine vornehmste Aufgabe ist nämlich, dafür zu sorgen, dass die Menschen nachts ruhig schlafen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und dieser Aufgabe werden Sie nicht gerecht.

Norbert Römer hat hier eben die Zusammenarbeit mit den Kommunen und ihre Stärkung und wie wichtig die kommunale Ebene für diese rot-grüne Landesregierung sei, in besonderer Weise hervorgehoben. – Deshalb klagen die Kommunen ja auch gegen zahlreiche Vorhaben dieser Landesregierung, beispielsweise gegen Ihre Zwangsabgabe, Herr Römer, die Sie beschlossen haben!

Die haben Sie jetzt abgemildert, ja; es bleibt im Kern aber eine falsche politische Entscheidung, diejenigen zu bestrafen, die sich über Jahre für Wirtschaftsförderung und nachhaltige öffentliche Finanzen eingesetzt haben. Es bleibt im Prinzip falsch,

und Sie werden auch die schwachen Kommunen nicht dadurch stärken, dass Sie die gesunden Kommunen jetzt schwächen. Deshalb sollten Sie, ohne dass es zu einer Klage kommt, auf diese Zwangsabgabe für die Kommunen verzichten.

(Beifall von der FDP)

Sie zerstören damit nämlich den Gedanken des Stärkungspakts.

Dies gilt auch in einem anderen Bereich; auch da lassen Sie die Kommunen allein, nämlich bei der Inklusion. Herr Schneider, ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass ich noch einmal auf Sie zu sprechen komme.

(Minister Guntram Schneider: Och!)

Sie haben sich neulich ja verplappert.

(Minister Guntram Schneider: Ojojoh!)

– Ja, das haben Sie, als Sie nämlich in Köln kürzlich erklärt haben, dass es Ziel der Landesregierung sei, im Zuge der Inklusion langfristig die Förderschulen aufzulösen.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Hört, hört!)

Das haben Sie gesagt! So sind Sie in der „Kölnischen Rundschau“ zitiert. Jetzt will ich mich mal absichern, weil Sie mir gerne vorwerfen, ich würde falsch zitieren. Ist das ein falsches Zitat?

(Minister Guntram Schneider nickt.)

– Haben Sie das klargestellt?

(Minister Guntram Schneider nickt.)

– Sie haben es klargestellt? – Ich hatte keine Möglichkeiten, eine andere Quelle zu finden. Erst jetzt sagen Sie also, es sei nicht Ihr Ziel, die Förderschulen aufzulösen? Wie soll denn die Öffentlichkeit unterscheiden zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was Sie meinen, wenn Sie sich so missverständlich öffentlich äußern?

(Beifall von der FDP und der CDU – Minister Guntram Schneider schüttelt mit dem Kopf.)

Und wo ist dann – wenn Sie es ernst meinen – Norbert Römer vor der ersten Lesung des Landeshaushalts? Hat der gesagt: „Wir wollen jetzt mal mit den Kommunen prüfen, ob es vielleicht doch eine gewisse Konnexitätsrelevanz gibt.“?

Wenn dem so wäre, dann müsste es doch dafür, Herr Finanzminister – Stichwort: vorsorgende Verwaltung –, irgendwo im Landeshaushalt für den äußerst wahrscheinlichen Fall, dass die Inklusion von Kindern mit Behinderungen in unsere Regelschulen ordentlich Geld kostet, eine etatisierte Reserve in zweistelliger Millionenhöhe geben.

Dort findet man aber nichts, und da kann ich Ihnen nur sagen: Durch eine solche Politik, durch solche öffentlichen Äußerungen und die nicht hinterlegte

Absicherung der Konnexitätsrelevanz im Landeshaushalt zerstört man in diesem sensiblen Politikfeld das Vertrauen von Kommunen und Familien.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Generell ist die Bildungspolitik bei Ihnen nicht in guten Händen. Im Schuletat werden jetzt 2.687 Lehrerstellen abgebaut. 104 zusätzliche Stellen werden von Frau Löhrmann unterdessen im Verwaltungsbereich geschaffen. Das heißt: Weniger Unterrichtsqualität, aber mehr bürokratische Strukturen – das ist die Linie der grünen Schulpolitik hier in Nordrhein-Westfalen.

Insbesondere Gymnasien und Realschulen, Frau Löhrmann, benötigen aber Ihre Aufmerksamkeit. Sie wissen, dass diese beiden Schulformen in den vergangenen Jahren eine deutliche Veränderung ihrer Schülerschaft erfahren haben. Die Übergangsquote steigt. Das ist nicht mehr das Gymnasium der 60er-Jahre, das vor allen Dingen auf ein Studium vorbereitet, sondern das ist eine Schule mit einer großen Bandbreite von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Talenten und unterschiedlichen Förderbedarfs. Für die Realschule trifft Ähnliches zu.

Diese beiden Schulformen werden von Ihnen völlig allein gelassen. Wir haben das in den vergangenen Jahren regelmäßig bemängelt. Das muss auch in diesen Haushaltsberatungen gesagt werden; wir können es Ihnen nicht ersparen.

Bemerkenswert ist dann aber, was die Kollegin Zentis von Bündnis 90/Die Grünen im Zusammenhang mit unserem Antrag „Stärkungspakt Gymnasien“ dem Landtagsplenum zur Kenntnis gegeben hat, nämlich wie die Grünen Gymnasien und Realschulen sehen. Zu unserem Antrag „Stärkungspakt Gymnasien“ hat die Kollegin Zentis gesagt, dabei handele es sich lediglich um die Bedienung der Klientel der Privilegierten.

So sehen Sie also diejenigen, die ihre Kinder auf Gymnasien und Realschulen schicken: als „Klientel der Privilegierten“.

Vielfach sind es 50, 60, 70 und teilweise 80 % der Eltern eines jeden Altersjahrgang, die ihre Kinder auf Realschule und Gymnasium schicken. Für die Grünen ist das nur die „Klientel der Privilegierten“. Wer so über diese Menschen spricht, der hat völlig den Bezug zur Realität verloren. Das ist pure Ideologie.

(Beifall von der FDP)

Pure Ideologie, die wir auch an einer anderen Stelle der Landespolitik dieser Tage ja genau beobachten können, nämlich im Hochschulbereich, beim Hochschulzukunftsgesetz. Das seinerzeitige Hochschulfreiheitsgesetz ist von der Hochschulrektorenkonferenz auf Bundesebene als mustergültig betrachtet

worden – so die damalige Chefin, Frau Wintermantel.

Es hat einen enormen Schub an Kreativität hier in Nordrhein-Westfalen gebracht. An den Hochschulen sind Initiativen zur Verbesserung von Lehre und Forschung ergriffen worden, die überall im Alltag zu besichtigen sind.

Jetzt geht diese Landesregierung hin und schränkt und sammelt das alles wieder ein, legt einen Gesetzentwurf vor, der den Geist der Steuerung und Planung atmet.

(Karl Schultheis [SPD]: Alles Unfug!)

– Karl Schultheis, wenn Sie es mir nicht glauben, dann vielleicht dem AStA der Uni Duisburg-Essen. Die haben nämlich zu Ihrem Hochschulzukunftsgesetz gesagt – Zitat –, es sei ein Entmündigungspapier, das massiv in die Autonomie der Hochschulen eingreife. – Das sagen die Studierenden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Das wissen Sie doch, Herr Schultheis. Ich könnte Ihnen ähnliche Stellungnahmen wie auch die von der Arbeitsgemeinschaft der zwölf Studentenwerke in Nordrhein-Westfalen nennen. Das sind genau die Gruppen, mit denen Sie damals gemeinsam immer gegen das Hochschulfreiheitsgesetz gearbeitet haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Zu Recht!)

Asten und Studentenwerke fühlen sich jetzt von Ihrer Initiative nicht beglückt, sondern ausweislich dessen, was ich zitiert habe, entmündigt. Das sollte Ihnen zu denken geben, Herr Schultheis.

(Beifall von der FDP und der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Sie sollten meine Stellungnahmen lesen!)

– Ich werde Ihnen belegen, dass ich alle Stellungnahmen lese, beispielsweise auch die der Landesrektorenkonferenz, die gemeinsam mit der Wirtschaft gegen Ihre Planung, die Veröffentlichung bei Drittmitteln und Forschungsfähigkeit ins Gesetz zu schreiben. „Sturm laufen“ – das muss man sich einmal vorstellen.

Da gibt es Unternehmen, private Zuwendungsgeber, öffentliche Institutionen, die gemeinsam mit den Hochschulen Forschungsvorhaben auf den Weg bringen wollen. Vielleicht streben sie Patente an, die später in Arbeitsplätze, Wohlstand und Wachstum umgemünzt werden sollen. Und das soll vor den Augen der Öffentlichkeit, das heißt vor den Augen der Wettbewerber, also auch vor denen des chinesischen Wettbewerbers, öffentlich gemacht werden!

Dazu sagt Frau Gatter, die Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz – Zitat –:

„Die geplante, allumfassende detaillierte Offenlegung jedweder Drittmittelforschung bedroht

ersten Schätzungen zufolge Tausende von Arbeitsplätzen in NRW.“

Mit dieser Ideologie bedrohen Sie Wachstum und Beschäftigung sowie die Wissenschaftsfreiheit per se.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2014 zeigt: Die Landesregierung ist damit beschäftigt, sich Spielwiesen und ideologischen Nebenkriegsschauplätzen zu widmen. Die Veränderung der bundespolitischen Lage taucht in diesem Landeshaushalt mit keinem Jota auf, ist nicht zur Kenntnis genommen worden. Es ist also zappenduster. Chancen zur Konsolidierung und für mehr Wachstum bleiben ungenutzt. Es ist im Prinzip eine soziale Fassade auf Pump. Und der stimmen wir nicht zu.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen. Bei der heutigen Debatte ist viel von Veränderung die Rede. Es ist auch in der Geschichte dieses Landtags ein besonderer Vorgang, wenn der Vorsitzende einer Landtagsfraktion zum Vorsitzenden seiner Bundespartei gewählt wurde. Das ist bei Ihnen, Herr Kollege Lindner, der Fall, und dazu gratuliere ich Ihnen sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat das Wort der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Reiner Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Lindner, auch meinen Glückwunsch zu Ihrem neuen Amt. Ich bin ganz erleichtert, dass Sie sich auch als Bundesvorsitzender der FDP noch zur Großen Koalition und zu anderen Fragen geäußert haben. Ich hoffe, dass auch ich das deshalb darf, weil ich das gerne tun möchte.

Als Erstes möchte ich aber ein paar Worte zu Ihnen, zu Dir, Karl-Josef Laumann, persönlich sagen, weil ich Dich in den beiden Jahren der Minderheitsregierung als jemanden erlebt habe, mit dem man an der Sache orientiert sehr, sehr gut reden konnte und der dafür gesorgt hat, dass über das übliche Ritual der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition hinaus an der Sache orientiert nach Lösungen gesucht wurde. Ich möchte drei Beispiele dafür anführen, die mich besonders beeindruckt haben:

Das erste war das Schulgesetz. Wir haben zusammen in der Zeit der Minderheitsregierung das Schulgesetz gemacht, haben das Problem des demografischen Wandels aufgegriffen und für ein vernünftiges, leistungsfähiges Bildungsangebot für

Schülerinnen und Schüler insbesondere mit Blick auf den ländlichen Räumen, aber auch in den Städten gesorgt.

Die Positionierung der CDU zuvor war eine andere. Da bedurfte es einer Kehrtwende, einer neuen Weichenstellung, da wir uns ansonsten in einander verhakt hätten. Du bist es gewesen, der mit den Fachleuten – das muss man ganz klar sagen – dafür gesorgt hat, dass das geschehen konnte. Wir haben das Schulgesetz gemeinsam entwickelt und erleben nun, wie stark es angenommen wird. Das ist genau die Reaktion in den Städten, aber auch sehr stark in den ländlichen Räumen. Das war eine sehr, sehr schöne Sache, und dafür herzlichen Dank nachträglich.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Zweitens hast Du mich bei der Frage der Forensikstandorte beeindruckt. Wir wissen noch, wie die damalige sozialdemokratische Kollegin Birgit Fischer entsprechende Standorte gesucht hat, und wie Du gesagt hast, dass man alle zehn Jahre nach Standorten suchen muss und es irgendjemanden treffen wird. Die Ergebnisse dieser im Rahmen einer großen Auseinandersetzung gefundenen Standortentscheidungen erntet ja nie derjenige, der in der Regierung ist, sondern der, der später an der Reihe ist. Es war auch klar, dass es für die Forensikstandorte vor Ort selten Begeisterung gibt. Man erlebt eher – das geht durch alle Parteien –, dass die Leute vor Ort gegen einen stehen. An manchen Stellen muss man das akzeptieren. Entscheidend ist aber die generelle Linie.

Und da hast Du in den einleitenden Diskussionen sehr gut klargestellt: Die Frage der Forensikstandorte ist eine notwendige. Diese Standorte müssen geschaffen werden, und wir betreiben keinen Wahlkampf, keine populistische Auseinandersetzung bei der Suche nach den Standorten.

Du hast beispielhaft in deiner Region dafür gesorgt, dass der dortige Standort auf Akzeptanz gestoßen ist. Insofern hast Du da mitgeholfen. – Das war die zweite Sache.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die dritte Sache bezieht sich auf etwas, was wir auf Bundesebene weiter diskutieren müssen. CDU, SPD und Grüne haben am 29. Oktober 2010 einen gemeinsamen Beschluss gefasst, dass der Bund von den sozialen Kosten der Kommunen einen Anteil von 50 % übernehmen muss. Das war unsere Position, und ich halte sie nach wie vor für richtig. Es geht um Eingliederungshilfen, Kosten der Unterbringung. Zum Teil sind es Kosten – egal, ob die eine oder andere Kommune Fehler macht; das kann man sich immer vorwerfen –, die keine Kommune tragen kann. Deswegen waren wir im Konsens dafür, dass das beim Bund stärker in Angriff genommen wird. Es war immer unser Bemühen, dass aus

diesem Prozess heraus in Berlin, wer immer dort regieren sollte, tatsächlich etwas passiert. Jetzt kann man sagen – ich komme auf die Punkte noch zu sprechen –, dass mir das nicht genug ist, aber es hat in Berlin ein Ergebnis gegeben, auch wenn wir das natürlich unterschiedlich bewerten können.

Das heißt zusammengefasst: Ein herzliches Dankeschön! Du warst ein Ansprechpartner, zu dem man bei aller harten Auseinandersetzung gehen konnte. Der politische Wettbewerb ist hart. Aber wir sind keine Feinde oder Gegner. Wir stehen in diesem Wettbewerb, auch wenn er manchmal hart ist. Trotzdem muss man immer wieder miteinander reden können. Das konnte man. Deshalb auch von meiner Fraktion: Alles Gute und viel Erfolg bei Deiner weiteren Arbeit. Wir werden Ansprechpartner sein, wenn wir uns gelegentlich wiedersehen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Wir haben derzeit eine besondere Situation, die nicht den Haushalt direkt, aber perspektivisch betrifft. Darauf möchte ich gerne eingehen. Seit gestern haben wir eine neue Bundesregierung. Die Bundeskanzlerin ist gewählt; die Regierung ist im Amt. Eine Reihe der Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus hat in den Sondierungsgesprächen, in den Koalitionsverhandlungen in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv daran mitgearbeitet. Es hätte auch eine andere Möglichkeit gegeben. Diese ist nicht zum Zuge gekommen. Es haben sich auch Teile der Kolleginnen und Kollegen nicht danach gedrängt, aber irgendjemand muss ja die Bundesregierung vernünftig machen.

Deswegen sage ich: Es fällt uns kein Zacken aus der Krone, wenn wir sagen: Ihr habt es verhandelt. Ihr habt es zum Abschluss gebracht. Wir werden in der Bewertung in den Wettbewerb gehen. Herzlichen Glückwunsch an diejenigen, die das gemacht haben und einen persönlichen Beitrag dazu geleistet haben! Ich weiß, was es heißt, Koalitionsverhandlungen zu führen. Wir wissen das alle. Das ist eine harte Arbeit. Nun müssen wir mit den Ergebnissen umgehen.

Jetzt werden Sie nicht erwarten, dass ich alle Kompromisse im Koalitionsvertrag in Berlin lobe. Es gibt Kompromisse – das erkennt man auch – und eine Reihe von Fragen, die uns alle immer gestellt werden. Die am häufigsten gestellte Frage lautet: Wird es jetzt in der Koalition in Nordrhein-Westfalen zwischen Sozialdemokraten und Grünen schwieriger, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Ministerpräsidentin in Berlin zugesichert hat, 5.000 neue Kohlekraftwerke in NRW innerhalb von einem Jahr zu bauen?

(Lachen von den GRÜNEN und der SPD)

Auf diese Frage gibt es eine ganz ehrliche und vernünftige Antwort: Natürlich wird es nicht einfacher;

das ist doch völlig klar. Wenn wir in Berlin Schwarz-Grün bekommen hätten, dann wäre es auch nicht einfacher. Es wird ein bisschen mehr Arbeit. Es wird etwas anstrengender. Das ist der normale Umgang.

Aber für unsere Arbeit hier muss doch der Maßstab gelten, was für unser Land gut ist. Und ich muss feststellen: Der Koalitionsvertrag, den wir hier geschlossen haben, ist eine sehr gute Grundlage; da stimme ich meinem Kollegen Norbert Römer völlig zu. Von der Basis aus werden wir bewerten, was in Berlin passiert. Wir werden mit Berlin ringen, aber wir werden unsere Arbeit hier vernünftig weitermachen und einen vernünftigen Umgang miteinander pflegen. Das ist gar keine Frage. Alles andere wäre unvernünftig und nicht verantwortungsvoll gegenüber dem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Koalitionsverträge beschreiben, wenn sie gut sind, klar die Absichten der Regierung. Wenn sie sehr gut sind, beinhalten sie Zahlen und Fakten. Und wenn sie wirklich super sind, dann liegen hinten im Koalitionsvertrag auch gleich die Schecks.

Der Koalitionsvertrag in Berlin beschreibt für unser Land existenziell wichtige Aufgaben. Entscheidend wird an ganz vielen Stellen die konkrete Umsetzung sein. Zum Teil müssen Sachen bereits in 2014 abgeschlossen werden, gerade was den Energiebereich angeht im ersten Quartal 2014. Das ist ein äußerst ambitioniertes Vorhaben. Ich komme nachher noch darauf zu sprechen. Zum Teil sind sie nicht in 2014 abzuschließen, aber sie müssen angepackt werden und dürfen nicht erst 2017/2018 zum Erfolg führen. Das wird hier genau beobachtet werden.

Ich will die wichtigsten Bereiche ansprechen.

Karl-Josef Laumann und auch Herr Lindner haben vorhin etwas zur Haushaltsdisziplin gesagt. Wenn ich mir das Haushaltsgebaren der Großen Koalition in Berlin bei einzelnen Punkten angucke, dann muss ich zu dem Ergebnis kommen, dass die Klientelgeschichte, die Geschichte der Geschenke für eine bestimmte Klientel, leider fortgesetzt wird. Herr Lindner hat die Möwenpick-Steuer sowie Seehofers Betreuungsgeld angesprochen.

Das, was jetzt in der Großen Koalition mit der Finanzierung der Mütterrente gemacht wird, ist aus meiner Sicht haushaltspolitisch nicht zu verantworten. Ich will ganz klar sagen: Wir haben nichts dagegen, die Lebensleistung der Frauen, die vor 1992 Kinder bekommen haben, mit der Mütterrente anzuerkennen und ihnen das Geld zu geben. Überhaupt nichts dagegen! Unsere Mutter, die jetzt zugeht, ist eine von denen, die drei Kinder vor 1992 bekommen hat. Meine Kollegin Sigrid Beer hat drei Kinder vor 1992 bekommen. Wir haben nichts gegen die Mütterrente.

Aber wenn man es macht, dann muss man es sauber finanzieren. Sigrid Beer müsste das, was sie

jetzt bekommt, gleich für ihre Enkelkinder anlegen, damit die nachher nicht, wenn sie die Zeche bezahlen müssen, diejenigen sind, die in die Röhre gucken. Das hätten Sie in Berlin sauber finanzieren müssen. Das will ich ganz klar sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der FDP)

Sie hätten das über eine Steuererhöhung finanzieren müssen. Auch die Beseitigung der kalten Progression wäre fair gewesen. Aber Sie hätten das nicht durch einen Griff in die Rentenkasse finanzieren dürfen, den wir absehbar in wenigen Jahren mit einer Beitragserhöhung von den nächsten Generationen bezahlen lassen müssen. Sie hätten ehrlicherweise sagen müssen: Wir brauchen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, und wir finanzieren das damit. – Das ist ein Kritikpunkt an dem, was Sie da gemacht haben.

Der Bereich „Verkehr und Infrastruktur“ ist angesprochen worden. Uns allen ist klar: Die Bedeutung einer funktionierenden, nicht verrottenden Verkehrsinfrastruktur ist gerade für ein Transitland, für einen industriell wichtigen Standort wie Nordrhein-Westfalen außerordentlich groß. Positiv ist – das ist wohl aus NRW übernommen worden –, dass im Koalitionsvertrag der Vorrang von Unterhalt vor Neubau festgehalten ist.

Es ist eine Illusion, wir hätten das Geld und könnten jede Straße, die von irgendwo als Wunsch an uns herangetragen wird, bezahlen.

Wir wissen alle, wie das ist, wenn die kommunalpolitischen Kollegen ankommen mit dem Argument: Aber vielleicht noch meine Straße. – Die Illusion, die den Leuten jahrelang als Sand in die Augen gestreut worden ist, ist nicht mehr zu realisieren. Das wissen alle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen ist der klare Vorrang – unterhalb von Neubau – „Erhalt der Substanz“ richtig.

Positiv ist auch die Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen. Es gab aber auch in der Bodewig-Kommission sehr viele gute Vorschläge, mit denen man die Finanzierung des notwendigen Volumens hätte abdecken können. Da gebe ich Herrn Lindner recht. Die Zahl „7 Milliarden €“ steht im Raum. Ich sage nur: Da wird nachgebessert werden müssen. Es ist völlig klar, dass man mit dem jetzt anvisierten Volumen nicht auskommen kann.

Wir wissen, wir müssen die Autobahnbrücken der 60er- und 70er-Jahre Zug um Zug sanieren. Wir müssen die Autobahnbrücken auf der gesamten Sauerlandlinie von Dortmund bis Frankfurt in einem Zug sanieren: eine Baustelle für Jahrzehnte mit immensen Kosten – und das bei laufendem Betrieb und mit den Belastungen für die Anlieger. Wir müssen es machen; da gibt es überhaupt keinen DisSENS. Denn ohne diese wichtige Infrastruktur können wir nicht klarkommen.

Es muss aber auch finanziert werden. Da sind die Vorschläge der Bodewig-Kommission deutlich besser als das, was jetzt im Vertrag steht. Insofern wird an der Stelle nachgearbeitet werden müssen. Wir müssen uns über das Land dafür einsetzen. Ich bin mir aber sicher, dass wir da keine Differenzen haben werden – jedenfalls nicht hier in der Regierung.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich möchte gerne noch ansprechen, dass ich die Pkw-Maut so, wie sie im Koalitionsvertrag steht, für absurd halte.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ja, sie ist absurd, lieber Armin. Ich weiß, Du willst sie auch nicht unbedingt, aber ...

(Armin Laschet [CDU]: Sie kommt auch nicht!)

– Sie kommt auch nicht. Dann bin ich beruhigt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit)

Dann wiederholen wir für das Protokoll, dass der Landesvorsitzende der CDU den Zwischenruf „Sie kommt auch nicht!“ gemacht hat, damit wir das auch hier unter uns im Konsens mit der CDU haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde sie absurd, weil wir ein Land mit sehr vielen Berufspendlern sind. Wir schaffen damit eine zusätzliche Belastung für unsere Berufspendler. Wenn man wie ich in Aachen lebt – wir leben beide in Aachen –, weiß man, dass auch die Niederländer und die Belgier irgendwann reagieren werden. Das ist nicht meine Vorstellung von Europa, demnächst wie so eine Art Wegezoll überall Maut zu bezahlen, wenn wir uns durch Europa bewegen. Deswegen eine klare Absage an die Pkw-Maut, die noch im Koalitionsvertrag steht. Wir sind gespannt auf die Nichtumsetzung.

Für positiv halte ich den Ansatz, dass Schienenverkehrslärm – wir wissen, die Lärmbelastung ist eine erhebliche – auch mit ordnungsrechtlichen Mitteln halbiert werden soll. Da haben wir von den Schweizern gelernt, die mit Ordnungsrecht vorgegangen sind und die Modernisierung des gesamten Güterschienenverkehrs in Europa mit einem „Ihr nutzt nicht mehr die alten Bremsen und Räder von vor 50 Jahren“ organisieren. Es gibt heute für 4.000 € pro Waggon moderne Bremssätze, die den Lärm mehr als halbieren.

Wenn die Bundesregierung jetzt den Prozess – mir ist 2020 zwar ein bisschen spät – beginnen und das auch bei uns umsetzen will, ist das positiv. Bedauerlich ist, dass der Koalitionsvertrag wenig Unterstützung gegen Fluglärm bietet. Vielleicht wird das über Hessen angestoßen. Ansonsten müssen wir hier

weiter daran arbeiten, weil der nordrhein-westfälische Koalitionsvertrag in der Frage sehr klar ist.

Ich habe eben den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen zur kommunalen Finanzsituation angesprochen. Auf diesem Feld liegt angesichts dessen, was im Koalitionsvertrag in Berlin an Verabredungen steht gegenüber dem, was notwendig wäre, meine größte Sorge. Unsere Kommunen – die kritische Situation der Kommunen ist uns allen klar – stecken in einer größeren Not als die Aussicht auf Erfolg durch den Koalitionsvertrag in Berlin ihnen Hoffnung machen könnte.

Deswegen habe ich manche Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände nicht verstanden. Wie kann man das bejubeln? Die Einnahmen bei den Kommunen steigen zwar, aber die Soziallasten der Kommunen sind auf allerhöchstem Niveau und lieben bei uns in Nordrhein-Westfalen bei 13,44 Milliarden € in 2012, in allen Flächenländern bei 44 Milliarden €. Allein die Eingliederungshilfe schlägt bei unseren Kommunen mit 4 Milliarden € zu Buche.

Im Koalitionsvertrag in Berlin steht, dass das Bundesteilhabegesetz 5 Milliarden € zusätzlich für die Kommunen bei den Eingliederungshilfen bringen soll. Das ist ein vernünftiger Schritt in die Richtung, die wir einmal gemeinsam beschlossen haben. Aber ich glaube, dass wir im Weiteren alle darauf werden drängen müssen, dass das Bundesteilhabegesetz möglichst schnell kommt. Und man kann davon ausgehen, dass auch Erwartungen hinsichtlich von Mehrleistungen bestehen, um die gerungen werden muss.

Die zugesagte 1 Milliarde kommt hoffentlich – vielleicht nicht vor 2015. Aber auch das, um das ganz nüchtern zu sagen, wäre für Nordrhein-Westfalen nach dem Königsteiner Schlüssel ein Anteil von 230 Millionen. Das entspricht gerade der Steigerungsrate bei der Eingliederungshilfe in unseren beiden Landschaftsverbänden in einem Jahr über die Kommunalumlage.

Das heißt: Das grundsätzliche Problem ist damit nicht gelöst.

Es wird eine sehr große Aufgabe der Großen Koalition sein, die gesamten Finanzbeziehungen zwischen den Ländern, dem Bund, den Kommunen inklusive Soli Ost neu anzufassen – auch die Benachteiligungen, die wir als Bundesland haben. Ich habe nie verstanden, warum bei den Kosten der Unterbringung der Erstattungssatz für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz höher liegt als der für Nordrhein-Westfalen. Das ist nur mit den beiden damaligen Verhandlungsführern, Beck und Oettinger, zu erklären, aber in der Sache nicht nachvollziehbar. – Das sollte man auf eine vernünftige Grundlage stellen, weil die Kosten der Unterbringung überall gleich sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eigentlich brauchen wir das Konnexitätsprinzip des Bundes gegenüber dem Land, wie wir es als Land gegenüber den Kommunen haben, damit völlig klar ist: Niemand darf zulasten anderer Gesetze verwirklichen.

Ich will einen Punkt erwähnen, weil der Soli Ost eine gewisse Rolle spielt. Unsere nordrhein-westfälischen Kommunen zahlen pro Jahr 500 Millionen an Soli Ost. Wir wissen alle: Nach 1989 war der Aufbau im Osten dringend notwendig. Aber wir haben im Osten schuldenfreie Kommunen. Mich erheitert immer wieder, wenn mein Kollege, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Brandenburger Landtag, von den Problemen der Brandenburger erzählt, ihre Überschüsse als Festgeld anzulegen, weil es kaum noch Zinsen gibt.

Diese Situation darf nicht weiterhin bestehen. Deshalb muss man das umstellen und jetzt schon beginnen, eine Perspektive zu eröffnen, wie bei uns die Kommunen und das Land mehr Unterstützung erhalten.

Auch die Energiepolitik will ich mit ein paar Worten ansprechen. Die Aussage von Herrn Lindner hat mir richtig Spaß gemacht, dass man sehr sensibel und mit Aufmerksamkeit damit umgehen muss, was die Entlastung, was die Beihilfen angeht.

Herr Lindner, das ist für mich immer wieder irre: Sie waren im Bundestag, Sie hatten dort Verantwortung. Ich habe neulich einmal gesagt: Sie sind der Messias mit beschränkter Haftung.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und Norbert Römer [SPD])

Jedes Mal, bei jedem Gesetz, wenn es denn dazu kommt, können Sie nichts dafür. Sie waren es nie.

(Christian Lindner [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie wollen irgendwen hier kritisieren. Es mag ja sein, dass Kollege Duin und ich kontrovers diskutieren. Aber das, was jetzt Herr Almunia macht – ich bin bei ihm gewesen –, ist auf die vergeblichen Gespräche mit Ihrem Bundeswirtschaftsminister zurückzuführen.

(Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Ausrede!)

– Nein, das ist doch keine Ausrede. Liebe Leute, es ist völlig klar:

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wenn 25 % des Stroms von der Umlage befreit sind, wenn die Ausnahmeregelungen unter Ihrem Wirtschaftsminister so exzessiv betrieben worden sind und der Wettbewerbskommissar der EU mit ihm geredet hat, und er dann sagt, der ändert da nichts, dann ist doch völlig klar, dass die Kommission irgendwann hingehet und das Verfahren einleitet. Und Sie können dann nichts dafür? – Sie waren im

Bundestag, Sie waren ein Schwergewicht an Ihrer Partei. Aber jetzt geht es darum, dass uns die Konsequenzen einholen. Da bin ich gar nicht auseinander mit Herrn Duin. Sie werden, wenn die EU das so konsequent durchführt, für die Betriebe hier eine Härte bedeuten. Aber das ist genau Ihre Verantwortung als FDP, als Sie im Bund tätig waren. Niemand anders ist dafür verantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt aber ein grundsätzliches Problem bei der Energiepolitik. Deswegen finde ich das nächste Vierteljahr außerordentlich spannend. Eigentlich muss Energiepolitik wegen des langfristigen Investitionszyklus sehr viel zuverlässiger und stetiger sein. Wir haben im Prinzip im nächsten Quartal eine unglaublich spannende Aufgabe vor uns: die EEG-Novelle und die Reaktion auf die Kommission.

Wir haben aber zwei Handicaps. Ich will sie beide benennen. Das eine ist: Rot-Grün hat in Berlin in der ersten Koalition Schröder/Fischer den Atomausstieg gemacht. Dann sind die großen, Atomkraftwerke betreibenden Stromversorger hingegangen und haben – interessegeleitet, nachvollziehbar – gesagt: Das Gesetz muss weg! – Sie, CDU und FDP, haben ihnen politisch signalisiert: Wenn wir drankommen, kommt das auch weg. – Dann haben die Konzerne nichts mehr in der Energiepolitik gemacht, sind sehr untätig gewesen, obwohl klar war, dass sich alles ändert. Sie haben darauf vertraut, dass in der Demokratie die Regierung mal wechselt. Dann sind Sie 2009 an die Regierung gekommen und haben im Oktober 2010 den Atomausstieg rückwärts gemacht. Da war die Industrie glücklich; die großen Atomkraftwerksbetreiber hatten endlich ihr Ziel erreicht.

Dann hat sie aber im Februar 2011 Fukushima überrollt, wie uns alle. Sie haben daraus die richtige Konsequenz gezogen. Aber wir haben zehn Jahre verpasst, gerade bezogen auf die großen Energieversorger. Die Kleineren – Stadtwerke und andere – haben sich bewegt in Richtung Energiewende und Effizienztechnik. Aber für die ganz Großen war der Markt nicht lukrativ genug. Sie haben darauf gehofft, dass sie das mit ihrer politischen Stärke wieder richten können. – Das sind die verlorenen zehn Jahre. Dann kam die richtige Konsequenz im Februar 2011. Aber danach hat die Bundesregierung aufgehört, an dem Thema zu arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Widerspruch von der FDP)

– Nein, danach gab es nichts mehr. Danach gab es nur noch Streit. Wir haben es doch sehr genau verfolgt. Wir haben unseren Landtagswahlkampf gehabt. Es gab Streit zwischen Röttgen und Brüderle, Streit zwischen Altmaier und Rösler. Wenn Altmaier einen vernünftigen Vorschlag machte, wie die Beteiligung der Bürger an der Finanzierung des Netz-

ausbaus, hat es keine Stunde gedauert, bis Rösler gesagt hat: Das kommt nicht in Frage!

(Christian Lindner [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das war die Ebene, wie Sie an der Stelle gearbeitet haben. Sie sind nicht in der Lage gewesen, das, was beim EEG auch aus unserer Sicht nicht vernünftig lief, zu korrigieren. Im Gegenteil: Es ist angekündigt worden, in einem halben Jahr die Vergütung um 40 % zu senken. Aber wie reagiert dann der Markt? – Der macht Überstunden, der arbeitet 18 Stunden am Tag und baut aus. Die Unfähigkeit und Unwilligkeit der Regierung, nach Fukushima überhaupt noch an dem Projekt zu arbeiten, ist sehr, sehr klar zu verorten ist. Sie haben die Verantwortung dafür.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will auch eines für die Zukunft klar sagen: Es wird nicht gelingen, das alte Geschäftsmodell der großen Strommonopole – große Rendite von 12 % und mehr – im Vertrauen auf die politische Stärke am Leben zu erhalten, weil sich die gesamte Energiewelt geändert hat. Sie ist dezentraler, sie ist technisch außerordentlich innovativ, und deswegen wird es an dieser Stelle eine Entwicklung nach vorne geben.

Ich sage Ihnen nur: Wir sind aus meiner Sicht im Koalitionsvertrag, den wir geschlossen haben, gerade für diese Fragen in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt. Ich habe vier Koalitionsverträge im Bereich Energiepolitik verhandelt. Dieser, den wir jetzt haben, ist der beste von allen vier. Er macht das sehr klar, weil wir uns nicht an der Frage „Braucht es noch ein Kohlekraftwerk oder nicht?“ verkämpfen. Wir hatten die klare Einschätzung: So, wie der Markt ist, ist das nicht unser Problem.

Wir haben klar gesagt: Wir wollen den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die effizienteste Art, Strom und Wärme zu erzeugen. Wir können ja auf die andere Seite vom Landtag schauen: Dort entsteht gerade eines der modernsten Kraftwerke der Welt mit hoher Wärmeauskopplung. Wir können uns das in Köln ansehen, wo wir es unterstützen. Im Ruhrgebiet machen wir das auch. Wir haben verabredet, dass wir das nach vorne bringen, wie auch den Ausbau der Erneuerbaren. Wir haben als Leitprojekt die Klimaexpo. Wir sind an der Stelle vernünftig aufgestellt. Dass wir ab und zu kontrovers diskutieren, gehört auch dazu. Wir sind zwei Parteien und nicht eine, sonst könnten wir fusionieren. Aber wir werden trotzdem die Arbeit in dem Bereich, was dieses Land betrifft, vernünftig machen.

Ich freue mich auf den Prozess der Diskussion der EEG-Novelle bis Ostern, um das ganz klar zu sagen. Das wird eine ganz spannende Frage, die über die Zukunftsfähigkeit auch in Nordrhein-Westfalen entscheidet. Das ist eigentlich auch das, was mich an den öffentlichen Debatten in der letzten Zeit am

meisten ärgert: Es kommt einem manchmal so vor, als ob wir hier in NRW eine Horde Eingeborener wären, die rund um einen Tisch sitzen, immer draufklopfen und sagen: „Kohle, Kohle, Kohle!“

(Heiterkeit von der SPD und den PIRATEN)

Die Situation ist aber anders. Wir sind ein altes Traditionsland, aber wir bemühen uns, die neuen, effizienten Energietechniken zu entwickeln, weil das genau unsere Chance ist. Da stehen wir im Wettbewerb mit anderen Bundesländern, aber wir wollen, dass es hier passiert. Und wenn das EEG novelliert wird, was vernünftig ist, und es dann richtig weitergeht, dann können wir das hier an dieser Stelle auch machen. Ich bin optimistisch, dass das gelingen wird. Sie werden es nicht aufhalten können; es wird nicht kaputt gemacht werden können. Es gibt kein Zurück. Auch zu der Zielsetzung im Koalitionsvertrag würde ich als Grüner immer sagen: 5 % mehr, 10 % mehr in den Zeitachsen – aber es gibt nur eine Richtung: nach vorne. Das jetzt vernünftig herzustellen, darüber werden wir uns ja zusammen über den Bundesrat unterhalten.

Ich will noch eine Bemerkung zu den Kollegen der CDU machen. Ich glaube, wir haben jetzt in den Bundesländern mehr grüne Energie- und Wirtschaftsminister als die Christdemokraten in Deutschland. Das sollte Ihnen zu denken geben. Ich weiß nicht, ob es eine Frage von Desinteresse oder von fehlender Kompetenz ist – es gibt auf jeden Fall mehr grüne Energie- und Wirtschaftsminister in allen Bundesländern zusammen. Die CSU rechne ich Ihnen dabei sogar an. Aber wir sind an der Stelle doch stärker.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir verabschieden jetzt den vierten ganzjährigen Haushalt, den Sozialdemokraten und Grüne aufgestellt haben: 2011, 2012, 2013, 2014.

Wir haben, was die Neuverschuldung angeht, eine klar sinkende Linie. Ich will zu den Eckpunkten noch wenige Zahlen sagen.

Der von CDU und FDP 2010 beschlossene Haushalt – auf dieser Grundlage haben wir übernommen – sah eine Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € und steigende Steuereinnahmen von 4,7 Milliarden € in den nächsten drei Jahren vor. Trotzdem gab es jedes Jahr 6,5 Milliarden € neue Schulden.

Die reale Neuverschuldung ist seitdem – seit den Zeiten von CDU und FDP, als sie 6,6 Milliarden € betrug – auf 3,7 Milliarden € in 2012, 3,3 Milliarden € in 2013 und 2,4 Milliarden € in 2014 zurückgegangen. Für 2017 steht in der Finanzplanung 1,4 Milliarden €.

Das heißt, die Neuverschuldung geht kontinuierlich runter. Uns allen wäre es lieber, wenn es noch weniger wäre. Wir sind aber von 6,6 Milliarden € – das war, wie gesagt, vor vier Jahren bzw. zu Zeiten von

CDU und FDP – auf 2,4 Milliarden € heruntergekommen. Das sind 4,2 Milliarden € weniger Schulden. Aus meiner Sicht ist das eine vernünftige Bilanz von Rot und Grün.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es kommt – ich höre ihn immer wieder – der Vorwurf: Ihr habt aber viel höhere Ausgaben gemacht. Man muss sich das einmal genau anschauen. Der Haushalt für 2014, den wir voraussichtlich nachher beschließen werden, hat ein Volumen von 62,3 Milliarden €. Das sind 1,8 Milliarden € mehr als im letzten Jahr. Der Löwenanteil betrifft unvermeidliche Ausgaben, die wir tätigen müssen.

(Christian Lindner [FDP]: Aha!)

– Aha! Ja, Herr Lindner! – Der allergrößte Brocken – 722 Millionen € – sind erhöhte Zuweisungen an die Kommunen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetz; denn den Kommunen steht ein höherer Anteil an den Einnahmen zu: 722 Millionen € von 1,8 Milliarden €. Auch das ist ein Teil des fairen Umgangs mit den Kommunen; da gab es auch andere Zeiten.

450 Millionen € sind für die Grundsicherung im Alter und für die Unterbringungskosten. 210 Millionen € gehen in den Hochschulpakt. Es ist nicht verkehrt, an der Stelle „Danke schön!“ zu sagen, denn die andere Hälfte kam vom Bund, und wir mussten das kofinanzieren. Das ist uns nicht leicht gefallen; aber angesichts des doppelten Abiturjahrganges, der in die Hochschulen geht, war das an der Stelle notwendig und richtig.

Hinzu kommen noch 126 Millionen € für die U3-Plätze und 110 Millionen € für das KiBiz. Das sind an der Stelle die Bilanzen. Sie sehen: Von den Vorwürfen bleibt nichts übrig. Die regierenden Fraktionen und die Regierung betreiben eine außerordentlich sparsame und bescheidene Haushaltsführung.

Dem Finanzminister kann ich, was die Zinsen angeht, nur sagen: Es ist unser Glück, dass die Zinsen im Moment insgesamt relativ niedrig sind. Was die Vorausschau angeht, sagt er aber eben nicht: Das geht so immer weiter. Vielmehr wird die Zinserwartung für 2017 mit 3,75 % kalkuliert. Das liegt weit über dem, was wir heute an Zinsen zahlen müssen. Es ist aber – ausgehend davon, dass es das Risiko einer Erhöhung gibt – an der Stelle berücksichtigt.

Ich will die faire Bilanz, die wir den Kommunen gegenüber haben, erwähnen. Es gab gegenüber der Zeit von 2005 bis 2010 einen Paradigmenwechsel. Wir bezahlen jetzt in Teilen – das wurde gerichtlich festgestellt – ihre Altlast. Was das Einheitslastenausgleichsgesetz angeht, ist den Kommunen durch ein Gesetz von CDU und FDP etwas weggenommen worden. Dagegen ist geklagt worden. Wir zahlen das jetzt mit 275 Millionen € in diesem Jahr – in

den nächsten Jahren sind es jeweils 145 Millionen € – nach.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die volle Übernahme der Kosten im Alter ab 2014, welche bisher die Kommunen getragen haben, ist doch nur darauf zurückzuführen, dass wir die Minderheitsregierung gewagt haben und weil es dann im Bundesrat keine Mehrheit mehr für die Raubzüge von Schwarz-Gelb im Bund in Ländern und Kommunen gab. Das ist der einzige Grund gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Widerspruch von der CDU)

– Ich kann mich noch sehr gut erinnern: Ihr Wachstumsbeschleunigungsgesetz – von ihm betraf nur ein kleiner Teil ihre Mövenpick-Bedienung – machte pro Jahr 880 Millionen € additive Belastung für uns aus. Das war 2010. Wir konnten nichts dagegen machen, weil Sie damals im Bundesrat eine Mehrheit hatten. An der Stelle war das dann zu Ende.

Zum Stärkungspakt Stadtfinanzen: Das Land macht, obwohl es selber in einer schwierigen Situation ist, für die Kommunen mehr, als es eigentlich kann. Wir nehmen 4 Milliarden € in die Hand, um die Kommunen, die am allerstärksten bedroht sind, in eine eigene Haushaltsführung hineinzuführen. In den Jahren 2011 bis 2020 sind es 4 Milliarden €. Wir haben die Solidaritätsumlage auf die Hälfte reduziert. Die Kommunen, denen es nicht luxuriös – das will ich gar nicht sagen –, aber deutlich besser als den anderen geht, zahlen 91 Millionen €. Die Erwartung, dass das Land immer alles zahlt – am besten noch mehr –, können Sie nur formulieren, solange Sie verantwortungslos in der Opposition sind. Wenn Sie an der Regierung wären, ginge das gar nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alles, was wir in die frühkindliche Bildung stecken, betrifft einen aus meiner Sicht sehr positiven Haushaltsbereich. Das sind 2 Milliarden € im Jahre 2014. Wir haben die Ausgaben hierfür gegenüber 2013 noch einmal um 109 Millionen € erhöht. Unter anderem sind darin die Betriebskosten für 157.000 U3-Plätze enthalten. Was hätten wir uns anhören müssen, wenn Ute Schäfer das nicht geschafft hätte?

Wir haben die Quoten geschafft, der Ausbau geht weiter. Insgesamt sind wir dabei, ein neues zusätzliches Leistungsangebot für junge Familien mit kleinen Kindern zu schaffen. Das ist eine gigantische Aufgabe neben Schule, Kindergarten und U3-Betreuung. Jeder aber, der selber Kinder oder Patenkinder hat, die in der nächsten Generation wieder Kinder bekommen, weiß, wie sehr danach gesucht wird, diese Plätze zu bekommen, damit die Berufstätigkeit wieder aufgenommen werden kann. Wenn wir wollen, dass unsere Kinder wieder Kinder bekommen, oder wenn ich Großvater werden möch-

te, ist es einfach ein Teil der Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es an der Stelle eine Chance gibt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Sonst dürfen wir uns nicht wundern!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

An der Stelle machen wir diese Anstrengungen.

Ich will einen letzten Paradigmenwechsel ansprechen, der die ganze Frage der Steuerhinterziehung betrifft. Herr Finanzminister, was sind Sie für Ihre konsequente Linie am Anfang angegriffen und ausgelacht worden. Es ist mit allen Winkelzügen versucht worden, dafür zu sorgen, dass das Abkommen mit der Schweiz geschlossen wird. Die konsequente Linie, die wir an der Stelle mitgetragen haben, kann man auch sehr klar ...

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Ich weiß, dass es hauptsächlich Ihr Klientel ist, Herr Witzel, das Sie schützen wollen. Vielleicht schweigen Sie einfach mal einen kleinen Moment an der Stelle! – Die Bilanz ist sehr eindeutig. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat 6 CDs für insgesamt 9 Millionen € gekauft. Die Selbstanzeigen haben, ausgelöst durch diese konsequente Haltung, 2010 und 2011 deutlich zugenommen. Man konnte dann bei den Selbstanzeigen sehen, wie Anfang 2012 die Zurückhaltung wuchs, weil alle diejenigen, die Unrecht begangen hatten, spekulierten, dass es Berlin gelingen würde, auf irgendeinem Wege das Abkommen durchzusetzen.

Als dann klar war, dass das nicht geht, weil sich auch bei anderen rot-grün regierten Ländern die Linie durchgesetzt hat, dass dies nicht zu akzeptieren ist, sind die Selbstanzeigen sprunghaft in die Höhe gegangen. Wir haben, Stand: 6. Dezember 2013, also von vor wenigen Tagen, 11.602 Selbstanzeigen alleine in Nordrhein-Westfalen. Das müssen Sie sich mal überlegen. Selbst wenn ich nicht mit dem Königsteiner Schlüssel hochrechne, macht das in der Bundesrepublik eine Größenordnung von 40.000 aus, wenn wir den Osten weglassen, weil da vielleicht nicht so viele Steuern in der Schweiz zu hinterziehen hatten oder die die Wege nicht so kannten.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

Bei 11.602 Selbstanzeigen in Nordrhein-Westfalen betragen die Einnahmen bei 9 Millionen € Kosten für die CDs – ich will es gerne noch mal sagen – 780 Millionen €. Das ist eine klare Bilanz. Aber es ist nicht nur das Geld.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Der entscheidende Punkt ist auch, Gerechtigkeit herzustellen. Wenn ich von allen verlange, dass sie ihre Steuern bezahlen, dann darf ich nicht denjenigen, die mehr haben, die Möglichkeit bieten, selber darüber zu entscheiden, ob sie dem Staat noch etwas geben wollen oder das Geld in die Schweiz,

nach Luxemburg oder Österreich verschieben. Das ist eine Grundfrage des Gerechtigkeitsgefühls.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben gestern Abend zusammengesessen, und der Finanzminister hat versprochen: Auch in der Großen Koalition gibt es kein Abweichen von der Linie. – Wir sind gar nicht gegen ein Abkommen mit der Schweiz, aber dann mit amerikanischem Standard, das heißt volle Transparenz und Offenlegung. Das, was die USA in der Schweiz durchgesetzt haben, ist eine vernünftige Grundlage. Wir nehmen mit einer gewissen Freude zur Kenntnis, dass da reagiert wird und sie ihr Geschäftsmodell, zumindest so, wie es aussieht, ein bisschen umstellen wollen. Wir alle wissen nur: An der Stelle ist ein gewisses Misstrauen angebracht. Denn wir haben es bitter erlebt: Banker haben anscheinend relativ wenige Hemmungen, wenn man ihnen nicht auf die Finger guckt, wieder in alte Muster zurückzuverfallen. Deswegen muss man da aufpassen.

Herr Lindner, ich fand Ihren Satz eben: „Gott sei Dank ist die Bundestagswahl vorbei“ klasse. Wenn Sie sagen: „Meine Partei wird nie wieder einen einzelnen Mehrwertsteuersatz ändern“, dann ist das völlig in Ordnung und richtig. Der Lernprozess ist teuer bezahlt, aber er ist richtig. Deswegen sage ich auch, ja, das Mehrwertsteuersystem anpacken und die Erkenntnis dann für alle internalisieren.

Ich rede schon länger, als ich wollte, würde aber gerne noch kurz zu dem etwas traurigeren Teil meiner Rede kommen; ich halte ihn auch kurz. Es geht dabei um die Einsparvorschläge der Opposition zum Haushalt. Ein Antrag von Ihnen ist wie ein Untoter, er feiert jedes Jahr seine Wiederauferstehung, nämlich die Wiedereinführung der Studiengebühren.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Ich sage nur – der Kollege Laschet ist gerade nicht da, ich sage es ihm auch noch persönlich –: Garantieren Sie uns, dass Sie den zu jedem Haushalt bis 2016 stellen? Dann können wir denjenigen, die Kinder haben, die demnächst studieren wollen, den Studierenden und ihren Eltern ganz klar sagen: In keinem der 16 Bundesländer gibt es das noch, aber Laschet und Lindner, oder wer immer das ist, wollen euch 1.000 € im Jahr wegnehmen – das ist eine zusätzliche Belastung –, wenn ihr die Kinder ins Studium schickt. – Das hat einen Namen. Sie müssen es nur jedes Jahr wieder machen, die Preise mit dem Inflationsindex vielleicht auch noch ein bisschen hochziehen, das macht uns das Geschäft mit Sicherheit einfacher.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die CDU hat wieder den originellen Ansatz versucht: pauschale Kürzung aller Förderprogramme um 20 %. Das ist die alte Nummer: Wasch mich, aber mach mir das Fell nicht nass. – Man muss

konkret werden. Ich habe es in den letzten Jahren erlebt: Sobald Sie einen konkreten Vorschlag machen, haben Sie die Lobby am Hals, und Sie sind immer auf der anderen Seite. Beifall von Ihnen habe ich in den letzten vier Jahren für keinen einzigen Einsparvorschlag erlebt, den erwarte ich auch nicht. Sie schlagen vor, alles pauschal um 20 % zu kürzen, und fordern im nächsten Satz: Aber da nicht kürzen, sondern Aufwuchs, und da nicht und da nicht. Was bleibt dann übrig? – Im Haus von Johannes Remmel 50 Millionen €, wobei es bei ihm die Stellen sind, die Eckhard Uhlenberg als Minister gefordert hat. Das ist einfach nicht seriös.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu den Änderungsanträgen der FDP: Sie hat heute eine Liste vorgelegt, über die wir gleich noch entscheiden müssen, mit 417 Millionen € Mehrausgaben – nicht Einsparungen, sondern Mehrausgaben!

(Christian Lindner [FDP]: 1 Milliarde!)

Ich habe einen Wunsch an die FDP: Sie haben wiederholt einen originellen Antrag mit dem Thema „Entfesselungsimpuls“ gebracht. Ich habe das in Vorbereitung der Rede mal gegoogelt. Es gibt ein Phänomen bei Leuten, die stark glaubensmäßig organisiert sind. Sie haben eine eigene codierte Sprache, die nur sie verstehen. Alle sehen sich dann ganz beseelt an, aber der Rest weiß nicht, was meinen die eigentlich. Die FDP legt uns einen Antrag vor und spricht von einem Entfesselungsimpuls. Sie schreibt: 25 Millionen € sollen 2014 durch einen Entfesselungsimpuls eingespart werden, mit dem dann die Landesregierung die wirtschaftliche Dynamik nicht mehr bremst, sondern entfesselt.

Guckt man weiter, wo man das noch findet, stößt man auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP von 2005. Auf Seite 9 – damals haben Sie sich die Koalition der Mitte genannt, das war auch eine nette Vokabel – steht:

„Wir wollen ein Entfesselungsprogramm für Nordrhein-Westfalen. Durch eine Neuorganisation und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, durch Wegfall von Aufgaben, durch die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, durch die Privatisierung bisher vom Staat wahrgenommener Aufgaben, durch die Beseitigung von Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten, (...)“

soll der Entfesselungsimpuls umgesetzt werden. Auch dazu kann ich nur sagen: Machen Sie das jedes Jahr weiter so. In der mittelfristigen Finanzplanung hatten Sie aufwachsend ...

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Schlimm ist das überhaupt nicht, aber Sie hatten es 2005 im Koalitionsvertrag. Dann müsste doch bis 2010 eigentlich alles entfesselt gewesen sein, was nur zu entfesseln war.

(Beifall von den GRÜNEN und von Ministerin
Sylvia Löhrmann)

Warum quälen Sie uns immer wieder mit dem Antrag?

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Ja, ja, Herr Witzel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist der vierte Haushalt, den wir für ein ganzes Jahr verabschieden. Wir sind jetzt im normalen Rhythmus. Es gibt im Westen nichts Neues bei der FDP; die CDU hat auch ihre alten Anträge gestellt. Die Regierungsfractionen haben aber mit großer Disziplin und kleinen Veränderungswünschen den Haushalt so gestaltet, dass man ihm mit gutem Herzen zustimmen kann. Meine Fraktion wird das jedenfalls gleich tun. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Priggen. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten deren Vorsitzender, Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Lieber Herr Laumann, ich möchte gerne erst noch ein Wort an Sie richten: Auch wir wünschen Ihnen für die neue Aufgabe eine gute Hand und vor allen Dingen viel Kraft; das werden Sie dabei brauchen. Als wir vor anderthalb Jahren als Newcomer in den Landtag einzogen, habe ich im ersten Moment, als ich Sie kennenlernte, gedacht – und der Eindruck hat sich über die Zeit bestätigt –: Mein Gott, der Kerl ist aber bodenständig. Ich glaube, diese spezielle Laumannsche Bodenständigkeit wird uns hier im Landtag fehlen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und den GRÜNEN)

Wir stehen heute mit unserem Landeshaushalt wieder auf dem Boden unseres hochrangigsten parlamentarischen Rechts, dem Haushaltsrecht. Einmal mehr ist festzustellen: Aus dieser Königsdisziplin ist eine Bettlerdisziplin geworden. Die einen sagen: Die Wirtschaft zuerst! Erst dann kann entschieden werden, was investiert wird. Die anderen kontern mit staatlichen Pflichtaufgaben und wichtigen Investitionen in die Zukunft. Beide haben recht oder unrecht, nämlich immer dann, wenn jeweils nur eine Seite betrachtet wird.

Schon dabei wird deutlich, dass im Grunde nur ein ganzheitlicher Blick auf den Haushalt zielführend sein kann. Zu dem Zweck lohnt es auch, sich einmal den rot-grünen Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen von 2012 in Erinnerung zu rufen. Dort ist vollmundig von einem Dreiklang die Rede, der die

sen ganzheitlichen Anspruch erfüllen soll, einem Dreiklang aus Sparen, Investieren und Einnahmen verbessern. Wir haben nur den Eindruck gewonnen, mit dem Investieren und dem Einnahmenverbessern klappt das irgendwie nicht so richtig.

Beleuchten wir zunächst einmal den dritten Punkt: Einnahmen verbessern! – Aus dem Bund sind jetzt nicht wirklich neue Signale gekommen: Steuererhöhungen seien nicht vorgesehen, sagt der schwarzrote Koalitionsvertrag.

Stattdessen aber macht wieder das Argument von den mit 620 Milliarden € höchstens zu erwartenden Steuereinnahmen aller Zeiten die Runde. Dies würde es schon richten. Wenn man das aber einmal bei Licht betrachtet, dann stellt sich heraus: In 54 von den 63 Steuerjahren der Bundesrepublik Deutschland waren Rekordeinnahmen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung sind solche Einnahmewüchse bei Steuern eine Selbstverständlichkeit. Wir sollten endlich dieses Scheinargument dorthin schicken, wo es hingehört, nämlich in das Reich der Demagogie.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich bin aber relativ sicher: Die Kollegen von der FDP werden das hier weiter vorturnen.

Den zu erwartenden Einnahmen gegenüber steht die Tatsache, dass seit 2003 die Abschreibungen auf den staatlichen Kapitalstock die Bruttoinvestitionen in Deutschland weit übersteigen. In der Differenz war deutschlandweit ein Nettokapitalverzehr von 31 Milliarden € festzustellen. Die öffentliche Infrastruktur – die war ja hier schon Thema – verfällt zusehends. Diese öffentliche Armut schadet dem Marktstandort Deutschland nachhaltig, gerade hier in Nordrhein-Westfalen.

Das, was da im Bund zustande gekommen ist, liebe frisch gebackene Koalitionäre, bewegt sich im Feld zwischen Politikverweigerung und Minimallösung. Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen Infrastruktur: Breitbandanschluss ans Internet, Straßen und Brücken sowie öffentlichen Personennahverkehr mit finanziellen Anreizen. Das ist auch für die Attraktivität Nordrhein-Westfalens als Unternehmensstandort wichtig.

Laut der Daehre-Kommission zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur fehlen in Deutschland in den nächsten 15 Jahren je 7,2 Milliarden €, also 108 Milliarden € in der Summe. Dabei ist noch nicht einmal von Ausbau oder Modernisierung die Rede. Allein in die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen müssten ab sofort jährlich fast 1,6 Milliarden € gesteckt werden. Wie gesagt: Für die nächsten 15 Jahre!

Tatsächlich aber dürfte der erforderliche Betrag angesichts der besonderen Belastung unserer Verkehrsnetze in NRW deutlich höher liegen. Das ist alles andere als Luxus, sondern blanke Notwendig-

keit, um verkehrspolitische Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir verfrühstücken gerade unsere Kernsubstanz, meine Damen und Herren! Obwohl diese Zahlen inzwischen von weiteren Kommissionen bestätigt wurden und von allen in der Verantwortung stehenden Politikern zur Kenntnis genommen werden, wird weder auf Bundes- noch auf Landesebene gegen-gesteuert. Minister Groschek – wir erinnern uns – ist im vergangenen Jahr quasi in einer Endlosschleife durch den Landtag gehopst und hat stetig mehr Mittel vom Bund gefordert.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Kommen ja auch!)

– Ja, ich weiß!

Und die Realität? – Im schwarz-roten Koalitionsvertrag werden sagenhafte 5 Milliarden € für die nächsten vier Jahre versprochen. Da kommen einem aber angesichts der anderen Zahlen die Tränen. Wer Konzeptionslosigkeit sichtbar haben möchte, braucht sich nur diesen Trauermarsch anzuschauen. Das Geld reicht nicht einmal für das Allernötigste. Wir schaffen es nicht, die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen mit dem zu versorgen, was sie jetzt und in Zukunft brauchen, zuallererst mit Bildung und Infrastruktur. Man könnte sagen, die präventive Haushaltspolitik hat ein negatives Vorzeichen.

Selbstverständlich sind neue Schulden – das sage ich ausdrücklich – nicht das Allheilmittel. Aber ohne zusätzliche Einnahmen haben wir im Grunde nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Entweder wir hinterlassen den uns Nachfolgenden einen stetig wachsenden Schuldenberg oder eine kaputte Infrastruktur und ein ineffizientes Bildungssystem. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse bleibt dann nur noch die kaputte Infrastruktur mit in die Zukunft verschoben, weiterhin steigenden Lasten.

Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen allerdings eine gute Jugendarbeit, gute Schulen und dringend die hilfreichen Schulsozialarbeiter, damit genug Qualifikation und Motivation für unsere Gesellschaft und nicht zuletzt für unsere Wirtschaft entsteht. Nach vier Jahren rot-grüner notgedrungener Mängelverwaltung ist aus unserer Sicht von dem Ziel, kein Kind zurückzulassen, nicht so viel übrig geblieben. Mit Blick auf die Schuldenbremse kann es einem angst und bange werden.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in der letzten Haushaltsdebatte auch in Richtung der Piratenfraktion gesagt und angemahnt, wir sollten doch nicht alles so schwarzmalen, es sei doch auch vieles schön und gut und auf dem richtigen Weg in unserem Nordrhein-Westfalen. Ja, das stimmt! Vor allem das, was die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich leisten, ist schön. Die Frage ist nur: Wo bleibt deren

Lohn für die über Jahrzehnte immens gestiegene Produktivität?

(Beifall von den PIRATEN)

Man führe sich bitte einmal Folgendes vor Augen – Herr Laumann und ich sind beide „geboomte Babys“ aus diesen Jahrgängen –: 1965, am Ende der Babyboomer-Jahrgänge, lebte jedes 75. Kind von Sozialhilfe. Heute ist es jedes fünfte. Was daran – selbst nur rein volkswirtschaftlich betrachtet – sinnvoll sein will, erschließt sich uns nicht. „Je weniger Kinder wir haben, umso schlechter gehen wir mit ihnen um.“, schreibt der Vorsitzende Richter am hessischen Sozialgerichtshof, Jürgen Borchert, in seinem Werk „Sozialstaatsdämmerung“. In der Seefahrt heißt es konsequent: Women and children first – Frauen und Kinder zuerst in die Rettungsboote! In der Politik wird leider heute daraus: Frauen und Kinder zuerst in die Armut. Nachhaltigkeit – das betone ich hier – sieht in jeder Hinsicht anders aus, ganz anders.

Wir sind im Gegenteil dabei, auch unsere Innovationskraft – genau das bedeuten gut ausgebildete Menschen – auf Raten nachhaltig zu schädigen.

Im Hinblick auf die Einnahmenseite fordere ich die Landes-SPD auf, ihren Koalitionsvertrag hier in Nordrhein-Westfalen zu erfüllen. Daraus folgt unmittelbar, dass sie sich im Bund auch weiterhin konsequent für eine Verbesserung der Einnahmenseite einsetzen müssen, Koalitionsvertrag hin oder her.

Nun mag man der Ansicht sein, dass im schwarz-roten Bundeskoalitionsvertrag nicht schlecht verhandelt wurde, insbesondere dann, wenn parteipolitisches Kalkül im Spiel ist. Das ist halt die Realität. Aber nichts, aber auch gar nichts ist im Koalitionsvertrag der großen Koalition enthalten, was unserem Land höhere Einnahmen bringt. Nichts zu einer Neuaufteilung von Gemeinschaftssteuern oder zu einer Wiedereinführung der Vermögensteuern, obwohl die SPD im Wahlkampf versprochen hatte, etwas gegen den Trend der ständig steigenden Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen zu tun.

Halten wir also fest: Mehr und wichtige Kohle für Nordrhein-Westfalen gibt es nicht, es sei denn, sie ist braun und im Tagebau zu fördern.

Ich hätte mir gewünscht, die Landesregierung würde es zumindest als Ziel formulieren, dass an der Aufteilung der Gemeinschaftssteuern zwischen Bund und Land etwas geändert wird. Und durch die Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs wird sich auch nichts verbessern.

Die Lage ist wie sie ist. Wie also handeln in Zeiten von knappen Kassen? Die Devise muss nach unserer Auffassung lauten: „mehr Mut zur Zukunft“ bzw. „gestalten statt verwalten“.

(Beifall von den PIRATEN)

Nehmen wir als Beispiel noch einmal die Verkehrsinfrastruktur. Für Nordrhein-Westfalen liegen uns Zahlen vor, nach denen allein die effiziente Erhaltung der kommunalen U- und Stadtbahnsysteme 1,1 Milliarden € erfordert. Mit diesem Geld werden keine Bahnhöfe gebaut oder nur saniert oder modernisiert. Das Geld ist allein für die Systeme selbst verantwortlich. Es wird damit aber auch kein einziger Meter neuer Schienenstrecken gelegt. Nein, die existierenden Strecken sollen damit wieder funktionsstüchtig gemacht werden.

Geschieht dies nicht, werden wir in absehbarer Zeit, gerade in den finanzschwachen Kommunen des Ruhrgebiets, mit den fatalen Folgen einer solchen kurzsichtigen Politik konfrontiert werden. Die Zahl der Verspätungen, der Zugausfälle, sogar der Streckenausdünnungen und Stilllegungen wird weiter wachsen und zu volkswirtschaftlichen Schäden immensen Ausmaßes beitragen. Aber, Frau Kraft, das kennen Sie ja aus Mülheim.

Eine funktionierende zuverlässige und zeitgemäße Verkehrsinfrastruktur ist kein Luxus, sondern zwingende Basis gerade für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Regionen.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie ist auch Kommunalpolitik par excellence. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist standortrelevant, sie ist attraktiv für die Bevölkerung und für die Unternehmen und bringt letztlich Mobilität für alle. Mit einer Schlüsselinvestition in diese Systeme können wir also entscheidend dazu beitragen, die kommunale Wirtschaftskraft zu befördern, die Steuereinnahmen zu erhöhen und den Beschäftigungsstand zu verbessern. Ein gut ausgebauter ÖPNV trägt darüber hinaus entscheidend zum Klimaschutz und zur Feinstaubreduzierung bei. Er erhöht damit nicht so ganz nebenbei auch die Lebens- und Wohnqualität in diesen Kommunen.

Jeder Euro, den wir so ausgeben, zahlt sich vielfach aus. In Zeiten von knappen Kassen muss das Motto lauten: Die Qualität des ausgegebenen Euro zählt. Denn ein Euro für den ÖPNV, für die Verkehrsinfrastruktur ist eine Zukunftsinvestition wie kaum eine andere. Damit werden volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekte produziert, die ein Vielfaches der Ursprungsinvestition ausmachen. Deshalb sind solche Ausgaben auch schuldenbremsenfest.

Zurück zum Koalitionsvertrag und den dort verabredeten 5 Milliarden €. Wir reklamieren gemäß dem Königsteiner Schlüssel einen Betrag von 1,062 Milliarden € für Nordrhein-Westfalen, und wir erwarten von der Landesregierung, dass sie analog zu ihrem Verfahren im Bildungshaushalt diese Einnahmen entsprechend der objektiv gegebenen Notwendigkeiten einplant. 1,062 Milliarden € für die Sanierung der kommunalen U- und Stadtbahnsysteme, Euro, die gemäß der Empfehlungen der vorliegenden Gutachten für den akutesten Sanierungsbedarf die-

ser Systeme innerhalb der nächsten drei Jahre – 2014, 2015 und 2016 – investiert werden müssen, das heißt, dass wir den Vorschlag machen, die fest einzuplanenden Einnahmen vorzuziehen.

Nicht über einen Zeitraum von vier Jahren, sondern über einen Zeitraum von drei Jahren sollen diese Euro in die Systeme investiert werden, weil die Systeme sonst kaputtgehen und Kosten entstehen, die den Investitionseffekt zu einem guten Teil wieder auffressen. Nicht viermal 265 Millionen €, sondern dreimal 354 Millionen € sollen so in die kommunalen Verkehrsinfrastrukturen investiert werden. Und – ich sage es noch einmal – es kommt den Kommunen zugute. Das nennen wir Piraten effizient, auch in Zeiten von knappen Kassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Schauen wir uns die Bildungspolitik an! Für uns ist sie eigentlich die Grundlage im Sinne der Menschen- und Bürgerrechte, die Teilhabe an den gesellschaftlichen Errungenschaften zu verbessern. Da ist wirklich noch viel Luft nach oben was die Möglichkeiten zu dieser Teilhabe, zur gesellschaftlichen, zur politischen und zur wirtschaftlichen, angeht. Hier spielt die Bildung eine wichtige Rolle. Bildung bedeutet frei nach Hegel, sich für anderes und für allgemeine Gesichtspunkte zu öffnen, zu interessieren. Die Teilhabe an Bildung ist ein Schlüssel zur Teilhabe an Kultur. Dies ist unbedingt und in seiner vollen Bedeutung anzuerkennen.

Ein lediglich verkürztes Verständnis von Bildung als eine Ausbildung zu zweckmäßigen Kompetenzen, die wirtschaftlich nützlich sind, verbietet sich. Die Bedeutung von Wissen und Können für den wirtschaftlichen Erfolg eines rohstoffarmen Industriestaats wie Deutschland möchte ich nicht Abrede stellen, ganz und gar nicht. Doch die Gründe für die großen Bemühungen um eine möglichst gute Bildung für möglichst viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind grundlegender und vielfältiger als bloße wirtschaftliche Effizienz, weil dort, anders als in den reinen Bedarfsanalysen, die noch nicht bekannten Bedarfe von morgen bereits mitgedacht sind.

Deshalb sind wir auch begeisterte Befürworter der schulischen Inklusion. Gut umgesetzt bietet sie allen Kindern und Jugendlichen, ob mit oder ohne Behinderungen oder besonderen Förderbedarfen, wertvolle Anregungen und Anlässe zu neuen Erfahrungen. Und vor allen Dingen: Gut umgesetzt bietet sie allen Kindern und Jugendlichen guten Unterricht. Dann ist sie ein besseres Angebot, als es die alten separierenden Systeme zu leisten imstande sind.

Sie haben als Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Inklusion an unseren Schulen in eine gesetzliche Form gebracht. Ist Ihnen dabei eine gute Umsetzung gelungen, immer unter den Abstrichen, dass es ein Prozess ist? Unsere Antwort darauf ist ein klares Nein.

(Beifall von den PIRATEN)

Bislang verweigern Sie dem Schulträger, also vor allem den Städten, Kreisen und Gemeinden, die notwendige Unterstützung für Investitionen an Schulen, die bislang noch keine Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichten. In besonderem Maße gilt dies für die Grundschulen, die zum nächsten Schuljahr flächendeckend auf gemeinsames Lernen umstellen werden. Wir meinen, hierfür sind als Sofortmaßnahme Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist doch fachlich falsch, was Sie da sagen!)

Frau Kraft, Ihre Landesregierung sieht das anders, außer für die staatlichen Schulen, bei denen das Land der Träger ist. Für diese haben Sie schon mit dem Haushalt 2013 die Mittel für die Investitionen für den Ausbau inklusiver Angebote erhöht.

Die große Mehrheit der Schulen hingegen muss jetzt auf einen günstigen Ausgang der Verhandlungen zwischen Ihnen und den Kommunalvertretern hoffen. So baut man für das Projekt „Inklusion“ kein Vertrauen auf.

Die Gesetzgebung der Landesregierung zur Inklusion hat die erhoffte Klarheit und Sicherheit für die Betroffenen eben nicht gebracht. Wir hören vielmehr von Schulen, die ihre Elterninformationsveranstaltungen immer weiter verschieben. Statt zum November werden sie jetzt für Februar geplant, weil man an den Schulen zurzeit gar nicht weiß, unter welchen Bedingungen der Unterricht für das kommende Schuljahr organisiert werden kann.

Bei den Lehrkräften herrscht große Unsicherheit. Denn auch sie und auch wir kennen nur die Anzahl der Stellen, die dieses Stellenangebot für Sonderpädagogen für Lern- und Entwicklungsstörungen im Land für das nächste Schuljahr umfassen wird. Ob diese Zahl geeignet ist, den Bedarf zu decken, können wir überhaupt nicht abschätzen, solange wir nichts über die Kriterien der Verteilung wissen.

Das ist über die Maßen intransparent und macht in dieser Sache eine wirksame parlamentarische Kontrolle unmöglich. Auch wenn wir Ihre Bemühungen im Grund anerkennen, das können wir nicht akzeptieren.

Nur eine Schule, an der Kinder und Jugendliche aus allen Gruppen gleichermaßen vom Unterricht profitieren, entspricht unseren Vorstellungen einer freiheitlichen Demokratie. Noch ist der Einfluss der Herkunft auf den Schulerfolg viel zu groß. Das gilt für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien und besonders für Menschen mit Migrationsgeschichte. Aktuell weist hierauf zum Beispiel der Zwischenbericht der Studie „Bildung, Milieu und Integration“ hin.

Auch einen weiteren wichtigen Hinweis geben uns die Wissenschaftler. Der Schulerfolg der jungen

Menschen aus Migrantenfamilien hängt in besonderem Maße vom Engagement der Lehrerinnen und Lehrer ab. Es hängt also ganz wesentlich von den Lehrkräften ab. Von Begeisterung und von überdurchschnittlichen Bemühungen der Lehrkräfte profitieren die Kinder besonders. Doch für dieses Engagement müssen auch geeignete Bedingungen für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen geschaffen werden. Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Sonst geht auch den überzeugtesten Vollblutpädagogen buchstäblich die Luft aus. Wir brauchen aber diese Vollblutpädagogen.

In diesem Zusammenhang noch ein paar Worte zur Schulsozialarbeit: Was das Land heute für Bildung und Soziales ausgibt, zahlt sich später doppelt und dreifach aus, einerseits weil weniger Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und andererseits weil mit einem höheren Wirtschaftswachstum auch die Steuereinnahmen steigen. Wir Piraten sehen das genauso. Wir wollen diese Politik hier im Landtag unterstützen.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber es gibt keine Kamera, in die Sie, Minister Schneider, nicht von der Wichtigkeit der Schulsozialarbeiter in den letzten Monaten gesprochen und getutet haben. Aber es bleibt festzuhalten: Im Moment werden die Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter im Regen stehen gelassen, und das alles nur, weil es Kompetenzgerangel in der Finanzierung gibt und hier eben nicht die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen.

Entscheidend ist für uns, dass die kontinuierliche Arbeit der Schulsozialarbeiter in Nordrhein-Westfalen weitergeführt werden kann und die Sozialarbeiter nicht mehr in diesem Schwebezustand verweilen und scharenweise den Schulen weglaufen, weil die Finanzierung nicht klar ist. Für uns ist so was präventive Sozialpolitik.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und den Grünen, müssen den Sozialarbeitern und Kommunen erklären, dass Sie leider nicht mehr Geld dafür ausgeben wollen. Wir finden das unverantwortlich.

Wenn Sie schon nicht uns glauben, dann glauben Sie doch der Empfehlung des Schulministeriums Nordrhein-Westfalen vom 27. Juni 2012 zu den Perspektiven der Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in NRW. Durch verstärkten Einsatz von Sozialpädagogen sollen Probleme der Schüler bearbeitet werden und auch Wissenstransfer ins Kollegium hinein betrieben werden.

Bildung bedeutet also auch, sich der Zukunft zu öffnen. Es gilt, die Vorteile der technologischen Entwicklung für unsere Schulen und die anderen Bildungseinrichtungen wirksam zu nutzen. Auch die Digitalisierung birgt große Chancen für die Bildung, die leider noch völlig unzureichend genutzt werden.

Es ist nun technisch möglich, Bildungsangebote für die Allgemeinheit, also für alle, zu öffnen und die Kosten für den Zugang zu Wissen und Anregungen sinken beständig.

Aber das Potenzial der digitalen Medien für die Weiterentwicklung von Unterrichtsangeboten wird von der Landesregierung bisher eher erahnt als erblickt. Die Potenziale werden in unserem Land noch längst nicht ausgeschöpft.

Aber diese Entwicklung bringt auch bei genauer Betrachtung neue Herausforderungen mit sich. Bisher partizipieren und profitieren nicht alle gleichermaßen von den Vorteilen der neuen Medien. Für viele sind sie lediglich weitere Zerstreungsangebote. Nun ist gegen Zerstreuung nicht grundsätzlich etwas zu sagen. Es besteht auch kein Anlass zur Furcht vor Computerspielen oder Videostreaming oder so was.

Es ist aber nun nicht alles, was geht. Aber genau an diesem Punkt, wie man die Nutzung von Computer, Smartphone und Internet kennenlernt, droht sich eine neue soziale Frage zu entzünden. Deshalb ist es dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um noch mehr als bisher zu gewährleisten, dass Jugendliche Computer und Co auch als Arbeits- und vor allem Beteiligungsmittel kennenlernen.

(Beifall von den PIRATEN)

Hierfür haben wir in verschiedenen Anträgen Vorschläge gemacht. Wir wollen den Einstieg in Schulbücher unter freien Lizenzen mit Ideenwettbewerben fördern. Unser Vorschlag war dabei, auf diesem Weg die Produktion von 16 Schulbüchern als Open Educational Resources für die Hauptfächer an Grundschulen und für die Jahrgänge fünf und sechs zu ermöglichen. Diese würden allen Schulen und der Öffentlichkeit ohne Lizenzgebühren in geeigneten Datenformaten zur Verfügung stehen. Außerdem könnten Lehrerinnen und Lehrer diese Materialien weiter bearbeiten, um sie an ihren Unterricht anzupassen, ohne dabei gleich Urheberrechte zu verletzen.

Wir wollen auch, dass die Medienberatung NRW etwas mehr Sachmittel bekommt. Nur dann kann sie ihre wichtigen Beratungsaufgaben erfüllen und die Entwicklung an den Schulen wirksam unterstützen. Denn um die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, ist es notwendig, Lehrerinnen und Lehrer fortzubilden und die Schulen bei der Nutzung von IT zu beraten. Gegenwärtig ist das Budget so knapp kalkuliert, dass nur eingeschränkte Angebote gemacht werden können.

Hierzu erwarten wir auch weiterhin eine sachliche Diskussion mit Ihnen und die Bereitschaft, auch tatsächlich Maßnahmen zu ergreifen. Die Rahmenbedingungen sind jetzt sehr günstig. Es gilt, die Weichen auf Zukunft zu stellen. Wir können es uns nicht erlauben, Fortschritte weiterhin zu verstoßeln.

Machen wir uns nichts vor! All das ist auch gelebte Kommunalpolitik. Denn Kommunen sind weit mehr als bloße Kassengemeinschaften. In ihnen kann Demokratie sinnlich erfahrbar gemacht werden.

Aber wenn es stimmt, was Günter Dux sinngemäß sagt, nämlich dass die Demokratie diejenige Staatsform sei, die dazu bestimmt sei, zu allererst die gesellschaftlichen Bedingungen einer selbstbestimmten Lebensführung zu schaffen, dann ist die Politik gerade auf dem Weg, ihr Ziel zu verfehlen. Dafür stehen die Regierungen in der Verantwortung.

Nachhaltigkeit sollte das oberste Ziel der Politik und insbesondere der Haushaltspolitik von heute sein.

In diesem Zusammenhang noch ein persönliches Wort. Herr Minister Walter-Borjans hat in Vilnius in einem europäischen Kontext angemahnt, dass die Steuern, die jetzt gesetzlich tatsächlich erhoben werden, auch europaweit eingebracht werden. Das würde uns schon ein gutes Stück helfen. Es kann nicht sein, dass ein Unternehmen wie Google in Europa im Schnitt 2,4 % Steuern zahlt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

(Beifall von den PIRATEN – Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Ich hoffe, dass das gelingen möge. Allein: Im Moment fehlt mir der Glaube. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Nun spricht der fraktionslose Abgeordnete, Herr Stein.

Robert Stein (fraktionslos): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Öffentlichkeit! Lieber Karl-Josef Laumann, auch von mir natürlich die besten Wünsche für Berlin und alles Gute für die Zukunft!

2020 ist das Jahr, in welchem die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse auch für NRW in Kraft tritt. Aufgrund der immer noch hohen Neuverschuldung struktureller Art in Milliardenhöhe – es sind sage und schreibe immer noch 2,4 Milliarden €, die wir zur Kenntnis nehmen müssen – ist NRW also noch ein gutes Stück von der Einhaltung der Schuldenbremse entfernt. Und so richtig weiß aktuell niemand, wie der Pfad bis zur Einhaltung der Schuldenbremse gestaltet werden soll, wie er nun genau aussehen soll.

Die Landesregierung, Frau Kraft, hüllt sich in Schweigen und lässt es bis heute schlichtweg an der hinreichenden Transparenz mangeln – und das, obwohl schon diverse Male vonseiten der Opposition Aufklärung angemahnt worden ist.

Eines steht jedenfalls fest: Die Schuldenbremse lässt sich nicht wegnorieren, auch wenn die Landesregierung dieses unangenehme Damokles-

schwert, welches über den rot-grünen haushalterischen Versprechungen und Wunschkonzerten hängt, heute nicht wahrnehmen will.

Jetzt nehmen wir – Status quo heute – einen linear degressiven Verlauf der strukturellen Neuverschuldung an, dann ist immerhin noch gut eine halbe Milliarde € Einsparung bis 2020 pro Haushaltsjahr notwendig. Die Annahme gilt ceteris paribus. Das heißt, wir haben weiterhin eine günstige konjunkturelle Lage, obwohl wir vorhin richtigerweise schon gehört haben, dass auch in NRW noch deutlich mehr Potenziale bezüglich der Wirtschaft vorhanden sind. Auch die Zinsen werden nicht deutlich weiter steigen. Dabei ist allerdings davon auszugehen, dass die Zinsen für Neukredite des Landes bis 2020 steigen werden. Dann sind nicht mehr 3,4 € im Einzelplan 20 zu veranschlagen, dann reden wir möglicherweise über 5 Milliarden €. Die müsste man bei diesem linear degressiven Verlauf obendrauf rechnen. Ich kann mir beim besten Willen heute nicht vorstellen, wie das Ziel erreicht werden soll. Da müssen einfach Antworten kommen.

Denn die Löcher im Haushalt NRWs, die das Regierungsschiff voll Wasser laufen lässt, können Sie nicht leugnen. Da droht der Untergang. Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie das Ruder zurück in die Hand nehmen und die Zukunftsfähigkeit erhalten und gestalten würden.

Frau Kraft, ich sage Ihnen: Keine Ausgabemöglichkeit zurücklassen ist die falsche Politik.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb ist es heute schon notwendig, den Blick auf unbequeme, aber vielleicht doch notwendige Maßnahmen zu richten. Es ist dringend erforderlich, auch über die mittelfristige Finanzplanung hinaus den grundlegenden Konsolidierungsweg transparent darzustellen. Das will auch der Änderungsantrag, den die Fraktionen CDU und FDP – ich bin auch Mit Antragsteller – vorlegen: Mit einem neu aufzunehmenden Abschnitt 10 und einem entsprechend lautenden § 31 soll der Weg gestaltet werden, dass bis zum Jahre 2020 der Verlauf zum Einhalten der Schuldenbremse deutlich gemacht wird.

Ich denke, daran sollten Sie sich in der Tat beteiligen können. Das liegt im Interesse von NRW. Es ist im Übrigen auch zwingend notwendig, weil die Schuldenbremse im Grundgesetz steht. Es kann deswegen nur in Ihrem Interesse sein, uns transparent deutlich zu machen, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen.

(Beifall von der FDP)

Angesichts der Verfassungswidrigkeit der letzten Haushalte wäre das kein schlechtes Zeichen. Ich fordere Sie noch einmal auf, dem zuzustimmen. Ich denke, das können wir hier im Konsens tätigen. Ich bin gespannt auf Ihr Abstimmungsverhalten gleich.

Ich möchte noch ein Wort zu den Kommunalfinanzien in der kurzen Redezeit, die mir zusteht, verlieren. Wir haben es heute auch schon gehört: der Kommunal-Soli. Er kommt jetzt nun. Wir können das nicht verhindern. Aber ich sage: Der Kommunal-Soli ist ein Spalt-Soli, der diejenigen Kommunen, die mit größer Anstrengung solide wirtschaften und haushalten, schwächen, ohne den Schwachen überhaupt nachhaltig dabei helfen zu können.

Wir müssen auch sagen: Die Kommunen, die wir hier als abundant bezeichnen, sind nachhaltig nicht so stark und abundant, dass sie wirklich einen hinreichend nachhaltigen Beitrag leisten könnten, um den schwachen Kommunen aus der Misere zu helfen. Das Problem, das wir hier schaffen, wird sich auf Dauer wieder auf eine andere Ebene verlagern, nämlich im kommunalen Bereich auf den Bereich der Kassenkredite.

Wir können nicht zulassen, dass die jetzt noch gerade funktionierenden Kommunen so weit geschwächt werden, um denen, denen dadurch nicht wirklich geholfen werden kann, irgendetwas zu suggerieren. Für mich macht diese Sache keinen Sinn.

Sie haben im Prinzip auch schon eingesehen, Herr Jäger – das geht jetzt auch in Ihre Richtung –, dass der Kommunal-Soli nicht ganz der richtige Weg sein kann. Denn Sie haben schon die Masse nahezu halbiert. Ich denke, wenn Sie hier ehrlich sagen würden: „Ja, wir haben einen Fehler gemacht, wir nehmen diesen Kommunal-Soli zurück“, dann helfen Sie auch dem Land NRW. Dann helfen Sie insbesondere den Kommunen. Und das wäre ein schönes Zeichen. – Danke sehr.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Es sprach der fraktionslose Abgeordnete Stein. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerpräsidentin Kraft.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die noch da geblieben sind und die noch nicht zum Essen gegangen sind.

Lieber Kollege Laumann! Ich bin Ihrer Rede ein bisschen wehmütig gefolgt und habe wieder festgestellt – ich finde, das ist ein gutes Signal für die Demokratie –, dass uns mehr verbindet als uns trennt, auch wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen politische Wettbewerber sind.

Wie es mir oft in den Jahren, die wir gemeinsam hier verbringen durften, ergangen ist: Die Ziele teilen wir weitgehend. Wir sehen auch die gleichen Herausforderungen. Sie haben sie genannt: Arbeitsmarkt, wieder vernünftige Strukturen dort schaffen, die älter werdende Gesellschaft oder auch das Thema Energiewende. Ich komme gleich darauf

zurück, dass es Ihre letzte Rede war. Ich würde gerne erst einmal inhaltlich Stellung nehmen.

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir dem Bund jetzt folgen und die Zuständigkeiten in ein Ministerium geben sollten.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Genau!)

Lieber Herr Laumann, Sie haben etwas verpasst. Es gibt nämlich schon eine Zuständigkeit, die zentralisiert ist. Sie liegt nämlich bei mir in der Staatskanzlei. Bei uns ist das Chefsache. Da waren wir dem Bund weit voraus, lieber Kollege Laumann, weit voraus!

(Beifall von der SPD)

Gut ist, dass wir jetzt über die Konstellation in Berlin endlich zu einem Gesamtkonzept für die Energiewende kommen. Für Nordrhein-Westfalen ist das außerordentlich wichtig.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen, dem Kollegen Laschet zu danken, der mit mir in der Arbeitsgruppe Energie verhandelt hat. Wir haben dort gemeinsam die Landesinteressen immer im Blick gehabt. Es ist nicht einfach, eine Energiewende aus dem Blickwinkel Nordrhein-Westfalens heraus zu gestalten – sicher, sauber und bezahlbar.

Ich sage jetzt in Hintergrundgesprächen gerne, dass wir der personifizierte Kompromiss waren. Schließlich darf man nicht vergessen, dass nicht nur die beiden großen Energieversorger in Nordrhein-Westfalen sitzen. Es geht auch um die Stadtwerke und um die Industrieunternehmen; darauf komme ich gleich zurück. Es geht aber auch um über 28.000 Menschen, die inzwischen ihren Arbeitsplatz im Bereich der Erneuerbaren Energien haben. Von allen Seiten das Richtige zu betrachten und einen Kompromiss hinzubekommen, der unserem Land dient, war also die nicht ganz einfache Aufgabe.

Lieber Herr Kollege Lindner, Sie wollten wissen, was ich gemeinsam mit dem damals amtierenden Bundesumweltminister bei Herrn Almunia gemacht habe. Dazu kann ich Ihnen Folgendes sagen:

Ihre Annahme, dass das Verfahren eingeleitet werde, weil wir eine EEG-Reform machen, ist schlicht falsch. Jedenfalls ist das eine verkürzte Darstellung. Dieses Verfahren ist eingeleitet worden, weil es Klagen und Beschwerden gab. Unser Besuch sollte dazu dienen, noch einmal zu verdeutlichen, welche Folgen ein harter Beschluss für die Unternehmen in diesem Land haben würde. Er sollte deutlich machen, dass wir uns in der neuen Konstellation in Berlin bemühen werden, ein neues EEG so zu gestalten, dass es mit den neuen EU-Beihilferichtlinien in diesem Feld in Übereinstimmung stehen wird.

Deshalb bitte ich da um Verständnis. Hier ist auch der Konkretisierungsgrad des Koalitionsvertrages angemahnt worden. Wir haben im Koalitionsvertrag kein neues EEG gemacht. Das wäre auch eher un-

üblich. Der Prozess und die Rahmendaten sind dort aber beschrieben.

Ich bin jetzt etwas beruhigter. Gerade habe ich den kurzen Presstext zur Eröffnung des Verfahrens aus Brüssel bekommen. Offensichtlich war unser Besuch nicht ganz ohne Wirkung, um es einmal vorsichtig zu formulieren.

Nichtsdestotrotz tun wir gut daran, gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg die Interessen unseres Bundeslandes und der Unternehmen in diesem Land weiterhin vehement zu vertreten.

Herr Laumann, Sie haben gesagt, weil man es mit Sparen allein nicht schaffe, den Haushalt zu konsolidieren, müsse man alles dafür tun, der Wirtschaft keinen Ballast in den Rucksack zu packen. Anschließend haben Sie festgestellt – wie ich finde, aus einem falschen Blickwinkel heraus –, ein solcher Ballast könnten unser Klimaschutzgesetz und der Klimaschutzplan sein. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich halte das nicht für Ballast. Vielmehr halte ich es für eine gigantische Chance für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, hier in die Vorhand zu gehen. Das ist eine nach vorne gerichtete Politik, die auch neue Arbeitsplätze mit in den Blick nimmt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hier haben wir also eine unterschiedliche Sicht auf die Dinge.

Sie haben gesagt, mit Sparen allein gehe es nicht. Ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihre Offenheit auch in Bezug auf Ihre eigenen Vorschläge, die jetzt zum Teil zum wiederholten Male im Rahmen dieses Haushaltes gestellt werden. Sie haben angemahnt, wir sollten die Schuldenbremse ernst nehmen. Ich sage Ihnen: Das tun wir. Wir bleiben bei dem Ziel: 2020 null Neuverschuldung. Wir sind uns darin einig, dass es nicht nur um Sparen geht, aber auch um Sparen.

Wenn Sie fordern, man dürfe der Wirtschaft keine Ballaststeine ins Gepäck legen, dann sage ich: Nein, das reicht nicht. Wir müssen auch etwas tun, damit die Wirtschaft sich in diesem Land besser entwickeln kann als an anderen Orten. Dafür ist das Thema „Fachkräftemangel und Bildung“ das zentrale Thema, das wir in diesem Land vorantragen müssen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir einen Einwand, lieber Kollege Lindner, weil Sie auf die entsprechende Veröffentlichung des Finanzministers Bezug genommen haben. Ich bitte Sie, schon zu differenzieren. Wenn es sich um Modellrechnungen handelt, in denen bestimmte Schritte, die wir eingeleitet haben, noch gar nicht enthalten sind, sollten Sie nicht so tun, als wäre das eine Planung. Modellrechnungen in einem solchen Zusammenhang sind etwas anderes als konkrete Planungen. Letztere entnehmen Sie unserem Haushalt und bitte auch unserer mittelfristigen

Finanzplanung. Da sehen Sie, dass wir weiter vorankommen. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Ich war aber beim Thema „Fachkräftemangel und Bildung“. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass wir die richtigen Ziele haben. Wir sind konsequent in der Umsetzung. In dem jetzt zu Ende gehenden Jahr ist das auch wieder deutlich geworden.

Nehmen Sie den Themenbereich „Kitas“. Wir schaffen mehr U3-Plätze. Wer hätte uns Anfang des Jahres zugetraut, dass wir das mit dem Rechtsanspruch schaffen? Wer hat denn immer behauptet, wir würden es nicht schaffen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Ausgangslage, die uns die Vorgänger hinterlassen haben, war ja nicht ganz einfach.

(Armin Laschet [CDU]: Na, na, na, na!)

Seit 2010 – diese Zahlen müssen Sie sich anhören, Herr Laschet – haben wir den Haushaltsansatz für Kitas auf rund 2,2 Milliarden € in 2014 jährlich verdoppelt. Das heißt: Wir stellen über 1 Milliarde € zusätzlich für dieses Feld bereit. Das ist eine Prioritätenentscheidung für Kinder, für Bildung und für eine Politik der Vorbeugung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir machen auch beim Thema „Prävention und Vorbeugung“ weiter. Zusammen mit den Kommunen bauen wir die Präventionsketten weiter auf, damit Unterstützung und Förderung dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden – quasi vom Babybett bis in den Beruf. Landesweit investieren wir in eine umfassende Präventionsinfrastruktur – vom U3-Ausbau bis zum Übergang von der Schule in den Beruf. Damit sorgen wir dafür – auf diese Weise realisieren wir sinnvolle Einsparungen –, dass Soziallasten künftig gar nicht erst entstehen. Das ist die beste Haushaltskonsolidierung. Davon sind wir nachhaltig überzeugt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nehmen Sie das Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Wir wollen erreichen, dass Jugendliche nach der Schule einen guten Einstieg in Ausbildung und Beruf finden und nicht in den sogenannten Warteschleifen stecken bleiben. Seit 2012 sind wir mit sieben Referenzkommunen gestartet. Mittlerweile sind schon 70.000 Achtklässler in 31 Kreisen und kreisfreien Kommunen in dieses Projekt involviert. Wir werden das Projekt so weit ausbauen, dass dann 512.000 Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 10 erreicht werden. Das ist eine sinnvolle Politik – nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die Wirtschaft in diesem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir nehmen uns auch schwere Aufgaben vor, wo andere zögern und abwarten. Ich nenne das Thema „Inklusion“. Bei dem, was wir hier auf den Weg bringen – vorsichtig und behutsam, Schritt für Schritt –, da schauen alle anderen Bundesländer nach Nordrhein-Westfalen,

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

weil sie wissen, dass auch sie das umsetzen müssen. Aber sie haben überhaupt keine Vorstellung, wie sie da vorgehen sollen; es sei denn, sie organisieren das mit großen Brüchen, so wie das zumindest einige Stadtstaaten getan haben bzw. in Vorbereitung haben.

Wir glauben, dass es richtig ist, hier Schritt für Schritt und behutsam vorzugehen. Und wir werden diesen Weg weitergehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Zu den Themen „Integration“ und „Fachkräftemangel“: Bei der Anerkennung von Abschlüssen sind wir ebenfalls vorangekommen. Mit dem Landesgesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen haben wir in Nordrhein-Westfalen die Grundlage geschaffen, um in Zeiten eines wachsenden Fachkräftemangels ausländische Qualifikationen besser nutzen zu können. Das Gesetz gilt für 163 landesrechtlich geregelte Berufe, vom Ingenieur bis zum Erzieher. Auch hier kommen wir voran.

Wir kommen auch voran – das ist bereits angesprochen worden – beim Thema „Armut, Armutszuwanderung“. Dort haben wir konkrete Konzepte mit den Städten verabredet, die davon wesentlich betroffen sind. Wir haben uns auch in Richtung Europa gekümmert; das war auch ein Thema meines letzten Besuches in Brüssel. Wir kommen auch weiter mit einem Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Auch das sind Themen, die wir nicht nebenher laufen lassen, sondern die für uns im Zentrum unserer politischen Linie stehen. Und dabei bleibt es auch in Zukunft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Zentrum unserer Politik bleibt auch das Thema „Polizei“. Die Landesregierung hält an ihrer Linie fest, auch in schwierigen Haushaltszeiten. Im März dieses Jahres sind wieder 1.400 neue Polizistinnen und Polizisten vereidigt worden.

Die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen hat für uns höchste Priorität. Deshalb wird die Einstellungszahl mit Beginn des nächsten Jahrgangs – Mitte 2013 – noch einmal um gut 70 auf 1.477 erhöht. Auch hier machen wir weiter mit einer klaren Bekämpfung der Gewalt in diesem Land, mit allen ihren Auswüchsen: von Salafisten bis zu Rockern und natürlich auch im Bereich der Wohnungseinbrüche. Wir brauchen hier differenzierte Konzepte, und die bringen wir auf den Weg.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Werfen wir einen Blick auf die Kommunen. Bis zum Jahr 2020 finanziert das Land das Gesamtvolumen des Stärkungspakts ganz überwiegend aus eigenen Haushaltsmitteln, nämlich 4 Milliarden von 5,76 Milliarden €. Damit gehen wir – ich sage das ganz deutlich – an die Grenze unserer eigenen Leistungsfähigkeit.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Solidaritätsumlage wurde im Rahmen des 2. Gesetzes zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes halbiert, damit keine Kommune finanziell überfordert wird. Der Stärkungspakt hat sich bewährt. Die finanzielle Situation der teilnehmenden Kommunen hat sich deutlich verbessert. Wir bleiben bei dieser Linie: Wir lassen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht im Stich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir bleiben auch beim Thema „Klimaschutz“ dabei. Das Gesetz mit den Minderungszielen ist auf den Weg gebracht. Lieber Herr Laumann, als bodenständiger Politiker: Sie haben doch auch Ziele definiert. Sie können doch nicht mitmachen bei einer Politik, die heißt: Wir setzen Ziele für irgendwann in zehn, 20 oder 30 Jahren und sagen niemals konkret, auf welchem Wege wir diese Ziele denn erreichen wollen. – Bei einer wirklich bodenständigen Politik sagt man klipp und klar, wie man diese Ziele erreichen will, man redet mit den Betroffenen, damit eine Erreichung der Realität auch wirklich nahekommt. Und das tun wir in diesem Feld.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von Armin Laschet [CDU])

Übrigens werden wir in diesem Zusammenhang auch unsere KlimaExpo auf den Weg bringen. Sie ist in Vorbereitung. Wir werden zeigen, dass Nordrhein-Westfalen bei diesem Thema Vorreiterland ist. Gemeinsam mit den Unternehmen, mit der Wirtschaft und der Wissenschaft werden wir dieses wichtige Projekt voranbringen.

Ich glaube, wir machen uns manchmal gar nicht klar, was da in Deutschland gerade geschieht: Eines der wichtigsten Industrieländer der Welt stellt alles um in Richtung Klimaschutz, in Richtung Energiewende.

Wir haben in der Vergangenheit schon einiges auf den Weg gebracht. Wir haben es geschafft, dass wir gerade bei den Umwelttechnologien Exportmeister sind, eben weil wir in der Vergangenheit schon gute Erfolge erzielt haben.

Wir setzen auf den Fortschrittmotor „Klimaschutz“, und wir werden zeigen, was das Land in diesem Themenfeld drauf hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei all dem, was wir voranbringen – ich habe jetzt nur eine kleine Auswahl getroffen –, sagen wir auch klipp und klar: Wir machen es nicht von oben herab, sondern wir setzen auf Beteiligung.

(Armin Laschet [CDU]: Wie bei den Beamten!)

– Ich kann Ihnen ja zum fünften Male erzählen, dass ich da Gespräche geführt habe. Behaupten Sie doch nicht immer wieder, dass das anders ist!

(Zurufe von der CDU und der FDP – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Das können wir mal in Ruhe diskutieren, Herr Laschet.

(Zuruf von der SPD: Das will er aber nicht! – Zurufe von der CDU)

– Vielleicht darf ich weiter berichten über die Formen der Beteiligung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Nicht nur die SPD macht damit gute Erfahrungen, sondern auch die Landesregierung.

Wir haben Online-Dialoge geführt. Die waren sehr ergiebig. Ich empfehle dieses Instrument auch immer meinen Kolleginnen und Kollegen bei der Ministerpräsidentenkonferenz, weil bei diesen Dialogen wirklich gute Vorschläge kommen.

2011 haben wir die Eine-Welt-Strategie beraten, den Bürgerdialog zum Haushalt 2011, für die Hochschulen die Bologna-Reform 2011, die Jugendmesse JuKon im Sommer 2012 mit den guten Vorschlägen, das Hochschulzukunftsgesetz 2012/2013, Open.NRW im Frühjahr 2013, das Landesmediengesetz 2013. Aktuell laufen der Online-Dialog „Heimat im Quartier! Wie wollen wir leben?“ und der Klimaschutzplan.

Das sind alles Maßnahmen, wo wir den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Auch diesen Weg werden wir konsequent weitergehen, weil er uns wichtige Impulse gibt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir zurück zur Haushaltspolitik! Wie gesagt: Das alles waren Beispiele für klare Ziele und konsequente Umsetzung. Genau das gilt auch für unsere Haushaltspolitik.

Unser Ziel ist die Konsolidierung. Und wir halten auch Wort. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land können sich auf uns verlassen. Wir werden die Konsolidierungsziele erreichen, die wir uns vornehmen.

Im Haushalt 2014 sparen wir strukturell 950 Millionen € ein. Zusammen mit den globalen Minderausgaben von rund 865 Millionen € kommen wir 2014 auf ein Einsparvolumen von gut 1,8 Milliarden € und damit auf eine strukturelle Nettoneuverschuldung von knapp 2,4 Milliarden €. 2013 waren wir noch bei 3,3 Milliarden €.

Wir halten an dem Abbaupfad weiter fest. Jahr für Jahr werden wir die Neuverschuldung weiter zurückführen.

Für das Jahr 2017 planen wir eine Nettokreditaufnahme von nur noch 1,38 Milliarden € ein – Schritt für Schritt, Jahr für Jahr.

(Zuruf von der CDU)

– Dass Sie kein Geld für die Bildung und für die Kitas ausgeben wollen, das können Sie hier auch noch mal laut sagen, lieber Kollege!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben immer gesagt, wir stehen für einen Dreiklang: Einsparen ja, aber gleichzeitig investieren in die Zukunft, in Kinder und in Bildung, und Einnahmen erhöhen. Bei diesem Dreiklang wird es in Nordrhein-Westfalen bleiben, weil er gut ist für unser Land!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden die schwarze Null im Jahr 2020 erreichen. Allerdings – das darf man dann auch mal sagen – wäre es an manchen Stellen einfacher, wenn wir nicht noch ein paar Urteile hätten umsetzen müssen, die wir für die Vorgängerregierung kassiert haben, oder wenn wir nicht solche Verträge an der Backe hätten, wie den mit der Klausner-Gruppe. Das würde uns manches bei der Konsolidierung einfacher machen. Auch das darf man in einer solchen Diskussion mal sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu Einnahmeerhöhungen gehört auch das Thema „Steuerehrlichkeit“. Es ist vorhin angesprochen worden: Wir haben dafür gesorgt, dass nicht mehr der ehrliche Steuerzahler der Dumme ist, sondern dass Steuerstraftäter immer häufiger erwischt werden. Das ist gut so. Das hebt die Steuermoral und bringt nachhaltig mehr Geld in die öffentlichen Kassen – Gelder, die wir für dringend notwendige Leistungen brauchen.

Die Zahlen, die uns vorliegen, belegen das eindrucksvoll: Im November ist die Zahl der Selbstanzeigen in Nordrhein-Westfalen auf den höchsten Wert seit Mai 2010 gestiegen. Allein 660 Steuerhinterzieher, die ihr Geld in der Schweiz vor dem deutschen Fiskus verstecken wollten, zeigten sich im letzten Monat selbst an. 660!

Seit 2010 erhöhte sich die Gesamtzahl solcher Eingaben auf 11.062 Fälle. Mit dem Ankauf der Steuer-CDs brachte uns dies zusätzliche Einnahmen von mehr als 850 Millionen €. Darin enthalten sind die Einnahmen der bisherigen Steuerhinterzieher auf den CDs, die Einnahmen aus den Selbstanzeigen, 150 Millionen € Strafe für die Credit Suisse und 50 Millionen € für das Bankhaus Julius Bär. Die Summe kann und wird noch steigen, weil die Gerichtsverfahren der Steuerhinterzieher auch noch laufen.

Übrigens hat der Präsident des Bundesrechnungshofs, Dieter Engels, dem Bund bei der Vorstellung des Jahresberichts seiner Behörde ins Stammbuch geschrieben: Der Staat könnte seine Einnahmen unter anderem dadurch steigern, indem er konsequenter gegen Steuerbetrüger vorgehe. – Wir machen das in Nordrhein-Westfalen. Und wir liegen richtig damit, weil es auch eine Gerechtigkeitsfrage ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Klare Ziele – konsequente Umsetzung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen keinen Grund, diesen Kurs zu ändern – auch nicht angesichts der Koalition im Bund. Hier im Landtag, bei diesem Haushalt geht es allein um unser Land Nordrhein-Westfalen. Gut ist, dass jetzt mehr Rückenwind aus Berlin kommt, spürbare Impulse für Land, Kommunen, Bildung, Infrastruktur, Forschung. Das ist gut für unser Land – das sind gute Nachrichten – und gut für unsere Kommunen.

Ich hätte mir, wir hätten uns an der einen oder anderen Stelle mehr gewünscht. Ich habe in unseren eigenen Veranstaltungen immer gesagt: Wenn man ein Wahlergebnis von knapp 25 % hat, kann beim Koalitionsvertrag am Ende nicht 100 % SPD herauskommen. Da war vieles nicht möglich, es gab unterschiedliche Ansichten.

(Zurufe von der CDU)

– Das ist hier angesprochen worden, deshalb nehme ich darauf Bezug.

Ja, wir haben dafür gekämpft, dass es Steuererhöhungen gibt. Es war nicht durchsetzbar. Wir haben trotzdem dafür gesorgt, dass deutliche Impulse in den genannten Bereichen auch in Nordrhein-Westfalen zu spüren sein werden. Mehr ging nicht. Wir werden aber weiter dafür kämpfen, insbesondere bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zurück zum Haushalt! Ich habe mir in den letzten Tagen, wie bei allen Haushaltsdebatten, die Mühe gemacht, die Änderungsanträge der Opposition durchzuforsten, lieber Herr Lindner. Dabei ist mir aufgefallen: Sie tun oft nur so, als ob Sie Alternativen aufzeigen wollen. Zumeist handelt es sich um den berühmten alten Wein in neuen Schläuchen, der auch durch ständiges Umfüllen nicht trinkbarer wird. Sie präsentieren Luftbuchungen, die in sich widersprüchlich und vor allem sozial unausgewogen sind.

Ein Beispiel dafür haben Sie vorhin wieder gebracht, lieber Kollege Lindner. Sie haben vorhin angeprangert, dass die globalen Mehreinnahmen bei uns so hoch seien, die globalen Minderausgaben auch.

(Christian Lindner [FDP]: Zu den globalen Mindereinnahmen habe ich in meiner Rede nichts gesagt! Ich habe nur von globalen Mehreinnahmen gesprochen!)

– Sie haben über globale Mehreinnahmen gesprochen. Sie selbst haben in der dritten Lesung im HFA Anträge eingereicht, die diese globalen Mehreinnahmen um 25 Millionen € erhöhen sollten. Was ist das für eine Logik, lieber Herr Kollege Lindner? Da widersprechen Sie sich doch.

(Beifall von der SPD)

Uns prangern Sie an, wir würden das zu hoch ansetzen, und Sie fordern eine noch höhere Summe!

Sie wollten übrigens auch die globalen Mehrausgaben erhöhen, und zwar um 353 Millionen €.

(Christian Lindner [FDP]: Ja, richtig!)

Damit lägen wir nur noch knapp unterhalb der Verfassungsgrenze. Diese Argumentationslinie ist bei Ihren Haushaltsanträgen nicht stimmig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein paar Punkte aus den Vorschlägen, die ich bei meinem Durchforsten gefunden habe – einige davon sind angesprochen worden, beispielsweise die Kürzung aller Landesprogramme um 20 %; dazu hat Herr Römer schon einiges gesagt – und die mich ärgern, herausgreifen.

Sekundarschulen und Gymnasien: Die FDP will Mittel für Sekundarschulen, für wichtige Modellversuche wie längeres gemeinsames Lernen oder Primus-Schulen, kürzen bzw. streichen. Gleichzeitig aber sollen Gymnasien gestärkt werden. Dabei sticht doch insbesondere Ihr Wunsch ins Auge, die Zuschüsse für private Gymnasien zu erhöhen. Ich finde, das spricht für sich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dabei, lieber Kollege Lindner, haben Sie doch neulich etwas sehr Schönes gesagt, Mitte Oktober in der „ZEIT“:

„Liberale ergreifen nicht Partei für diejenigen, die Macht und Privilegien besitzen, weil deren Freiheit per se gesichert ist. Wir müssen die Partei der Einsteiger, Aufsteiger und Abweichler sein, weil deren Freiheit nicht gesichert ist.“

Schöne Worte, aber denen folgen keine Taten bei Ihren Haushaltsanträgen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann haben Sie vorhin die Stellenabsetzungen im Schulbereich erwähnt. Da manche Zuschauer auf der Tribüne vielleicht nicht so tief in der Materie stecken, erkläre ich es gerne noch mal. Ich bleibe bei unserem Beschluss, den wir im Koalitionsvertrag getroffen haben: Wir lassen alle Stellen im System – die eigentlich herausfallen könnten, weil wir weniger Schülerinnen und Schüler haben.

Die Stellenabsetzungen, die es jetzt gibt, resultieren noch aus Entscheidungen, die viele Jahre zuvor von mehreren Vorgängerregierungen – auch von Ihrer! – getroffen worden sind.

Da geht es um die sogenannten Vorgriffsstunden. Das heißt, Sie wissen das. Aber Sie erwecken hier den Anschein, als würden wir massiv Lehrerstellen einsparen. Das ist nicht korrekt, wie Sie hier vorgehen, lieber Herr Kollege Lindner! So macht man das nicht! Das gehört sich nicht! Dann sagen Sie auch, was damit gemeint ist!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann gibt es ja den berühmten Antrag von FDP und CDU zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Darauf setzen wir auch. Aber dann kommt der Entfesselungsimpuls.

(Zurufe von der FDP)

– Wissen Sie: Wenn Sie nicht begreifen, dass das Tariftreue- und Vergabegesetz dem Standort nutzt und nicht schadet, dann ist Hopfen und Malz verlorren, lieber Kollege Brockes.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Sie wollen ja nur ablenken. Ich komme trotzdem zum Entfesselungsimpuls. An dem FDP-Antrag mit dem sogenannten Entfesselungsimpuls – auch so ein Wiedergänger; das habe ich hier ja schon mehrfach erleben dürfen – wird das besonders deutlich. Die Houdinis der nordrhein-westfälischen Politik verraten uns aber nicht – offensichtlich genauso wie ihr großes Vorbild Harry Houdini –, was konkret und auf welche Weise entfesselt werden soll. Und die darauf basierende Wachstumsprognose ist eine leere Behauptung. Auf der einen Seite kritisieren Sie als Opposition unsere Annahmen über globale Mehreinnahmen. Auf der anderen Seite wollen Sie uns weismachen, dass wir durch Ihren Houdini-Effekt mal eben 25 Millionen € zusätzlich einnehmen könnten. Auch das ist keine seriöse Politik für Nordrhein-Westfalen! Das merken die Wählerinnen und Wähler, die Bürgerinnen und Bürger!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die FDP will den Ansatz bei den globalen Minder Ausgaben um 60 Millionen € reduzieren. Das soll die Landesregierung in allen Einzelplänen erwirtschaften – das haben Sie auch noch drin –, und zwar durch eine Optimierung der Landesbetriebe und Sondervermögen sowie durch eine Verwaltungsstrukturreform. – Das ist wieder typisch: Sie sagen so etwas Grobes, aber Sie sagen es nicht konkret.

(Ralf Witzel [FDP]: Aufgabenkritik!)

Sie haben hier doch fünf Jahre lang regiert; Sie kennen die Strukturen. Sie können doch sagen, welche Strukturen Sie abschaffen wollen und wem Sie ans Leder wollen. Aber dann sagen Sie es hier

und lassen Sie die Katze nicht im Sack, denn das ist keine konkrete Politik für unser Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch im Bereich Denkmalpflege zeigt sich, wie unseriös Sie argumentieren. Sie wollen die Zuschüsse zur Förderung der Denkmalpflege wieder deutlich ausweiten und damit unsere Kürzungen zurücknehmen. Auf der einen Seite kritisieren Sie, dass wir nicht genug sparen. Auf der anderen Seite wollen Sie unsere Kürzungen zurücknehmen, weil das draußen in der Bevölkerung wohlfeil ist, weil Sie sich damit als die Retter der Gerechten hinstellen wollen. Das ist keine seriöse Politik für unser Land, meine Damen und Herren. Einsparungen tun weh. Da muss man den Rücken breitmachen und stehen. Und das tun wir an diesen Stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zu den Anträgen der Piraten. In Ihren Anträgen lauten die entscheidenden Vokabeln: Zuweisungen, Zuschüsse, zusätzliche Investitionen.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: So sieht es aus!)

Wir reden aber auch über Konsolidierung. Die eine Oppositionsfraktion mahnt uns, wir müssten noch mehr tun. Gleichzeitig schlagen Sie neue Ausgaben vor. Stimmt, Sie haben auch ein paar Einsparvorschläge gemacht, aber die sind – ich habe sie geprüft – wenig brauchbar.

Zum Beispiel wollen Sie die Zuweisungen für den kommunalen Straßenbau um 1,1 Millionen € verringern. Das würde bedeuten, dass wegen der hohen finanziellen Vorbelastungen der letzten Jahre keine – ich betone: keine! – weiteren erforderlichen verkehrssichernden Maßnahmen in den Kommunen mehr möglich wären. Wollen Sie das wirklich? Wir halten das nicht für zielführend, um das klipp und klar zu sagen. Insofern ist auch diese Einsparung keine, die dieses Land wirklich voranbringt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, auch in Ihrer letzten Sitzung kann ich Ihnen Folgendes nicht ersparen. Ich habe mir mal auflisten lassen, was eigentlich im Laufe dieses Jahres alles gefordert worden ist; ich habe mal die Pressemitteilungen der CDU durchsehen lassen. Dann habe ich festgestellt, dass sich diese Forderungen in den Haushaltsanträgen gar nicht wiederfinden. Meinten Sie das gar nicht so ernst? War das alles nur Show? Wo sind die Anträge zu all dem, was Sie in diesem Jahr gefordert haben?

Ich nenne Ihnen einige Beispiele: die Förderung des Projekts „Care“ in Münster, die Ausweitung des Modellprojekts „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ von 760 Plätzen auf 100.000 Plätze, das flächendeckende Angebot des Programms „Elternstart“, die Erhöhung der Übungsleiterpauschale – immerhin 1 Million €. Zur In-

klusion: Gefordert waren unter anderem eine Anerkennung der Konnexität – wir wissen nicht, was das kostet – und ein Startbudget für Schulen, die mit Inklusion beginnen – auch nicht gerade billig.

Alles das wurde in Pressemitteilungen großspurig gefordert.

Weitere Forderungen Ihrerseits: die Einrichtung eines Fonds zur Entlastung betroffener Kommunen bei stark steigenden Krankheitskosten für Flüchtlinge. Wir reden hier immerhin von mehr als 10 Millionen €. Ich will damit nicht sagen, dass man das nicht machen soll. Ich sage nur, dann müssen Sie auch sagen, wie man das finanzieren kann. Dann müssen Sie es wenigstens in diesem Haushalt beantragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben mehr Studienplätze in Master-Studiengängen gefordert. Auch das kostet eine Menge Geld. Sie sind für geringere Mindestgrößen in Förderschulen. Was der Erhalt dieser Schulen, die immer kleiner werden, kostet, muss ich Ihnen, glaube ich, nicht sagen. Zur Unterstützung von Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch wollen Sie eine Kofinanzierung des Bundesprogramms. Ich könnte noch einiges mehr nennen.

Keine Spur von den Forderungen, die ich gerade genannt habe, in den Anträgen zum Haushalt! Nichts ist beantragt worden. Auch das ist keine seriöse Politik für unser Land – ich muss es Ihnen so deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Eine Maßnahme habe ich übrigens übernommen. Ich schaue mir ja alles immer sehr genau an und überlege, ob es sinnvoll ist und ob wir es finanzieren können. Sie, Herr Laumann, haben am 15. November 2013 einen Vorschlag gemacht, als Sie Ihre Vorschläge zur Sanierung der Finanzen NRW vorgelegt haben. In der Unterlage, die Sie damals verteilt haben, heißt es wörtlich:

Wir wollen zum Beispiel für die Unterbringung von alkoholisierten oder unter Drogen stehenden Personen im Polizeigewahrsam pauschalierte Verwaltungsgebühren einführen. Derzeit wird der Steuerzahler diesbezüglich mit 1,5 Millionen € belastet. Das wollen wir nach dem Vorbild anderer Länder ändern. - Der WDR hatte darüber berichtet.

Jetzt, zum Haushalt, ist dieser Vorschlag weg. Er ist nicht mehr dabei. Wir jedenfalls machen uns die Mühe, in Erfahrung zu bringen – die Abfrage läuft gerade bei den Kreispolizeibehörden; sie wird noch bis Ende Januar dauern – die Zahl der besonderen, weil unfreiwilligen Übernachtungen. Wir wollen wissen, wie hoch die Gebühr sein müsste, damit die Kosten gedeckt werden könnten.

Wir wissen im Moment noch nicht, was am Ende dabei herauskommen könnte und wie hoch der Verwaltungsaufwand ist, aber wir werden diesen Vorschlag weiter prüfen. Wir lehnen eben nicht pauschal alles ab, sondern schauen immer hin: Ist es sinnvoll? Können wir es machen? – Das werden wir auch in diesem Fall sorgfältig zu Ende prüfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

All Ihre Konsolidierungsvorschläge haben ein bisschen was von dem, was die Verbraucherzentrale zum Jahresende gerade wieder angeprangert hat. In den Läden gibt es eine sogenannte Hummersuppe, die tatsächlich nur aus Garnelen und aus einer Paste aus Krustentierextrakt besteht, oder eine Trüffelcreme, in der tatsächlich 0,05 % Trüffel enthalten sind. Ihre Haushaltsvorschläge erinnern mich an solche Verbrauchertäuschungen.

(Beifall von der SPD)

Nur umgekehrt: Sie täuschen nicht Luxus, sondern Sie täuschen Sparsamkeit vor. Das wird Ihnen der Bürger, wird Ihnen die Bürgerin nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sehen: Auch in der heutigen Debatte wird über den Haushalt gesprochen.

Aber auch ich möchte meine Rede nicht beenden, ohne noch ein persönliches Wort an den Kollegen Laumann zu richten. In der Sache waren es immer harte Auseinandersetzungen. Das, was Sie ausgezeichnet hat, war, dass wir auf der persönlichen Ebene immer in aller Ruhe miteinander sprechen konnten. Manche Zuschauerinnen und Zuschauer, die unsere Debatten hier verfolgen, glauben, wir könnten uns nie in die Augen gucken und keinen Kaffee miteinander trinken. Das stimmt nicht. Es geht nicht mit jedem, mit Ihnen ging es.

Danke für die Zeit, die ich hier mit Ihnen zusammen verbringen durfte.

Danke für Ihre Arbeit für unser Land Nordrhein-Westfalen, Ihre Arbeit als Minister, als Fraktionsvorsitzender, als Abgeordneter. Sie waren gegenüber diesem Land immer loyal. Sie waren immer – das hat man in all Ihren Reden gespürt – mit Herzblut dabei.

Sie haben viel gegeben, auch als Mensch, ganz persönlich.

Sie waren engagiert für die Sache, insbesondere für Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt und für soziale Fragen – wie Sie gesagt haben: immer die im Blick, die es nicht leicht haben.

In der Sache hart, im persönlichen Umgang freundlich und verlässlich. Ich habe diese Zeit mit Ihnen persönlich als Bereicherung empfunden.

Sie haben gesagt: Sie sind stolz auf unser Land. – Ich finde, Nordrhein-Westfalen kann stolz auf einen solchen Abgeordneten sein. Vielen Dank!

(Allgemeiner Beifall – Beifall von Mitgliedern der Landesregierung – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nestelt an ihrer Halskette.)

– Ich habe mir überlegt: Was gebe ich Ihnen mit nach Berlin? Wir haben ja eine gewisse Vorstellung davon, was dort abgeht. Es ist ein raues Umfeld. Und Sie sind ein Mensch mit sehr viel Herz. Deshalb glaube ich, es ist ganz gut, wenn ich Ihnen meinen kleinen Schutzengel mitgebe und natürlich eine Flasche guten Roten. Machen Sie's gut! Vielen Dank!

(Anhaltender allgemeiner Beifall – Anhaltender Beifall von Mitgliedern der Landesregierung – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft geht zum Platz von Herrn Laumann und überreicht Geschenke.)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Als nächster Redner hat sich für die FDP-Fraktion Herr Kollege Lindner zu Wort gemeldet.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am heutigen Tag ist einmal mehr gemeldet worden, dass Nordrhein-Westfalen beim Wachstum unter dem Bundesschnitt liegt. Dazu haben wir in der heutigen Haushaltsdebatte von der Regierungskoalition nichts gehört.

Aber es muss Gründe haben, dass sich Nordrhein-Westfalen nicht so dynamisch entwickelt wie der Bund. Die Menschen in Deutschland sind ja alle gleich fleißig und talentiert. Jedenfalls sind die Nordrhein-Westfalen nicht weniger engagiert als die Menschen in anderen Bundesländern. Es muss also etwas mit der Anlage der Politik in diesem Land zu tun haben, Frau Kraft.

Damit sind wir beim Kern dessen, was wir mit Entfesselungsimpuls meinen. Wenn unsere Wachstumschancen über das Klimaschutzgesetz, das Tarifreue- und Vergabegesetz und eine hinhaltende Verwaltung ausgeschlagen werden, geht das unmittelbar zulasten von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir sind der Auffassung, dass man mit gezielten gesetzgeberischen Maßnahmen, zum Beispiel der Aufhebung des Tarifreue- und Vergabegesetzes, in der Tat einen zusätzlichen Impuls und damit auch zusätzliche Einnahmen erzielen kann. Sie sagen, das sei unseriös. Wenn wir 25 Millionen € aus diesem Wachstumsimpuls etatisieren, sagen Sie, das sei unseriös! Sie haben 300 Millionen € Mehrein-

nahmen im Haushalt, bei denen Sie mit keinem Satz sagen, woher das Geld kommt!

(Beifall von der FDP – Martin Börschel [SPD]:
Es waren 325!)

Das zeigt, wir sind zwölfmal so seriös wie Sie.

Die Ministerpräsidentin hat sich die Mühe gemacht, unsere Haushaltsänderungsanträge durchzusehen, kommt hier im Plenum auf einen Antrag zurück – Erhöhung der Zuweisungen für die privaten Gymnasien – und erweckt den Eindruck, da ginge es um Eliteschulen und Internate. Denn in dem Zusammenhang haben Sie meine Parteinahme – dazu stehe ich auch – für machtlose Einsteiger und Aufsteiger angesprochen. Sie sagen: Dazu passt nicht, das Geld für die privaten Gymnasien erhöhen zu wollen. – Sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, die sogenannten privaten Gymnasien, die in diesem Antrag gemeint sind, das sind die Ersatzschulen, die Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft. Wenn Sie die ernsthaft als privilegiert betrachten, müssen Sie das gesamte Ersatzschulfinanzierungsgesetz aufheben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das war wirklich unter Ihrem Niveau, Frau Kraft.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Jetzt zum Thema Erneuerbare-Energien-Gesetz, aktuelles Beihilfeverfahren. Wir wollen zunächst einmal festhalten, Kollege Priggen – weil Sie hier wieder über die Ausnahmen gesprochen haben –: In der Tat hat die schwarz-gelbe Koalition im Bund die Zahl der Ausnahmen erhöht, und zwar sehr deutlich. Aber die Höhe, der Umfang der privilegierten Strommenge ist dabei nur um 5 % gestiegen, nur um 200 Millionen €. Und da sprechen Sie von „exzessiv“? – Die Zahl der Betriebe, die ausgenommen sind, hat sich verdreifacht, die Strommenge ist aber nur um 5 % gestiegen. Das zeigt: Da geht es um den energieintensiven Mittelstand, der von der schwarz-gelben Regierung seinerzeit vor Überlastung geschützt worden ist. So war das. 5 bis 10 %!

(Beifall von der FDP)

Kollege Eiskirch schüttelt mit dem Kopf. Das ist besonders bemerkenswert. Denn zeitgleich zu der Debatte, die wir hier zum Thema „Ausnahmen EEG“ geführt haben, dem Generalangriff von Reiner Priggen auf die Ausnahmen in Reaktion auf mich und Ihrem Kopfschütteln, parallel dazu gibt Norbert Römer, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, am heutigen Tag eine Pressemitteilung heraus, in der er sagt: Jetzt gehe es darum, die Ausnahmen im EEG zu verteidigen, weil das sonst zulasten der Betriebe in Nordrhein-Westfalen gehe.

(Zurufe von der SPD: Hör' auf zu schreien!)

Und da sprechen Sie, Frau Kraft, davon, in Ihrer Regierungskoalition gebe es in der Energiepolitik

Einigkeit. Das Gegenteil ist heute dokumentiert worden – in der Debatte und durch die Bemerkung von Norbert Römer.

(Beifall von der FDP)

Weil Sie, Herr Priggen, ja immer sagen, ich sei der Mann der beschränkten Haftung:

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Diese Landesregierung hat sich auf der Bundesebene bei allen Gelegenheiten für die Ausnahmen im EEG eingesetzt. Ist das dann noch Ihre Landesregierung, wenn sie eine ganz andere Auffassung hat als Sie?

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Oder übernehmen Sie da in Wahrheit nur beschränkte Haftung für die Landesregierung – für das, was Ihnen gefällt?

(Beifall von der FDP)

Also, wenn Sie auf mich zeigen, zeigen drei Finger Ihrer Hand auf Sie selbst zurück.

Ein letzter Gedanke, verehrte anwesende Frau Ministerpräsidentin. Sie haben hier den Nachhaltigkeitsbericht der Landesregierung so ein wenig wegwerfend als ein unwichtiges Dokument dargestellt. Man müsse ja unterscheiden zwischen Planung der Landesregierung und diesem Nachhaltigkeitsbericht.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Genau so haben Sie das gesagt.

Ich rufe in Erinnerung: Im vergangenen Jahr war der Nachhaltigkeitsbericht noch Teil der mittelfristigen Finanzplanung. Dann hat der Landesfinanzminister ihn aus der Finanzplanung ausgekoppelt, weil er ihm mehr Gewicht verleihen wollte. Insofern ist das also ein wichtiges Dokument.

Ich habe hier ausschließlich, Frau Ministerpräsidentin, auf das Basisszenario und nicht auf die anderen Szenarien, die darin enthalten sind, Bezug genommen – nur auf das Basisszenario, in dem alle Kennzahlen Ihrer Haushaltspolitik und alle makroökonomischen Kennzahlen eins zu eins fortgeschrieben werden. Ich bin also nicht auf die Risiken steigender Zinsen eingegangen. Ich bin nicht darauf eingegangen, dass sich das konjunkturelle Klima abkühlen könnte.

Die Große Koalition hat ja nach der Methode von Andra Nahles – Pippi Langstrumpf – beschlossen, dass sich die Weltwirtschaft gut entwickeln wird. Ich bin davon ausgegangen, dass die Große Koalition, wenn sie das beschließt, auch durchsetzen kann. Also: Auf all das, auf die Veränderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen, bin ich nicht eingegangen.

Und dennoch kommt der Nachhaltigkeitsbericht Ihres Finanzministers zu dem Ergebnis: Im Ba-

sisszenario Ihres Finanzministers fehlen im Jahr 2020 800 Millionen €, um die Schuldenbremse zu erreichen. In diesem Jahr gibt es 300 Millionen € globale Mehreinnahmen, die Sie nicht benennen können. Frau Kraft, Ihre Haushaltspolitik besteht aus Zahlenhalluzinationen; es ist keine seriöse Finanzpolitik!

(Lebhafter Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Ich erteile das Wort für die Piratenfraktion Herrn Kollegen Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und zu Hause! Wir haben nächste Woche Weihnachten.

(Zurufe von der SPD: Hui!)

– Ja, ja. Es werden auch Geschenke im Saal verteilt. Im Prinzip fehlen eigentlich nur noch die Kerzen auf den Tischen und ein nichtalkoholisches oder ein alkoholisches, weinhaltiges Getränk, und dann könnten wir gemeinsam feiern. Diese Ruhe, die hier im Saal herrscht, finde ich bemerkenswert. Ich führe sie ausschließlich darauf zurück, dass – und dafür viel Glück! – Herr Laumann heute seine letzte Rede gehalten hat, zumindest hier im Plenum als Abgeordneter der Landtags der laufenden Legislaturperiode.

Im Übrigen möchte ich Herrn Kollegen Lindner folgen und sagen: Wir reden hier über den Haushalt. Auch Frau Ministerpräsidentin Kraft hat es ganz offensichtlich begriffen; denn sie hat diesen Haushalt, über den wir heute in dritter Lesung entscheiden sollen, sehr vehement verteidigt. Das muss sie auch tun; denn zu diesem Haushalt muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Zieht man Maßstäbe heran, die sich jede Privatperson oder jedes Unternehmen anrechnen lassen muss, wäre dieses Land Nordrhein-Westfalen nach Insolvenzrecht praktisch überschuldet und hätte Insolvenz anzumelden.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

– So sieht es aus, Herr Herter.

(Marc Herter [SPD]: Es ist unfassbar!)

Aber, Frau Kraft, ich möchte, bevor ich weiterrede, mit einem Punkt anfangen: Sie haben davon gesprochen, dass Sie sich die Anträge der Oppositionsfraktionen sehr genau angeschaut haben. Sie haben dabei in Bezug auf die Piraten nur einen Antrag hervorgehoben, und zwar einen Antrag auf Einsparung von Zuschüssen für den kommunalen Straßenbau in Höhe von 1,1 Millionen €. Solche Einsparungen wären nicht verträglich mit unserer Auffassung, wie man Kommunen unterstützen müsste, und schon gar nicht mit unserer Auffassung

von der Ausbildung und der Fortschreibung oder besser der Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, liebe Frau Kraft: Wenn Sie mir zeigen können, wo dieser Antrag gestellt worden ist, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Ich kann Ihnen mitteilen, wo dieser Antrag behandelt wurde: Am Montag vergangener Woche wurde in der Mumble-Sitzung unserer Fraktion darüber diskutiert. Dieser Antrag wurde aber weder im Haushalts- und Finanzausschuss als Antrag gestellt noch für den heutigen Tag zur Beratung und zur Beschlussfassung vorgesehen.

(Zuruf von den PIRATEN: So sieht es aus!)

Schönen Gruß an Ihre Referentin oder Ihren Referenten! Ich freue mich sehr, dass unsere Sitzungen so aufmerksam verfolgt werden. Dann hätte man aber auch wissen müssen, dass wir als Piratenfraktion in der internen Beratung diesen Antrag abgelehnt und nicht gestellt haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Stattdessen vergessen Sie aber andere Anträge zu erwähnen oder gehen zumindest geflissentlich darüber hinweg. Es stehen ja nur wenige Anträge zur Beratung an. Wir fordern genau in dem Bereich der Verkehrsinfrastruktur – das hat unser Fraktionsvorsitzender Paul eben ausführlich ausgeführt – 354 Millionen €, und zwar genau für die Unterstützung der Infrastruktur, für die Unterstützung der Kommunen, in einem ersten Schritt für das kommende Jahr 2014. So viel dazu.

In Bezug auf die Konsolidierung wurde von der Frau Ministerpräsidentin kritisch angesprochen, die Opposition wolle nicht konsolidieren, sondern nur Geld ausgeben. Im Übrigen operiere sie mit globalen Mehreinnahmen. – Das war aufseiten der FDP in der Tat der Fall.

Auf der anderen Seite haben wir es aber für 2014 auch mit globalen Minderausgaben in weiß Gott nicht unbeträchtlicher Höhe von deutlich über 800 Millionen € zu tun. In dieser Hinsicht vergessen sowohl die Ministerpräsidentin als auch die die Regierung tragenden Fraktionen und der Finanzminister, transparent aufzuzeigen und den Menschen zu sagen, wo diese über 800 Millionen € im nächsten Jahr eingespart werden sollen. Es wird zu weiteren Zumutungen für die Bevölkerung in diesem Lande kommen. Dies kann von uns nicht hingenommen werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Die strukturelle Neuverschuldung von 2,4 Milliarden € wurde schon genügend angeführt. Wenn man das einmal vor dem Hintergrund der Zinsentwicklung, wie sie sich auch aufgrund der aktuellen und heute mit zu beschließenden mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 darstellt – darin ist nämlich

davon die Rede, dass von einer Zinssteigerung von bis zu 3,5 % auszugehen ist; wir liegen aber derzeit 2 Prozentpunkte unter dieser Planung –, betrachtet, müssen wir – allein mit Blick auf diesen Umstand – prüfen, ob angesichts der Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 140 Milliarden € dieser Konsolidierungspfad von Ihnen – vonseiten der Landesregierung – tatsächlich eingehalten werden kann. Wir haben da so unsere Zweifel.

Diese Zweifel werden darüber hinaus durch die Garantieleistungen genährt, die das Land Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der Abwicklung der WestLB in den nächsten Jahren noch zu zahlen verpflichtet sein wird. Es werden insgesamt 5 Milliarden € aufgewendet werden müssen. Davon geht sogar der Finanzminister bislang aus. Ich glaube nicht, dass er sich davon verabschiedet hat. Fakt ist jedenfalls: Die Zahlung von 900 Millionen €, die ursprünglich für das Jahr 2014 in der mittelfristigen Finanzplanung angesetzt war, ist nun plötzlich verschwunden. Das ist einerseits gut, weil diese Zahlungen möglicherweise im nächsten Jahr noch nicht fällig sein werden. Wie sich dann allerdings – auch vor dem Hintergrund des PIMCO-Reports – die Entwicklung bei der EAA – der Ersten Abwicklungsanstalt – entwickelt, muss man abwarten. Weiter müssen wir schauen, ob und wann diese dann insgesamt noch ausstehenden Garantieleistungen von 4 Milliarden € zu Buche schlagen werden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dann schauen wir uns auch die mittelfristige Finanzplanung genau an. Wir schauen uns die Zinsen und exakt an, wo diese Landesregierung – nicht nur heute, sondern auch im nächsten und übernächsten Jahr – tatsächlich effektiv, vor allem aber – wie es auch jetzt eben hieß – strukturell spart.

Weiterhin werden wir schauen, ob sie gleichzeitig auch Gewähr dafür bietet, dass – das liegt nicht nur der Landesregierung und den die Regierung tragenden Fraktionen am Herzen – in bestimmten Bereichen – insbesondere was Investitionen in die Zukunft, in Bildung und Verkehrsinfrastruktur angeht – Leistungen erbracht werden.

Selbstverständlich werden auch wir das weiterhin begleiten. Wir werden nicht nur sorgsam darauf achten, sondern auch die entsprechenden Anträge stellen – so wie die, über die wir heute hier im Plenum abstimmen werden.

Ein weiterer Punkt ist – wenngleich auch mehrfach erwähnt – meines Erachtens zu kurz gekommen. Das ist die dieser Landesregierung und den die Regierung tragenden Fraktionen – das gilt, denke ich, aber für alle hier im Hause – so sehr am Herzen liegende kommunale Familie bzw. deren auskömmliche Finanzierung. Man sollte meinen, dass es so sei. Zu dem aber, was hier vorgetragen wurde und wie hier im Prinzip dieser Haushalt 2014 mehr oder weniger schon jetzt – ohne wesentliche Kritikpunkte;

die kamen nur von der FDP – abgefeiert wurde, muss man ganz ehrlich sagen: Es ist nicht so. Warum das so ist, skizziere ich im Folgenden.

Lassen Sie mich mit einem Zitat aus der sehr aktuellen regionalen Presse, aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ beginnen:

„NRW-Städte im Schuldenstrudel“

Ich füge ein: Natürlich sind wir alle bereits im Weihnachtstaumel, aber wir beraten heute in dritter Lesung in diesem Hause den Landeshaushalt 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, es wäre gut, hier noch einmal in die Sacharbeit einzusteigen. Ich habe so den Verdacht, als ob hier alle schon verdammt in Feierlaune sind. Ich bin es bei Betrachtung dieses Haushaltes allerdings nicht.

Ich komme noch einmal zur regionalen Presse zurück.

„Der Pleitegeier kreist über dem Revier.“

Das ist eine Schlagzeile der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus der vergangenen Woche. – Frau Ministerpräsidentin, so beschreibt die Presse quer durch alle Couleur – egal ob Rot, Grün, Schwarz oder Gelb; ganz egal, wie sie geprägt sein mag – in diesen Tagen die Auswirkungen Ihrer Kommunalpolitik in diesem Lande.

Die Bundespresse ist sogar – wenn wir die „FAZ“ einmal als Bundespresse nehmen wollen – noch schonungsloser und titelt – ebenfalls am 11. Dezember – mit:

„Kommunale Leichen.“

Da ist also eine tote Maus. Betrachten wir die Ressourcen, den Landeshaushalt bzw. den Plan für 2014, kommt mir das wie ein Schubladenschrank vor, in dem man – egal welche Schublade man aufzieht – in jeder in irgendeiner Form eine tote oder kurz vor dem Tod stehende Maus findet. Das muss man einmal ganz klar festhalten.

Anlass für die Berichterstattung – da sind wir wieder bei den Kommunen – ist die Erhebung von Ernst & Young, mit der versucht wurde, flächendeckend für ganz Deutschland die finanzielle Lage der Kommunen zu erfassen. Die Studie steht im Netz. Jeder Zuhörer hier im Saal oder außerhalb kann sich direkt selbst ein Bild der Lage machen, wenn er die Webseite dieses Unternehmens aufsucht.

In diesem Zusammenhang möchte ich einmal die Frage an Herrn Minister Jäger direkt stellen: Wie kann es sein, dass ein privatwirtschaftliches Unternehmen wie Ernst & Young hoheitliche Aufgaben – wie zum Beispiel die Erfassung der finanziellen Situation der Kommunen – übernehmen muss? Ist Ihr Haus damit etwa überfordert? Die Frage darf erlaubt sein.

Die kommunalen Spitzenverbände berichten, seit wir hier im Parlament sitzen, in gleicher Art und

Weise von dieser Situation der Kommunen, die Ernst & Young jetzt festgestellt hat.

Ignorieren Sie diese Warnzeichen? Warum lassen Sie, Frau Ministerpräsidentin, das an Ihrem Kabinetttisch eigentlich über sich ergehen? Warum nehmen Sie das so ohne Weiteres hin?

Denn sowohl der Städtetag als auch der Landkreistag haben uns darüber informiert, dass Sie, sehr verehrter Herr Minister Jäger, das Parlament mit der Vorlage 16/975 Anfang Sommer dieses Jahres jedenfalls nicht korrekt über die Situation in den Kommunen in NRW informiert haben.

Genauso wie Sie das Parlament nicht korrekt informieren, wird auch die Bevölkerung in diesem Land – das muss einfach mal gesagt werden – im Unklaren darüber gelassen, wie die finanzielle Zukunft der Kommunen aussieht und was noch über sie hereinbrechen wird, wenn aufgelöst ist, wie die globale Minderausgabe, über 800 Millionen € schwer, verteilt wird, welche Einsparungen das sind, die unter Umständen auch soziale Einschnitte gerade innerhalb der kommunalen Familie bedeuten werden.

Fehler können natürlich passieren, aber sie müssen proaktiv korrigiert werden. Gerade in den Kommunen ist in letzter Zeit viel Vertrauen verloren gegangen – und nicht nur dort.

Das alles wäre noch verkraftbar, Frau Ministerpräsidentin und Herr Finanzminister, wenn Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, hier im Besonderen die SPD, die Sache nicht noch auf die Spitze getrieben hätten und mit dem Kommunal-Soli oder, wie er besser bezeichnet wird, mit der Abundanzumlage ein zweites Änderungsgesetz zum Stärkungspaktgesetz auf den Weg gebracht hätten. Ein zunächst definitiv nicht verfassungskonformer Gesetzentwurf wurde durch die Änderung, die Rücknahme um die Hälfte ein bisschen weniger nicht verfassungskonform gestaltet. Die entsprechenden Klagen, die noch unterwegs sind, werden zeigen, dass das ganze Vorhaben unter dem Strich für die Tonne ist.

Herr Lindner, Sie guckten auf die Uhr.

(Christian Lindner [FDP] zuckt mit den Schultern.)

– In Ordnung. Ich will Sie auch nicht allzu lange ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie reden gefühlt schon seit einer Stunde!)

– Ja, meine ich auch. – Die im Beratungsverfahren veranstaltete Anhörung hat ganz eindeutig die diversen Mängel des Entwurfs des Stärkungspaktänderungsgesetzes aufgezeigt. Die Kritik wurde zwar aufgenommen, aber das Stärkungspaktgesetz bzw. der Kommunal-Soli ist nach wie vor nicht vom Tisch. Das wird wahrscheinlich ebenfalls von einem Gericht erledigt werden müssen.

Genauso hat die verkorkste Regelung zur Beamtenbesoldung dazu geführt, dass ein verfassungsgerichtliches Verfahren vonseiten der Oppositionsparteien angestrengt werden musste. Diese Regelung wird Ihnen ebenfalls um die Ohren fliegen. Spätestens in zwei Jahren werden wir uns unter Umständen mit einem Nachtragshaushalt in dreistelliger Millionenhöhe befassen müssen, weil sich die regierungstragenden Fraktionen, aber auch die Landesregierung trotz der Tatsache, dass von 21 Experten 20 in der Anhörung gesagt haben: „Lassen Sie das, das Gesetz ist verfassungswidrig; nehmen Sie es zurück“ völlig beratungsresistent gezeigt haben.

Selbst ich habe die Aufforderung hier im Plenum, kurz bevor es mit der Mehrheit der regierungstragenden Fraktionen verabschiedet worden ist, wiederholt. – Herr Finanzminister, Sie erinnern sich vielleicht. Ich hatte gesagt: Nehmen Sie es zurück. – Sie haben es nicht getan. Nun wird der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen das tun, was Sie nicht bereit waren umzusetzen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die Beamtinnen und Beamten werden es Ihnen selbstverständlich danken. Die Lehrerinnen und Lehrer des Landes werden es Ihnen danken. All das wird bei der Kommunalwahl ebenso eine Rolle spielen wie die Problematik des Kommunal-Soli.

(Zuruf)

– Ja, bestimmte Dinge, die teilweise noch nicht angesprochen wurden, müssen angesprochen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, damit sind wir bei der Inklusion. Wir alle wissen, dass das ein Desaster ist: viel Fassade, keine Substanz, ein Leuchtturmprojekt ohne Leuchtkraft.

(Beifall von den PIRATEN und Ralf Witzel [FDP])

Infrastruktur und Verkehr – genau dasselbe, nächstes Desaster. Status und Auswirkungen in NRW sind längst bekannt. Riesengutachten, Kommissionen noch und nöcher. Nichts wird getan. Das Schielen auf den Bund ist eine feine Sache, aber wenn man schon mit am Verhandlungstisch der Großen Koalition sitzt, sollte man dafür sorgen, dass in dem größten Bundesland, welches ein Fünftel der Bevölkerung der gesamten Bundesrepublik Deutschland beherbergt, auch entsprechende Mittel ankommen.

(Beifall von den PIRATEN und Dirk Wedel [FDP])

Das nächste Desaster ist die Personalpolitik; es wurde mehrfach angesprochen. Ja, es heißt, die Lehrerstellen, die gekürzt werden, bleiben im System. Der entscheidende Punkt ist aber: Sie sollen nicht im System bleiben. – Die Lehrerinnen und

Lehrer müssen dort ankommen, wo wir es mit der Bildungsfrage zu tun haben, und dort, wo Inklusion gelebt und umgesetzt werden soll. Nicht die Worte zählen, das, was auf dem Papier steht, was in der mittelfristigen Finanzplanung steht, sondern das, was die Landesregierung vor dem Hintergrund der Gesetzeslage umsetzt.

Zum Haushalt, den wir gleich verabschieden wollen, sage ich schon vorab: Die Piratenfraktion wird den Haushaltsentwurf selbstverständlich ablehnen. – Das, was Sie wollen, müssen Sie den Menschen auch sagen. Sie müssen es offenlegen und transparent gestalten. All das geschieht mit diesem Haushalt nicht. Der Rest ist Kaffeesatzleserei.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Kein-Kind-zurücklassen-Geschichte ist auch ein Leuchtturmprojekt, aber absolut zu befürworten. Dazu ist schon genug gesagt worden.

Demografie: Wandel hin oder her, die Investitionen in Bildung werden falsch alloziert. Sie finden sicherlich statt.

(Beifall von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Aber wenn wir von 466 Millionen € Investitionen in Bildung sprechen, mag das gut klingen, aber es reicht unter dem Strich nicht. Das Geld muss auch richtig eingesetzt werden. Dazu haben wir Vorschläge unterbreitet. Die haben die regierungstragenden Fraktionen im Ausschuss abgelehnt, wie sie sie auch hier im Plenum ablehnen werden. Das können wir so nicht hinnehmen. Dafür ist die Opposition nun mal da. Dann können wir nicht Weihnachten feiern, sondern müssen heute streng am Haushalt arbeiten.

Nicht zuletzt möchte ich Herrn Finanzminister, wengleich das ein Sonderthema sein wird, auf das Intransparenzteam oder Effizienzteam ansprechen, welches das Demografiegutachten, das ich gerade erwähnt habe, für immerhin 738.000 € – fast 1 Million – erstellt hat. Die haben offensichtlich keine gute Arbeit geleistet, sonst hätten wir es möglicherweise nicht mehr mit einer an eine Milliarde heranreichenden globalen Minderausgabe zu tun. Die sollten strukturelle Einsparungen finden. – Haben sie nicht. Was haben sie gemacht? – Personal gekürzt.

(Christian Lindner [FDP]: Machen wir morgen in der Aktuellen Stunde!)

– Das machen wir selbstverständlich morgen noch ausgiebig in der Aktuellen Stunde. Trotzdem bleibt die globale Minderausgabe im Raum.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Oh, Herr Lindner!)

– Ja, die Opposition arbeitet manchmal genauso zusammen wie die regierungstragenden Fraktionen – nicht immer, aber das genau ist doch der Punkt. Wenn Sie zusammenarbeiten und sich auch gegenseitig anhören würden, dann würden sich die Landesregierung und die regierungstragenden

Fraktionen nicht offensichtlich dazu aufschwingen, die besten Vertreter für irgendwelche Lobbyisten, insbesondere der Energiewirtschaft, zu sein.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Kollege Priggen: Wie Sie das mit Hamm-Uentrop und mit den immer weiterlaufenden Kosten Ihrer Basis erklären, obwohl im Koalitionsvertrag steht, dass Sie die Betreiber in die Pflicht nehmen wollen ...

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Punkt 3!)

– Ja, das ist der nächste Punkt, genau.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Sie reden ja zur ganzen Tagesordnung!)

– Nein, nein. – Wissen Sie, nicht zur ganzen Tagesordnung, aber es handelt sich ja um Haushaltsposten, die mit Erläuterungen ...

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Wenn Sie einen Termin haben, dann nehmen Sie ihn doch wahr, Herr Priggen. Das tun doch 70 bis 80 % der Abgeordneten, die dieses Plenum besuchen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Mit Ihnen will keiner reden!)

Nicht nur, dass die Regierung Kraft auf stinkende Braunkohle setzt, sondern sie setzt auch auf die Atomlobby. Das werden wir unter einem weiteren Tagesordnungspunkt noch ausgiebig besprechen.

(Unruhe – Zahlreiche Zurufe)

Jetzt kommen wir noch einmal zur Einnahmenseite!

(Jochen Ott [SPD]: Es wäre zu schön gewesen!)

Ich werde zwei Minuten benötigen und stelle fest: Diese Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen haben in der vorletzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung erklärt: Der Bundesrepublik Deutschland gehen pro Jahr 160 Milliarden € Steuereinnahmen durch Steuervermeidungspraktiken – und zwar insbesondere großer Konzerne – verloren.

Wir hatten einen Lizenzboxen-Antrag gestellt, der dieses Kriterium konkret und exakt aufgreift. Die regierungstragenden Fraktionen haben unseren Antrag im Ausschuss abgelehnt. Erstaunlicherweise ist dieser Antrag wenige Tage später 1:1 im Vertrag der Großen Koalition aufgetaucht, und zwar fast wörtlich. Das ist ein wunderbares Ergebnis, für das wir danken.

Wenn das so weitergeht, Herr Finanzminister, und Sie Ihren Einfluss in Berlin entsprechend geltend machen, dass aus den Steuereinnahmen von 160 Milliarden €, die von SPD und Grünen prognostiziert worden sind, auf NRW heruntergebrochen 30 Milliarden € herauskommen. Dann kommen wir auch zu einer Konsolidierung der Haushalte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe somit die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung, genau genommen sogar zu einer ganzen Reihe von Abstimmungen:

Zunächst zur Abstimmung über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 Drucksache 16/3802. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4601, dem Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 16/3802 in der Fassung nach der zweiten Lesung zuzustimmen, das heißt, den Gesetzentwurf anzunehmen. Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte. Den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4601 angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz Drucksache 16/3802 in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir stimmen nun über die vorliegenden Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz ab, und zwar – wie vorhin bereits angekündigt – gemäß der uns vorliegenden Auflistung. Ich darf Ihrer werten Aufmerksamkeit also diese Tischvorlage empfehlen, die im Idealfall jeder zur Hand hat und entsprechend der wir jetzt die einzelnen Änderungsanträge abarbeiten.

Ich stelle zunächst den **Änderungsantrag** von CDU, FDP und dem fraktionslosen Abgeordneten Stein **Drucksache 16/4652** zur Abstimmung. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Das sind die CDU, die FDP, Teile der Piratenfraktion und Herr Kollege Stein. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist ein weiterer, größerer Teil der Piratenfraktion. – Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse des Weiteren über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4644** abstimmen. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das ist die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/4655** auf. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piratenfrakti-

on. Wer enthält sich? – Das sind die CDU-Fraktion und Herr Kollege Stein. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/4645** auf. Wer ist dafür? – Das ist die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Herr Kollege Stein. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe einen weiteren **Änderungsantrag** der Piraten **Drucksache 16/4646** auf. Wer ist für diesen Antrag? – Die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer enthält sich? – Das ist Herr Kollege Stein. Ebenfalls mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum nächsten **Änderungsantrag**, wiederum von der Piratenfraktion gestellt, **Drucksache 16/4647**. Wer ist dafür? – Die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Herr Kollege Stein. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dieser Antrag wurde **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 16/4648**, wiederum gestellt von der Piratenfraktion. Wer ist dafür? – Die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Herr Kollege Stein. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Drucksache 16/4649, wiederum ein **Änderungsantrag** der Piratenfraktion. Wer ist dafür? – Die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Herr Kollege Stein. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/4656**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und Herr Kollege Stein. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Der Antrag ist abgelehnt, aber nicht, bevor ich die Enthaltungen abgefragt habe. Gibt es die? – Die gibt es nicht. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe mit **Drucksache 16/4650** einen weiteren **Änderungsantrag** der Piraten auf. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die Piratenfraktion. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Herr Kollege Stein. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt.

Drucksache 16/4657, Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von FDP, Piraten und der fraktionslose Kollege Stein. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die CDU-Fraktion. Auch dieser Antrag ist damit **abgelehnt**.

Ein weiterer **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/4658** steht jetzt zur Abstimmung. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen von FDP und Piraten. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – CDU und Herr Kollege Stein. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Zu guter Letzt rufe ich auf den **Änderungsantrag Drucksache 16/4659**, gestellt von der FDP-Fraktion. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und Herr Kollege Stein. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die Piratenfraktion. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Gesamtabstimmung über das **Haushaltsgesetz 2014 Drucksache 16/3800** und **Ergänzung Drucksache 16/4300**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4600**, das Haushaltsgesetz 2014 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den aus Drucksache 16/4600 sich ergebenden Änderungen anzunehmen.

Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4600 angenommen** und das **Haushaltsgesetz 2014 in dritter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen zu weiteren Abstimmungen. Niemand sollte also glauben, wir wären damit jetzt schon zurande gekommen.

Wir stimmen viertens ab über den **Entschließungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/4651**. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die CDU-Fraktion und Herr Kollege Stein. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 16/4651 **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/4660**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abge-

ordnetenkollege Stein. Damit ist dieser Entschließungsantrag ebenfalls **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen, meine Damen und Herren, über die **Finanzplanung 2013 bis 2017** des Landes Nordrhein-Westfalen **Drucksache 16/3801**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Beschlussempfehlung Drucksache 16/4421, die Finanzplanung 2013 bis 2017 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Etwas zögerlich, aber jetzt doch klar erkennbar die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung nicht folgen und lehnt sie ab? –

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN –
Gegenruf von Christof Rasche [FDP])

Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Enthaltung. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4421 angenommen**.

Damit, meine Damen und Herren, haben wir alle Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt 1 hinter uns gebracht.

Ich rufe auf:

2 Den Meisterbrief als Grundlage der dualen Ausbildung sowie als Qualitätssiegel des Handwerks schützen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4574

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4654

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Eiskirch das Wort.

Während er langsam nach vorn kommt, meine Damen und Herren, darf ich doch bitten, dass sich der, wenn er denn unvermeidlich ist, Auszug aus dem Plenarsaal möglichst geräuschlos vollzieht, damit wir Herrn Kollegen Eiskirch die gebührende Aufmerksamkeit schenken können. – Vielen Dank.

Herr Kollege Eiskirch, Sie haben das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist ein gutes Signal, dass sich vier Fraktionen dieses Hauses gemeinsam zum Qualitätssiegel „Meisterbrief“ äußern. Es ist ein gutes Signal, dass der ursprüngliche Antrag von CDU